



Sitzungsperiode: 2013-2014  
Sitzungsdatum: 23. September 2013

---

## AUSFÜHRLICHER BERICHT



## INHALTSVERZEICHNIS

---

Eröffnung und Anwesenheiten .....	5
Genehmigung der Tagesordnung .....	5
Mitteilungen.....	5
Debatte über die gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 16 (2013-2014) Nr. 5.....	5
Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Sechsten Staatsreform in Bezug auf die in Artikel 77 der Verfassung angeführten Angelegenheiten – Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2	
Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Europäischen Parlaments und zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1994 zur Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden sowie zum Sondergesetzesvorschlag zur Reform der Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, zur Erweiterung der Steuerautonomie der Regionen und zur Finanzierung der neuen Zuständigkeiten – Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2	
- Diskussion und Abstimmung .....	56
Vorschlag eines Beschlusses zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung – Dokument 152 (2012-2013) Nr. 3	
- Diskussion und Abstimmung .....	74
Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Rahmenabkommen über globale Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits, geschehen zu Brüssel am 27. Juni 2012 – Dokument 184 (2012-2013) Nr. 1	
Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik der Philippinen andererseits, geschehen zu Phnom Penh am 11. Juli 2012 – Dokument 186 (2012-2013) Nr. 1	
Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits, samt Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit, geschehen zu Tegucigalpa am 29. Juni 2012 – Dokument 187 (2012-2013) Nr. 1	
Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Irak andererseits, geschehen zu Brüssel am 11. Mai 2012 – Dokument 188 (2012-2013) Nr. 1	

Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Handelsübereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits, geschlossen zu Brüssel am 26. Juni 2012 – Dokument 189 (2012-2013) Nr. 1

- Diskussion und Abstimmung .....77

Resolutionsvorschlag an die wallonische Regionalregierung, an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen – Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3

- Diskussion und Abstimmung .....85

VORSITZ: Herr A. MIESEN, Präsident

SEKRETÄRIN: Frau R. STOFFELS

*Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.*

## **ERÖFFNUNG UND ANWESENHEITEN**

HERR MIESEN, Präsident: Ich eröffne die heutige Plenarsitzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Anwesend sind Frau R. ARENS, die Herren M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren A. MERTES, P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS und Herr A. VELZ, Herr Ministerpräsident K.-H. LAMBERTZ, die Herren Minister H. MOLLERS und O. PAASCH, Frau Ministerin I. WEYKMANS, die beratenden Mandatäre, die Herren D. FRANZEN und A. MOCKEL, sowie die Kammerabgeordnete Frau K. JADIN.

Entschuldigt sind Herr P. ARIMONT und der beratende Mandatar Herr A. OSSEMANN.

Abwesend sind die beratende Mandatarin Frau E. JADIN, die Regionalabgeordneten Frau M. DETHIER-NEUMANN und Herr E. STOFFELS sowie der Europaabgeordnete Herr M. GROSCH.

## **GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG**

HERR MIESEN, Präsident: Gemäß Artikel 30 §4 der Geschäftsordnung unterbreite ich dem Parlament die vom Präsidium festgelegte Tagesordnung zur Genehmigung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann gehen wir zur Tagesordnung über.

## **MITTEILUNGEN**

HERR MIESEN, Präsident: Durch Schreiben vom 18. September 2013 teilt der Präsident des Parlaments der Wallonischen Region mit, dass es sich am gleichen Tag konstituiert hat.

Die gleiche Mitteilung erging seitens des Präsidenten des Parlaments der Französischen Gemeinschaft durch Schreiben vom 19. September 2013.

## **DEBATTE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT – DOKUMENT 16 (2013-2014) NR. 5**

HERR MIESEN, Präsident: Zur Tagesordnung steht die Debatte über die gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 16 (2012-2013) Nr. 5. Für die Stellungnahmen der Fraktionen hat das Präsidium die Redezeit auf 20 Minuten pro Fraktion festgelegt. Die Mitglieder der Regierung werden zu den im Rahmen der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen, wobei eine Richtredezeit von insgesamt etwa 60 Minuten vorgegeben wurde. Für die Erwidern sind zehn Minuten pro Fraktion vorgesehen. Kein Einwand? Dem ist so. Dann ist die Debatte eröffnet. Für die CSP-Fraktion hat Herr Frank das Wort.

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie bereits erfahren haben, ist unser Kollege Arimont heute aus privaten Gründen nicht anwesend. Er wird nämlich zum zweiten Mal Vater. ... (*Vereinzelter Applaus*) ... Deshalb habe ich nun die Ehre, die Stellungnahme der CSP zur Regierungserklärung abzugeben.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Einleitend möchte ich auf die besondere Tatsache eingehen, dass wir heute zu einer der letzten Plenarsitzungen in unserem alten Parlamentsgebäude zusammenkommen. Im vierzigsten Jahr unserer Autonomie sollten wir uns kurz auf eines besinnen: Unsere Gemeinschaft hat in diesem Hause laufen gelernt.

Wenn sie reden könnten, könnten uns die Wände dieses Gebäudes einiges von den großen Entwicklungen unserer Gemeinschaft erzählen. Dieses Gebäude war immer ein Zeichen der Bescheidenheit. Das ist mir von vielen auswärtigen Besuchern bestätigt worden. Eine Bescheidenheit, die das Wesen vieler Ostbelgier sehr gut zum Ausdruck gebracht hat. Dieses alte Kaufmannshaus am Kaperberg stand für eine Gemeinschaft, die stolz war auf das, was sie sich erarbeitet hat. Diese Gemeinschaft war sich aber auch im Klaren darüber, dass sich die Institutionen in erster Linie in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger vor Ort stellen müssen. Das ist ein Fingerzeig für die heutige Politik.

An dieser Stelle möchte ich eine Parallele zu den Krönungsfeierlichkeiten unseres neuen Königs, Philippe I., ziehen. Als König der Belgier hat Philippe durch seine Krönungsfeier, die im In- und Ausland als bescheiden gelobt wurde und damit einen positiven Gesamteindruck von unserem Land hinterlassen hat, klar zum Ausdruck gebracht, dass nicht der Prunk im Vordergrund steht, sondern die Menschen. Ja, auch dieses Ereignis sollten wir hier nochmals erwähnen: Belgien hat ein neues Staatsoberhaupt.

König Philippe und Königin Mathilde möchten wir unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen. Wir wünschen unserem neuen Königspaar viel Erfolg bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Sinne einer bürgernahen und versöhnenden Politik zwischen den Gemeinschaften unseres Landes.

Auch möchten wir uns bei König Albert II. für seine Leistung bedanken. Mit viel Gespür für Diplomatie, durch Volksnähe und Humor hat er die Herzen der Belgier für sich erobert. König Albert hat unserem Land die nötige Stabilität gegeben, die es auf dem Weg zum Bundesstaat brauchte. Ihm und seiner Gattin Paola wünschen wir Gesundheit und ein erfülltes Leben im Kreise ihrer Familie.

Werte Kolleginnen und Kollegen, um noch einmal auf das Thema Bescheidenheit zurückzukommen: Bescheidenheit ist eine Tugend, die auch in der Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht nur angebracht, sondern notwendig geworden ist. Inzwischen leugnet keiner mehr, dass die Zeiten schwierig sind.

In seiner Regierungserklärung geht der Ministerpräsident insbesondere auf die Politikgestaltung in Krisenzeiten ein und beschreibt, weshalb er und die Mehrheitsparteien aufgrund der von ihnen beschlossenen Sparmaßnahmen besseren Zeiten entgegensehen. Diese Regierungserklärung ist der Abgesang einer gescheiterten Finanzpolitik! In der Tat steht hier nicht das Erreichte im Mittelpunkt, sondern vielmehr das Klagen über Finanzkrisen und die scheinbar alternativlosen Sparzwänge.

Werfen wir einen Blick zurück: Im Jahr 2001 hat Ministerpräsident Lambertz die Refinanzierung unserer Gemeinschaft bejubelt. Vor diesem Hintergrund hat er damals u. a. folgende Ankündigungen gemacht: Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst, die Schaffung einer Pflegeversicherung, den konsequenten Ausbau der Kleinkindbetreuung, Ausbau der Heimpflegedienste, Ausbau der Altenheiminfrastruktur. Nichtsdestotrotz hat selbst Herr Lambertz damals zur Vorsicht gemahnt. Ich zitiere: „Ich muss also heute, trotz aller positiven Rückmeldungen, auch all denen eine Absage erteilen, die glauben, sie könnten jetzt mit überzogenen Erwartungen und vor allem offenen Händen an die Tür oder an das Gitter der Regierung klopfen, brauchten bloß Eingang zu erhalten und gingen dann mit vielen Millionen wieder nach Hause.“

Heute wissen wir: Trotz einer gesunden Finanzgrundlage von 700 Millionen BEF ist es Ministerpräsident Lambertz nicht gelungen, sparsam und bescheiden mit den Mitteln umzugehen, um auch in mageren Zeiten noch bequem über die Runden zu kommen. Er

hat eben nicht gründlich geplant, obschon er dies selbst im November 2000 versprochen hatte, um „eines Tages unvorhergesehene Überraschungen“ zu vermeiden, wie Lambertz nach der Refinanzierung wörtlich sagte.

Kolleginnen und Kollegen, wie lange soll die Bevölkerung das Klagelied dieser Regierung noch ertragen? Die Finanzkrise trage die Hauptschuld an der jetzigen Situation, erklärt Lambertz bei seiner Runde durch die neun deutschsprachigen Gemeinden. Mittlerweile wird auch die EU als Begründung für die klammen Finanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft herangezogen. Dabei weiß inzwischen jedes Kind, wie leichtfertig die Lambertz-Regierung mit unserem Geld umgegangen ist.

Werter Herr Lambertz, seien Sie ehrlich! Geben Sie zu, dass Sie den Bogen überspannt haben! Geben Sie zu, dass Sie die Chancen, die Ihnen in der Vergangenheit, insbesondere durch die Refinanzierung, großzügig geboten worden sind, nicht genutzt haben! Hören Sie auf, der Bevölkerung zu erzählen, dass Sie an „einer langfristigen Zukunftsplanung festhalten und nicht in blinden Aktionismus verfallen! Der Bau des immer teurer werden- den Parlaments, das Heidberg-Hotel und der neue Regierungssitz sind Beispiele genug, wie in Krisenzeiten sehr viel Geld fahrlässig und verantwortungslos verplant wird.

Ist es denn etwa nicht richtig, dass die Dienststelle für Personen mit Behinderung ohne einen bedeutenden Kassenkredit gar nicht über die Runden käme? Ist es denn nicht so, dass der Familienhilfsdienst vor finanziellen, existenziellen Schwierigkeiten und quasi vor dem Aus steht? Ist es nicht so, dass der BRF nur noch ein knappes Grundprogramm anbieten kann?

Die Liste ließe sich endlos fortführen. Warum verschweigen Sie diese Schwierigkeiten und verweisen auf rosige Zeiten im Jahr 2038 und auf mögliche ausgeglichene Haushalte? Heute wird der Bevölkerung eine Sparmaßnahme nach der anderen präsentiert. Viel eher müssten Sie der Bevölkerung offen gegenüber treten und vernünftige Perspektiven anbieten. Schließlich sind es die Bürgerinnen und Bürger, die diese Gemeinschaft bilden. Sie verbinden etwas mit unserer Gemeinschaft. Es ist ihre Heimat; eine Heimat, die seit spätestens 1963 durch die Sprachengesetzgebung zunehmend an Autonomie gewonnen hat.

Letzteres bringt mich zur Entwicklung unserer Eigenständigkeit und zu unserer Rolle als Partner im belgischen Staatssystem. Werte Kolleginnen und Kollegen, 1973 wurde der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft eingesetzt. 1974 fand hier die erste Direktwahl in einem belgischen Gemeinschaftsrat statt. 1983 wurden der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die eigene Regierung institutionell festgelegt. 1989 wurde unsere Gemeinschaft zuständig für das Unterrichtswesen. 1994 erhielt sie die Zuständigkeit für den Denkmal- und Landschaftsschutz zurück. Im gleichen Jahr erhielt die Gemeinschaft einen Sitz im EU-Parlament. Zu Beginn der 2000er-Jahre wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft refinanziert. Darüber hinaus kamen weitere Befugnisse wie die Beschäftigung oder die Gemeindeaufsicht hinzu.

An jeder dieser Phasen war die CSP – ob in der Mehrheit oder in der Opposition – maßgeblich beteiligt, und das erfolgreich. Das ist jetzt sowohl im Rahmen der Sechsten Staatsreform als auch im Rahmen der Zuständigkeitsübertragungen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht anders. Diesbezüglich vertritt die CSP eine klare Position: Erstens, die Ausübung von neuen Befugnissen muss grundsätzlich mit einem direkten und erkennbaren Mehrwert für die Bevölkerung verbunden sein. Zweitens, die Finanzierung der neuen Zuständigkeiten muss abgesichert sein, denn die Deutschsprachige Gemeinschaft muss Bewährtes erhalten und neue Gestaltungsspielräume schaffen. Drittens, Kooperationsmöglichkeiten mit den anderen belgischen Gliedstaaten müssen im Rahmen dieser neuen Zuständigkeiten offengehalten werden.

Des Weiteren ist grundsätzlich bei allen Kompetenzübertragungen darauf zu achten, dass bei der Verwaltung und Ausübung der Zuständigkeiten die Kontinuität sichergestellt ist

und dass die Einrichtungen der Zivilgesellschaft und die Gemeinden unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Seien Sie versichert, Herr Ministerpräsident, die CSP wird wie seit jeher ihre Aufgaben im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahrnehmen. Wir können Ihnen bereits heute mitteilen, dass uns Mitte Oktober der cdH-Präsident Benoît Lutgen einen Besuch abstatten wird, um mit uns einen Gedankenaustausch über das Thema der Befugnisübertragungen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu haben. Es wäre gut, wenn auch die Mehrheitsparteien ihre Aufgaben in diesem Sinne wahrnehmen würden.

In diesem Zusammenhang sollten wir in der Tat auch von den Provinzzuständigkeiten sprechen. Seit 1981 regiert in der Provinz Lüttich eine Mehrheit aus Sozialisten und Liberalen. Seit 1999 sind Sie, Herr Lambertz, als sozialistischer Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einer Koalition mit den Liberalen. Wenn Sie mich fragen, haben die Bemühungen im Hinblick auf die Übertragung der Provinzzuständigkeiten und den damit verbundenen Rückfluss von DG-Steuergeldern bisher ein äußerst mageres Resultat gezeitigt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Folgenden kurz auf einige spezifische Punkte der diesjährigen Regierungserklärung eingehen: Da sagt die Regierung zunächst, sie sei für die Aufrechterhaltung der beiden Krankenhäuser in St. Vith und Eupen. Prima! Dann wird die Mehrheit sicher alles tun, um unseren diesbezüglichen Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung anzunehmen.

In meinem zweiten Beispiel gehe ich auf die vom Ministerpräsidenten erwähnte Kleinkindbetreuung ein, die in seiner Ankündigungspolitik gewissermaßen ein Dauerbrenner ist. Wir wollen nicht mehr hören, was Sie noch alles planen, sondern ganz einfach fragen: Was ist in den vergangenen zehn Jahren geschehen? Wie sieht es mit der Schaffung neuer Kinderkrippen, mit der Unterstützung von Hausaufgabenschulen, mit der Verbesserung des Statuts der Tagesmütter, mit der Unterstützung von Betriebskinderkrippen, mit der konkreten Unterstützung für Familien bei der Wiedereingliederung ins Berufsleben aus?

Die Familienpolitik wurde in den vergangenen Jahren nur stiefmütterlich behandelt. Konkret wurde hier allerhöchstens Ankündigungspolitik betrieben. Die Entlastung von Familien ist unserer Ansicht nach eine der größten Prioritäten, denn die Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Lebenszyklusbetrachtung bei Investitionsentscheidungen. Es ist gut, dass wir bei unseren Bauvorhaben auf die Nachhaltigkeit der Projekte achten, doch wird dabei nicht zu sehr auf das Gebäude selbst geachtet? Wird nicht Infrastrukturpolitik um der Infrastruktur willen betrieben? Stehen bei Ihnen nicht das Projekt und die erhoffte Wirkung beim Wähler im Mittelpunkt, Herr Ministerpräsident? Für uns steht der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger und der künftigen Generationen im Mittelpunkt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich auf die künftigen Handlungsmöglichkeiten unserer Gemeinschaft eingehen. Der Ministerpräsident hebt hervor, dass der Fiskalpakt der Europäischen Union das Regieren nicht leichter machen wird. Das stimmt. Objektiv betrachtet, sind diese Begrenzungsmaßnahmen vonseiten der EU jedoch nötig, weil wir in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt haben – sowohl im Kleinen, sprich: in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, als auch im Großen. Ganz sicher ist, dass einige Länder über ihre Verhältnisse gelebt haben. Dadurch haben sie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise nur noch verschärft und uns an den Abgrund geführt.

Europa – und das sind wir alle – tut also gut daran, für die künftige Ausgabenpolitik einen Rahmen zu schaffen. Versuchen wir, uns diesen Herausforderungen zu stellen! Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat ein fundamentales Interesse daran, dass die



Mitgliedstaaten der EU vernünftiger mit ihrem Geld umgehen, denn in der Tat ist sie Nutznießer von wichtigen EU-Subventionen. Es sollte ihr folglich daran gelegen sein, dass diese Quelle nicht versiegt.

Ich bin mir sicher, dass Ministerpräsident Lambertz dies als Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Ausschuss der Regionen nur bestätigen kann. Das Jammern darüber, dass die EU die künftigen Handlungsmöglichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch einen Fiskalpakt einschränkt, ist also nur die halbe Wahrheit. Die andere ist die, dass gerade durch diesen Fiskalpakt die weitere Handlungsfähigkeit der EU garantiert wird, weitere Subventionen fließen können und die Chance auf einen engeren Zusammenhalt erhöht wird.

Ob es vor diesem Gesamthintergrund ratsam ist, über eine undurchsichtige Beteiligungsgesellschaft wie die PROMA AG neue Finanzierungssysteme zu schaffen, muss sehr sorgfältig geprüft werden. Die CSP ist der Ansicht, dass durch juristische Tricks für unsere Gemeinschaft keine neuen langfristigen Belastungen entstehen dürfen, denn die hätten letzten Endes der Steuerzahler und die nachfolgenden Generationen zu tragen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der CSP, ECOLO und VIVANT)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Servaty das Wort.

HERR SERVATY *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Regierungserklärung sind wir in der vergangenen Woche in das neue Sitzungsjahr gestartet. Die nächste Regierungserklärung steht bekanntlich nach den Wahlen im kommenden Frühjahr an. Vor diesem Hintergrund empfinde ich es als gute Möglichkeit, in der mir heute zugestandenen Redezeit die Arbeit der Regierung und der Mehrheitsfraktionen aus der Perspektive der SP-Fraktion zu beleuchten und zu verdeutlichen, wie wir es geschafft haben, die schlimmsten Folgen der Krise für die Deutschsprachige Gemeinschaft abzufedern.

Bis heute birgt dies sicherlich ein gewisses politisches Risiko, da wegen der von außen vorgegebenen Sparzwänge auch so manche unpopuläre Maßnahme ergriffen werden musste. Wir haben jedoch stets darauf geachtet, diese Eingriffe so sozial verträglich wie nur möglich zu gestalten. Rückblickend denke ich, dass wir heute im nationalen und internationalen Vergleich so gut aufgestellt sind, weil wir – im Gegensatz zu den südlichen Ländern Europas und zu unseren direkten Nachbarländern – nicht nur auf eine Finanzpolitik mit Rotstift gesetzt haben, sondern vielmehr eine gesunde Mischung aus Spar- und Konjunkturförderungsmaßnahmen verwirklicht haben, was sowohl in der belgischen als auch in der ostbelgischen Bevölkerung spürbar neues Vertrauen schafft. Das alles ist immer unter der Prämisse geschehen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Solidarität unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhalten bleiben.

Daher bleibt es auch in Zukunft unser Anliegen, im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten die Kaufkraft der Bürger zu erhalten oder sogar zu verbessern, gleichzeitig jedoch den Wirtschaftsstandort DG mit seinen zahlreichen kleinen und mittelständischen Betrieben zu stimulieren. Dies ist für die SP-Fraktion jedoch selbstredend und nur unter Beachtung sozialer Gesichtspunkte denkbar. Zudem ist dies nach Ansicht der SP-Fraktion die Grundbedingung für jede Form der haushaltspolitischen Orientierung und gegebenenfalls Verteilung. Diesem Anspruch sind wir meines Erachtens wie in den vorangegangenen Jahren auch im letzten Jahr gerecht geworden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die vom Ministerpräsidenten in seiner Erklärung angesprochenen kumulierten Mindereinnahmen von 47 Millionen Euro im Zeitraum von 2009 bis 2013 zeichnen ein deutliches Bild des finanziellen Drucks, der infolge der zahlreichen Krisen auf den öffentlichen Haushalten und somit auch auf unserem Haushalt lastet.

Aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten konzertierten Rettung zahlreicher ruinöser Banken mussten sich die europäischen Staatshaushalte und in der Folge die Haushalte der Teilstaaten einem harten Sparkurs unterziehen. So hat die Deutschsprachige Gemeinschaft mit dem Föderalstaat Haushaltsziele vereinbaren müssen, die uns vor ehrgeizige Herausforderungen stellten und weiterhin stellen werden. Dennoch konnten wir die jeweils geeigneten Maßnahmen ergreifen, ohne einen Ausverkauf öffentlichen, gemeinwohlorientierten Eigentums herbeizuführen und ohne die uns aufgebürdeten Belastungen unverhältnismäßig an die Brieftaschen der Bürger weiterzugeben. Genau das ist im Sinne des Vertrauens besonders wichtig – erst recht in Zeiten einer umfassenden Globalisierung, die von den meisten Bürgern nach wie vor als Drangsalierung empfunden wird.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir peinlich genau darauf geachtet haben, jeder Veränderung der Rahmenbedingungen, jeder Krisenmaßnahme, jedem finanziellen Einschnitt, und sei er noch so gering, nur unter Einbindung der Sozialpartner und unter Wahrung des Prinzips der Konzertierung zuzustimmen. Die SP-Fraktion sagt hier ganz deutlich: keine Konsolidierung ohne Konzertierung.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass gerade in Anbetracht der uns aufgebürdeten Sparzwänge nicht immer ein gemeinsamer Standpunkt gefunden werden kann. Dies ist allen Entscheidungsträgern bewusst, jedoch müssen wir sehr wohl darauf achten, alle unterschiedlichen Meinungen anzuhören, ernst zu nehmen und in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

Dies war schon immer unser Standpunkt und wird es auch bleiben. Ich betone dies ganz bewusst, da wir in Zukunft sicherlich noch einen weiteren Beitrag zur Konsolidierung des föderalen Haushalts werden leisten müssen. Die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft können sich jedoch darauf verlassen, dass der soziale Charakter sich eventuell ergebender weiterer Maßnahmen für die SP-Fraktion auch in Zukunft erkennbar sein muss.

Erfolgreich regieren in finanziell schwierigen Zeiten – so hat der Ministerpräsident zu Beginn seiner Regierungserklärung die Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschrieben. Nach Auffassung unserer Fraktion ist genau dieser Aspekt die zentrale Herausforderung politischer Verantwortungsträger in Krisenzeiten. Betrachten wir die zahlreichen Projekte aus dem Regionalen Entwicklungskonzept, die trotz besagter Mindereinnahmen bereits verwirklicht werden konnten, dann müssen wir feststellen, dass die hohe Erwartungshaltung, mit der die jetzige Mehrheit ihre Vorstellungen von Politik vorantreibt, durchaus ambitiös und aufgrund der Erfolge auch gerechtfertigt ist.

Auch die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Euregio Maas-Rhein und der Großregion soll hier nicht unerwähnt bleiben. Aus unserer Sicht handelt es sich bei diesen beiden Akteuren um privilegierte Partner, mit denen wir auch in Zukunft – nicht zuletzt im Rahmen des Euregio-Vorsitzes unserer Gemeinschaft – kooperieren möchten. Eine enge Bindung an unsere Nachbarn stellt für die SP-Fraktion einen zentralen Mehrwert der Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft dar, von dem wir auch künftig profitieren wollen und werden.

Obwohl Maastricht und die Euregio Maas-Rhein nicht als Sieger aus dem innerniederländischen Rennen um die Vergabe des Titels „Europäische Kulturhauptstadt 2018“ hervorgegangen sind, sehen wir viele positive Entwicklungen, die durch die gemeinsamen Vorarbeiten sichtbar wurden. Daher empfinden wir die Beteiligung an der Bewerbung um die „Kulturhauptstadt“ nicht notwendigerweise als Enttäuschung, sondern als Gewinn und gleichzeitig als Chance, die ohnehin schon engen Beziehungen zu unseren Freunden noch auszubauen. Während der Bewerbungszeit haben wir uns als verlässlicher Partner präsentiert und können sicherlich auch in Zukunft bei gemeinschaftsübergreifenden Themen auf die Unterstützung unserer euregionalen Partner bauen, was dem Standort Deutschsprachige Gemeinschaft mit Sicherheit nachhaltig zugutekommen wird.

Doch nicht nur auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft trägt unsere Politik Früchte. Gerade in institutionellen Fragen ist das letzte Jahr für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein erfolgreiches Jahr gewesen. Mit der Sechsten Staatsreform und dem damit einhergehenden Ausbau von Zuständigkeiten und Kompetenzen können wir heute feststellen, dass wir uns auf dem besten Weg hin zu einem Belgien zu viert befinden, da eine faktische Gleichstellung mit den anderen Teilstaaten nur noch eine Frage der Zeit ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mit der Einigung auf diese Staatsreform, die in ihrer Tragweite durchaus als historisch bezeichnet werden kann, werden die Teilstaaten ein nie gekanntes Ausmaß an politischen Entscheidungen direkt, selbst und eigenverantwortlich zu treffen haben. Diese Veränderung unseres Föderalstaates hat selbstverständlich auch direkte Auswirkungen auf die Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und wird uns sicherlich vor riesige Herausforderungen stellen. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir diese neuen Möglichkeiten durchaus als Chance sehen können, um maßgeschneiderte Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft anzubieten. In den letzten Jahren haben wir es stets verstanden, die uns zugestandene Autonomie zum Vorteil unserer Bürger gestalterisch zu nutzen. Dies liegt auch daran, dass wir die neuen Zuständigkeiten stets verantwortungsbewusst und in Konzentration mit allen relevanten Partnern mit dem klaren Ziel bearbeiten konnten, die Vorteile, die ein auf Subsidiarität basierendes Föderalismusmodell mit sich bringt, maximal zu nutzen.

Unsere Prämisse bei jeglichen Überlegungen war demnach jeweils, bürgernahe Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ins Zentrum unseres politischen Handelns zu stellen. Und siehe da: In den letzten Jahren hat die Deutschsprachige Gemeinschaft die ihr gestellten Herausforderungen gemeistert und sich zudem – wie ich eben bereits erwähnte – trotz zahlreicher Krisen nicht aus der Bahn werfen lassen. Das muss auch einmal gesagt und zur Kenntnis genommen werden.

Kolleginnen und Kollegen, im Folgenden möchte ich einige Aspekte der neuen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft hervorheben, die nach Ansicht der SP-Fraktion von herausragender Bedeutung sind.

Mit der Übertragung von neuen Zuständigkeiten im Bereich der Gesundheits- und Seniorenpolitik wird die Deutschsprachige Gemeinschaft zusätzlichen Gestaltungsspielraum erhalten. Ohne Zweifel wird die Deutschsprachige Gemeinschaft dabei jedoch unter Wahrung ihrer ureigensten Interessen mit den anderen Teilstaaten in Kooperation treten.

Die SP-Fraktion begrüßt die Übernahme der Zuständigkeiten bezüglich der Verwaltung der Krankenhäuser, inklusive deren infrastruktureller Vorhaben. Wir gehen davon aus, dass wir es schaffen können, ein auf die Belange der Bürger unserer Gemeinschaft zugeschnittenes Dienstleistungsangebot zu etablieren.

Ähnliches gilt für den Bereich der Langzeitpflege und -betreuung. Auch hier lautet der Anspruch, noch bessere maßgeschneiderte Angebote für Menschen mit Hilfebedarf zu entwickeln.

Auch in der Gesundheitsförderung und -prävention wird die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zukunft federführend sein. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, wird die Gemeinschaft zusätzliche Mittel erhalten. Vor allem eine Drogenpräventions- und Informationspolitik sowie die daraus resultierenden Kampagnen sollten nach Ansicht unserer Fraktion bestenfalls im direkten Umfeld der Adressaten entwickelt werden. Schließlich kann im Allgemeinfall und unter Zuhilfenahme der gängigen und aktuellsten Studien aus dem Fachbereich der Drogenprävention in Kombination mit dem Wissen um die regionalen Besonderheiten, die eventuell eine Sucht befeuern könnten, gezielt auf die speziellen Probleme eines Süchtigen oder Suchtgefährdeten eingegangen werden. Hier ist sicherlich eine enge Verzahnung aller beteiligten Akteure und Behörden wünschenswert und erforderlich.

Ein weiterer Aspekt der neuen Zuständigkeiten, dem nach Meinung unserer Fraktion eine besondere Bedeutung zukommt, ist der Bereich der Familienzulagen. In erster Linie begrüßen wir dabei die Möglichkeiten, die durch einen familiären Zuwachs entstehenden Mehrkosten zumindest teilweise ausgleichen zu können. Dies sehen wir als Sicherung der Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, weil wir uns darüber im Klaren sind, dass Angst vor der Zukunft, die meist aus einem Mangel an finanzieller Sicherheit resultiert, kein ausschlaggebender Grund sein darf, keine Familie gründen zu wollen oder zu können. Die Möglichkeit, Leben zu schenken, darf keine Frage der Brieftasche sein. Daher werden wir die uns gegebenen Zuständigkeiten und finanziellen Mittel in diesem Bereich gezielt einsetzen, um die Familienplanung der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft von den ärgsten Sicherheitsbedenken zu befreien. Gerade in diesem Bereich wird die SP-Fraktion die Entwicklungen mit Argusaugen beobachten und sich nach wie vor für eine würdevolle Familienpolitik starkmachen.

Ein weiterer bedeutender Aspekt ist die Zuständigkeit der Weiterentwicklung und Definierung von Jugendschutzmaßnahmen, für die die Gemeinschaft verantwortlich zeichnen wird. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich eine solidarische Gemeinschaft auch dadurch auszeichnet, welche Moralvorstellungen sie jungen Menschen mit auf den Weg gibt. Eine Wertegemeinschaft basiert auch immer auf der verbreiteten Akzeptanz allgemeingültiger Regeln. Hier werden wir einen gesunden Mittelweg zwischen Förderung, Forderung und angemessener Sanktion bei Gesetzesübertretungen finden müssen. Die SP-Fraktion betont jedoch ausdrücklich, dass gerade bei jugendlichen Straftätern darauf geachtet werden muss, die zu treffenden Sanktionen in einen Resozialisierungskontext zu setzen. Strafe nur der Strafe wegen bringt uns nicht weiter. In diesem Zusammenhang wird die Jugendhilfe ein wichtiger Partner sein, um Jugendliche, die vom rechten Weg abgekommen sind, wieder in die Mitte der Gesellschaft zu führen. Soziale Ausgrenzung darf jedenfalls nicht die Standardantwort auf Fehlverhalten sein. Wir werden die Entwicklungen in diesem Bereich intensiv begleiten und unsere Ideen von Wiedereingliederung in die Gesellschaft, angemessenem Strafmaß und alternativen Möglichkeiten zur Strafableistung in die politischen Entscheidungen einfließen lassen.

Bezüglich der Zuständigkeiten, die im Bereich der Beschäftigungspolitik an die Regionen vergeben werden, gehen wir bekanntlich von der unmittelbaren Weitergabe der zahlreichen Kompetenzen an die Deutschsprachige Gemeinschaft aus. Auch hier befürworten wir eine administrative Vereinfachung bei einer gleichzeitig den Gegebenheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepassten Beschäftigungspolitik. Daher steht es für uns außer Frage, dass alle beschäftigungsrelevanten Zuständigkeiten besser heute als morgen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeübt werden. Keiner kennt die spezifischen Eigenheiten besser, als die Personen, die seit Jahr und Tag in ihrem täglichen Schaffen mit den Bedürfnissen der berufstätigen Bevölkerung und der Arbeitssuchenden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konfrontiert sind. Diese Personen sitzen nicht in Brüssel oder Namür, nein, sie arbeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Ende meiner Stellungnahme noch auf einige Aspekte eingehen, die ich gerade zu Beginn des letzten Sitzungsjahres dieser Legislaturperiode und in Anbetracht der anstehenden Abstimmung über den Fiskalpakt erwähnen möchte.

Vor dem Hintergrund der Gefahren für die öffentliche Hand, die sich aus den Folgen des Fiskalpakts ergeben können, erscheinen die Infrastrukturprojekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einem ganz anderen Licht. In Anbetracht des Wissens darüber, dass die Finanzierungsmöglichkeiten von Infrastrukturprojekten seitens der öffentlichen Hand aufgrund der neuen Vorgaben der EU stark eingeschränkt sein werden, mussten in der Vergangenheit Entscheidungen über die laufenden Infrastrukturprojekte gefällt werden. Projekte von der Größenordnung der PPP-Schulen, des neuen Parlamentsgebäudes oder des Kulturzentrums Kloster Heidberg wären unter den erschwerten Bedingungen infolge der sparpolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht bzw. nicht mehr

denkbar gewesen, denn für jedes dieser Infrastrukturprojekte hätten die zur Finanzierung benötigten Gelder bereits komplett vorhanden sein müssen. Gerade bei Schulprojekten in dreistelliger Millionenhöhe ist dies undenkbar. Wenn wir das PPP-Projekt mit dem Ziel, unsere Schulen auf ein Topniveau zu bringen, nicht genau jetzt umgesetzt hätten, dann wäre dessen Finanzierung nahezu unmöglich geworden. Darüber hinaus kann in diesem Halbrund keiner ernsthaft der Überzeugung sein, dass die Investition in die Ausbildungsstätten unserer Kinder und Kindeskiner keine Früchte tragen wird.

Mit dem ausgewählten Finanzierungsmodell ist die Deutschsprachige Gemeinschaft am Ende des Bauprojekts Besitzer und Träger aller Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dies ist ein großer Erfolg, schließlich hätte sonst früher oder später die Gefahr bestanden, weitgehende Privatisierungen im Bildungsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft ins Auge fassen zu müssen. Für die SP ist es jedoch undenkbar, gerade den Bildungsbereich und die Ausbildung der Gefahr auszusetzen, gänzlich in private Hände zu geraten. Aus diesem Grund hat sich die SP-Fraktion dazu entschieden, die Schulinfrastruktur durch den Rückgriff auf eine PPP-Finanzierung zu unterstützen. Bis heute bereuen wir unsere diesbezügliche Entscheidung nicht.

Doch auch die anderen strategischen Infrastrukturprojekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft möchte ich nicht unerwähnt lassen. Viele der Projekte sind in den letzten Monaten wider besseres Wissen schlechtgeredet worden. Mit dem ehemaligen Sanatorium hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ein Gebäude übernommen, das zur Ruine zu verkommen drohte. Der Abriss des Gebäudes hätte Millionen verschlungen, und zwar ohne entsprechenden infrastrukturellen Gegenwert. Wenn das neue Parlamentsgebäude demnächst seiner Bestimmung übergeben wird, können wir sagen, dass wir eine erhaltenswerte und gleichermaßen geschichtsträchtige Immobilie haben retten und für Jahrzehnte haben sanieren können. Darüber hinaus verschafft der Umzug des Parlaments dem aus allen Nähten platzenden Staatsarchiv zusätzlichen Raum. Dass zudem die Pater-Damian-Schule, deren Infrastruktur den hohen Schülerzahlen nicht mehr angemessen war, von dem Umzug profitiert, ist ebenfalls hinlänglich belegt worden. Dies sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die SP-Fraktion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt die Marschroute der Regierung, wie sie in der Erklärung zur Lage der Gemeinschaft ausformuliert wurde. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhoffen wir uns weiterhin eine enge Zusammenarbeit zwischen allen in unserer Gemeinschaft an den gesellschaftlichen Prozessen beteiligten Akteuren. Wir sind optimistisch, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! In meiner Stellungnahme werde ich nicht über die Staatsreform reden. Dazu wird mein Kollege Braun im späteren Verlauf der Sitzung Stellung nehmen.

Vier Themenbereiche hat der Ministerpräsident für die Zukunftstüchtigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgemacht. Im Folgenden werde ich mich in etwa an diese Struktur halten.

Zunächst ging der Ministerpräsident auf die Stärkung der regionalen Verwurzelung der Bevölkerung und den Ausbau der Vernetzung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Dabei führte er u. a. die Bemühungen um die Geschichtsforschung an, eine Richtung, die ECOLO unterstützt. Uns ist dabei wichtig, dass die Bevölkerung in diese Bemühungen einbezogen wird, dass Erkenntnisse und Kenntnisse bürgernah vermittelt werden, dass

sie lesbar und erlebbar sind. In diesem Sinne begrüßen wir auch das Projekt „Erzählte Heimat“, das derzeit in 25 Dörfern der Gemeinschaft durchgeführt wird. Es findet ebenso unsere Unterstützung wie die Initiativen der ländlichen Entwicklung und Erneuerung.

Die sozialen Dienstleistungen definiert der Ministerpräsident als eine Möglichkeit der Verwurzelung und der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat. Als ich die Regierungserklärung hörte, habe ich mich gefragt, wie unsere Bürgerinnen und Bürger diese aufnehmen werden und wovon sie sich persönlich angesprochen fühlen. Uns fehlte der direkte Bezug zu den Fragen, die die Menschen beschäftigen. Kein Wort über die Existenzängste der Menschen in Bezug auf die Beschäftigung oder die Zukunft ihrer Kinder; kein Wort zu den Akzenten, die der Ministerpräsident im letzten Jahr seiner Amtszeit bei den sozialen Dienstleistungen noch setzen möchte. Da gibt es noch eine ganze Reihe von offenen Fragen.

Nach Ansicht von ECOLO genießen die Bereitstellung von Dienstleistungen und deren Zugänglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin absolute Priorität.

Im weiteren Verlauf der Erklärung ging der Ministerpräsident auf die Wichtigkeit der Außenbeziehungen ein. In der Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist noch nie so viel und so oft über Außenbeziehungen geredet worden. Für ECOLO sieht der richtige Ansatz in den Außenbeziehungen folgendermaßen aus: Wir sagen Ja zur Offenheit für Beziehungen nach außen und Ja zur Offenheit für Zusammenarbeit. Zu dem Bild des Kleinen, der mit den Großen unbedingt mithalten will, sagen wir Nein. Mit dem Bild des Kleinen, der gern einlädt und bei dem es sich gut leben lässt, sind wir nur bedingt einverstanden. Wir sagen Nein dazu, sich mit großen Freunden zu schmücken, um dann viel von ihnen erwarten zu können. Wir sagen Ja zu den Austauschprogrammen für viele Menschen, zu Kooperationen und ein großes Ja zur Bescheidenheit. Herr Frank, es tut mir leid, dass auch ich den Begriff „Bescheidenheit“ benutze, aber er stand so schon in meiner vorbereiteten Stellungnahme.

Unsere Regierung hat in all diesen Dingen die Bodenhaftung verloren und lebt weit weg von der Wirklichkeit der meisten Bürgerinnen und Bürger. Da kann sie sich noch so viel Mühe geben mit ihren Rundreisen durch die Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und da kann der Ministerpräsident – im kleineren Kreis, aber nicht ohne Pressereferent – noch so sehr versuchen, mit Sommerbesuchen in allen Dörfern seine Volksnähe zu bekunden.

Im zweiten Themenblock ging es um das REK, das sich wie ein roter Faden durch diese Legislaturperiode gezogen hat. Wir sind über die Zahl der erledigten und der noch zu erledigenden Arbeitsschritte unterrichtet worden. Wir haben eine Auflistung der vorliegenden oder noch zu erarbeitenden Berichte und einen Ausblick auf die verschiedenen Veranstaltungen erhalten. Wir haben verstanden, dass die Regierung dabei ist, die Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode vorzubereiten, aber der Ministerpräsident hat kein Wort über Inhalte verloren, über das, was mit dem REK erreicht wurde und was bis Mai 2014 noch angestrebt wird. Stattdessen haben wir ein dickes Paket an Berichten und den Hinweis auf noch mehr Berichte im Internet erhalten. Herr Ministerpräsident, ich will diese Berichte nicht abwerten. Sie wurden wahrscheinlich in mühevoller Arbeit erstellt. Dennoch hätten wir in einer Regierungserklärung einige inhaltliche Schwerpunkte zum REK erwartet.

Die neue Ausrichtung in der Infrastrukturpolitik lautet Energieeffizienz. Es wird keinen wundern, dass wir Grüne diesen Schwerpunkt unterstützen und mit viel Interesse verfolgen. Schon lange warten wir mit Ungeduld auf das Energieleitbild für die Deutschsprachige Gemeinschaft, dessen Fertigstellung nun für das Frühjahr 2014 angekündigt und somit wieder um ein Vierteljahr verschoben worden ist. Seit 2009 hat die Regierung diesen Schwerpunkt auf ihrer Fahne stehen, wird aber wahrscheinlich davon verschont bleiben, einen konkreten Plan zur Umsetzung des Leitbilds erarbeiten zu müssen, denn wegen der im Mai anstehenden Wahlen wird es dafür wohl zu spät sein.

Beim Bau der PPP-Schulen nach Passivhausstandard hat unsere Regierung die richtige Orientierung eingeschlagen. Aber weshalb hat sie für alle anderen Infrastrukturprojekte keinerlei Auflagen im Hinblick auf Energieeinsparungen gemacht? Es ist unlogisch und widersprüchlich, alle Infrastrukturen zu bauen und erst danach die Energieeffizienz als neuen Schwerpunkt auszurufen.

In Bezug auf ein letztes Standbein für die Zukunftstüchtigkeit der Gemeinschaft kündigt der Ministerpräsident an, dass er auf den Aufbau privatrechtlicher Instrumente zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten eingehen werde, und sagt anschließend, dass er an neuen Instrumenten arbeite. Und dann? Nichts mehr.

Herr Ministerpräsident, „auf etwas eingehen“ verstehe ich anders! Dass Sie an „etwas Neuem“ arbeiten, erzählen Sie uns ja schon seit zwei Jahren. Da wir aber auch dieses Mal nichts Konkretes erfahren haben, kann ich mir nur zwei Möglichkeiten ausmalen: Entweder haben Sie den Plan schon im Ärmel und rücken noch nicht damit heraus, oder aber Sie kommen mit Ihren Plänen nicht weiter. Vielleicht können Sie uns nachher in Ihrer Antwort mitteilen, auf welche dieser Varianten wir uns einstellen sollen.

Bei der Auflistung der angekündigten Dekrete fehlt gänzlich der Hinweis auf das Dekret, das die Schulkosten festlegt, die den Eltern in Zukunft nicht mehr in Rechnung gestellt werden dürfen. Mein Kollege Braun hat diese Kostenaufstellung in den letzten Jahren mehrfach thematisiert. Minister Paasch hatte das Dekret für Ende der Legislaturperiode versprochen? Im Fortschrittsbericht des REK ist es ebenfalls erneut vermerkt worden. Weshalb haben Sie es nicht erwähnt? Haben Sie Ihre Pläne geändert oder ist dieses Dekret nicht erwähnenswert?

ECOLO misst diesem Dekret jedenfalls eine große Bedeutung bei. Darin sollen die Schulkosten festgelegt werden, die von den Familien noch getragen werden müssen. Damit wäre endlich klar, welche Kosten den Familien nicht mehr in Rechnung gestellt werden dürfen. Der Schulbesuch ist *die* Dienstleistung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und sollte somit auch finanziell für alle gleichermaßen zugänglich sein.

Die ECOLO-Fraktion hat ihrerseits festgelegt, welche Schwerpunkte sie bis Ende dieser Legislaturperiode noch ansprechen möchte. Wir begrüßen das Kulturdekret und werden dabei besonders auf dessen Zugänglichkeit achten. Der BRF bleibt in unserem Blickfeld. Uns geht es um einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der die Pluralität unserer Gesellschaft widerspiegelt und der über korrekte Mittel verfügt, um seinen Auftrag als regionale Medienanstalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erfüllen.

Dem zukünftigen Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gilt unsere Aufmerksamkeit. Wir unterstützen die grundsätzliche Idee, die die Regierung mit der Schaffung dieses Zentrums verfolgt, aber es gibt noch Knackpunkte. Dazu gehören: die Transparenz in puncto Erhebung, Weitervermittlung und Aufbewahrung von Daten der Kinder und ihrer Familien; ein schlüssiges Konzept für die neue Funktion der schulpsychologischen Berater, die unseres Erachtens noch nicht ausreichend definiert ist; und nicht zuletzt die Einrichtung einer Begleitung für Lehrer.

Wir werden auch weiterhin einfordern, dass Minister Paasch bei den Berufseinstiegspraktika in Kindergärten die pädagogischen Aspekte nicht aus den Augen verliert. Kleinkinder brauchen verlässliche Bindungen. Das geht nicht mit halbjährlich wechselndem und noch zu schulendem Personal.

Des Weiteren fordern wir die Anerkennung von sozialen Treffpunkten. Einrichtungen wie das Haus der Begegnung in Eupen, das Café Patchwork in St. Vith, das Haus der Familien in Kelmis oder das Animationszentrum Ephata in Eupen leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und sollten abgesichert sein.

Die Überlegungen zur Frage, ob die Schulrhythmen den Rhythmen der Kinder und Jugendlichen noch gerecht werden, werden wir weiter vertiefen und schlüssige Vorschläge für die Deutschsprachige Gemeinschaft erarbeiten. Dazu finden im November die nächsten Veranstaltungen statt.

Im Herbst stehen die Jubiläumsfeierlichkeiten und der Umzug des Parlaments an. Dazu möchte ich aus der Sicht von ECOLO einige Worte sagen. Die ECOLO-Fraktion bekennt sich zur Deutschsprachigen Gemeinschaft und zu ihrer Autonomie. Sie ist davon überzeugt, dass die auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zugeschnittenen Lösungen, die durch unsere Autonomie ermöglicht werden, einen Mehrwert darstellen und dass man dafür die notwendigen Instrumente schaffen muss. Sie steht dazu, dass es ein Parlament gibt, also einen Ort der demokratischen Debatte, der legislativen Entscheidungen und der öffentlichen Kontrolle der Regierungsarbeit, und dass dieses Parlament für seine Arbeit die nötigen personellen, finanziellen und infrastrukturellen Mittel und Rahmenbedingungen braucht.

ECOLO steht zu dem Modell einer eigenen Regierung und einer eigenen Verwaltung für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Wir stehen zu dem Ziel, unsere Zuständigkeiten so auszubauen, dass sie eine noch umfassendere globale Politik für unsere Bevölkerung ermöglichen. Gleichzeitig rufen wir auch für diese wichtigen Aufgaben zur Bescheidenheit auf! Wir sagen Ja zu den notwendigen Mitteln, aber Nein zu einer übermäßigen Ausgabenpolitik.

In diesem Sinne haben wir immer zum Parlamentsumzug ins ehemalige Sanatorium gestanden. Distanziert haben wir uns erst, als es nach dem Umdenken Ende 2009 um die Entscheidung zwischen drei möglichen Projekten ging. Unsere ursprüngliche Idee, im neuen Parlamentsgebäude gleichzeitig auch Dienstleister der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzusiedeln, die bisher andernorts ihren Sitz hatten, und somit eine größere Nähe zur Bevölkerung zu schaffen und gleichzeitig Mietkosten für andere Gebäude einzusparen, wurde von der amtierenden Mehrheit nie besonders unterstützt. Bei der abgespeckten Version des Projekts war die Umsetzung unserer Idee sowieso nicht mehr möglich. Deshalb haben wir uns Ende 2009 für die kleinste der drei vorgeschlagenen Varianten entschieden, und zwar für ein Parlamentsgebäude ohne Anbau. Diese Variante wäre für die Funktionen, die es abzudecken gilt, ausreichend gewesen. Wir sind jedoch überstimmt worden und haben uns demzufolge bei allen folgenden Einzelentscheidungen unserer Stimme enthalten. Dennoch hat mein Kollege Braun im Präsidium die Entwicklung des Baus genau mitverfolgt und immer dann, wenn sich Mehrkosten für einzelne Posten abzeichneten, nachgefragt, wie es um die Einhaltung des allgemeinen Kostenrahmens steht. Bis vor Kurzem wurde ihm die Einhaltung jedes Mal zugesichert. Die jüngste Entwicklung ist Ihnen allen seit zwei Wochen bekannt.

ECOLO steht dazu, die anstehenden Jubiläen zu feiern. Auch in Zeiten des Sparens sollte man nicht gänzlich aufs Feiern verzichten. Es ist uns aber wichtig, die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinschaft in diese Feierlichkeiten einzubeziehen, ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu informieren und sich das Parlamentsgebäude von innen anzusehen. Wir stehen auch hinter dem in Auftrag gegebenen Ausstellungsprojekt und hoffen, dass es in den kommenden Jahren vielen Menschen Einblick in das Funktionieren von parlamentarischer Demokratie und in die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben wird. Allerdings bedauern wir, dass die Möglichkeit, diese Ausstellung so zu gestalten, dass sie als Ganzes oder teilweise ausgeliehen und an anderen Orten genutzt werden kann, jetzt plötzlich keine Option mehr darstellt. Das verringert die Einsatzmöglichkeiten dieser Ausstellung und beraubt sie eines Teils ihrer Ausstrahlung. Dabei ist dieses Projekt mit ziemlich hohen Kosten verbunden.

Bei den Feierlichkeiten wird es unseres Erachtens auf den Rahmen ankommen. Auch große Ereignisse kann man in bescheidenem Rahmen feiern – Kollege Frank sagte es bereits. ECOLO plädiert jedenfalls dafür und wird dies aus der Opposition heraus



anmahnen. Wir möchten an den Feierlichkeiten teilnehmen, aber nicht zu großzügigen Buffets und Empfängen eingeladen werden. Wir hoffen auch, dass wir trotz aller inhaltlichen Streitigkeiten, die wir hier im Parlament miteinander austragen, in dieser Frage bei den Kolleginnen und Kollegen aus Opposition und Mehrheit genügend Gleichgesinnte finden werden, die mit uns auf die Einhaltung eines bescheidenen Rahmens achten.

Mit der Überschrift „Erfolgreich regieren in schwierigen Zeiten“ versteht der Ministerpräsident die Regierungsarbeit. Ich möchte meine Stellungnahme mit einer Ergänzung zu diesem Satz beenden: Erfolgreich regieren in schwierigen Zeiten, erfordert als Erstes Bescheidenheit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ECOLO, der CSP und VIVANT)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Dannemark das Wort.

HERR DANNEMARK *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In Ihrer Regierungserklärung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben Sie, Herr Ministerpräsident, nochmals betont, dass die Regierung trotz der schwierigen Finanzlage an ihrer langfristigen Zukunftsplanung im Hinblick auf eine Erweiterung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehalten hat. Dieser Position kann die PFF nur zustimmen. Die Vorbereitungen in Bezug auf die Sechste Staatsreform laufen auf Hochtouren, damit unsere Gemeinschaft im Falle einer Übertragung von weiteren Zuständigkeiten für die neue Herausforderung gewappnet ist. Der zu diesem Zweck eingesetzte Unterausschuss hat bislang seinen diesbezüglichen Auftrag bestens erfüllt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auch darauf hingewiesen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in den kommenden Jahren weiterhin ihren Beitrag zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des belgischen Staatshaushalts leisten wird und dass die Gemeinden in Zukunft aufgrund von bestimmten europäischen Vorgaben dabei enger als bisher einbezogen werden sollen. Die PFF-Fraktion hat sich die Frage gestellt, wie denn diese Einbeziehung der Gemeinden genau aussehen soll. Es wäre schön, wenn Sie uns dies kurz erläutern könnten.

Sie haben angekündigt, dass im Falle einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage erneute Sparmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden könnten. Wir versichern Ihnen, dass sich die PFF im gegebenen Fall dieser Herausforderung stellen und an den erforderlichen Beratungen beteiligen wird. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Begriff „Verschuldung“ meines Erachtens oft zu eng gesehen wird, zumindest wenn er im Zusammenhang mit Investitionen verwendet wird, die langfristig einen Mehrwert mit sich bringen und auf Entscheidungen beruhen, die wohlüberlegt und unumgänglich waren. Auch ein Privatmann, der ein Haus kaufen oder bauen möchte, muss eine gewisse Verschuldung in Kauf nehmen. Dass die finanziellen Lasten eines Gemeinschaftshaushalts höher sind als die eines Privathaushalts, ist bei wohlüberlegten und begründeten Investitionen völlig legitim.

Die Beteiligung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Wachstumsstrategie 2020 der Europäischen Union sowie an dem Pakt zwischen Föderalstaat, Gemeinschaften und Regionen für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung halten wir für eine gute Sache. Vor allem vor dem Hintergrund einer Zukunftsplanung hinsichtlich der Erweiterung der Gemeinschaftsautonomie scheint uns dies ein wichtiger Schritt zu sein.

In Ihrer Regierungserklärung sind Sie außerdem auf das Thema „Jugendgarantie“ eingegangen. Sie sprachen in diesem Zusammenhang von Mitteln, die seitens der EU für Initiativen bereitgestellt werden, die jungen EU-Bürgern unter 25 Jahren den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollen. Die Jugendgarantie soll es jungen Erwachsenen ermöglichen, innerhalb von nur vier Monaten nach Abschluss einer formellen Ausbildung oder im Falle von Arbeitslosigkeit ein Angebot für eine neue Stelle, eine Weiterbildung oder einen

Ausbildungsplatz zu erhalten. Die PFF hält dieses Vorhaben für lobenswert, allerdings sind wir uns noch nicht ganz darüber im Klaren, wie es verwirklicht werden soll. Sollte die Zeitspanne von vier Monaten aktuellen Schätzungen zufolge tatsächlich realistisch sein, so möchten wir Sie bitten, Herr Ministerpräsident, uns diesen Sachverhalt etwas genauer zu erläutern.

Wie bereits erwähnt, laufen die Vorbereitungen für die Sechste Staatsreform und die damit einhergehende geplante Übertragung weiterer Zuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft auf Hochtouren. Vor dem Hintergrund von Artikel 139 der Verfassung, der die Übertragung von regionalen Kompetenzen an die Gemeinschaften ermöglicht, möchte ich an dieser Stelle auf den Tourismus zu sprechen kommen.

In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Tourismusstandort ist es sehr wichtig, dass sie die Zuständigkeit für den Tourismus im Zuge der Sechsten Staatsreform mittels eines Sondergesetzes behalten kann. Die Zahlen des Fortschrittsberichts des Regionalen Entwicklungskonzepts belegen, welche große Bedeutung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Tourismusstandort zukommt. Statistiken zufolge wurden im Jahr 2011 330.086 Übernachtungen in Hotels, Campingplätzen und anderen Ferienunterkünften gebucht, davon 258.396 im Süden und 39.093 im Norden. Setzt man die Anzahl der Übernachtungen in Relation zu dem europäischen Durchschnittswert von 62 Euro für Tagesausgaben, so ergibt sich für das Jahr 2011 eine Bruttowertschöpfung von über 20 Millionen Euro. Die Mehrwertsteuereinnahmen lagen in diesem Jahr bei über 4 Millionen Euro. Man bedenke, dass es sich hier um Zahlen von vor zwei Jahren handelt.

Die Bedeutung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Tourismusstandort hat dank des Engagements der für den Tourismus zuständigen Ministerin Weykmans in den letzten Jahren sicherlich zugenommen. Die Neustrukturierung des Verkehrsamtes der Ostkantone mit der Integration einer einheitlichen Kommunikationslinie, die Schaffung eines Qualitätsmanagementsystems für Betriebe, die neue Vennbahnroute im Rahmen des beliebten Konzepts der RAVeL-Radwanderwege, die Aus- und Weiterbildungsprogramme für die touristischen Dienstleister usw. werden die Deutschsprachige Gemeinschaft als Tourismusstandort in den kommenden Jahren gewiss weiterhin bereichern.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, müssen wir als kleine Deutschsprachige Gemeinschaft auf unserem Weg zu mehr Autonomie einerseits noch sehr viel Vorbereitungsarbeit leisten, um für die im Zuge der Sechsten Staatsreform auf uns zukommenden Herausforderungen bestens gewappnet zu sein. Andererseits sind wir in unserer Entwicklung als Tourismusstandort oder hin zu einer Region jedoch auf dem richtigen Weg.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Wort zu Ihnen sagen, Herr Frank. Sie sprachen in Ihrer Stellungnahme die seit 1999 in der Provinz Lüttich regierende Mehrheit aus Sozialisten und Liberalen ...

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Seit 1981!

HERR DANNEMARK (*vom Rednerpult*): ... Noch besser! ... und die noch nicht erfolgte Übertragung der Provinzzuständigkeiten an die Deutschsprachige Gemeinschaft an. Als Jurist müssten Sie eigentlich besser wissen als ich, dass die Übertragung dieser Zuständigkeiten nicht in Lüttich, sondern in Namür beschlossen wird, wo die Christlich-Sozialen und nicht die Liberalen in der Mehrheit sind. Das könnten Sie vielleicht Ihrem Parteikollegen und cdH-Präsidenten anlässlich seines Besuchs etwas näher erläutern. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR MIESEN, Präsident: Als weiterer Redner für die PFF-Fraktion hat Frau Möres das Wort.

FRAU MÖRES (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! In puncto Kompetenzübertragung haben fast alle Parteien dieses Hauses laut Ja gesagt zu mehr Autonomie, zu mehr Eigenständigkeit und zum Ausbau der Befugnisse unserer Gemeinschaft. In dieser Zusage liegt jedoch auch eine große Verpflichtung, die uns allen bewusst sein muss, denn sie bedeutet auch ein klares Ja zu mehr Verantwortung, zu großen Herausforderungen, zu mutigen Entscheidungen und zu eventuellen Veränderungen.

Nehmen wir beispielsweise die Teilkompetenz Jugendschutz und den ganzen Zuständigkeitsblock rund um die Familienzulagen. Da sind zunächst die erweiterten Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich Jugendschutz. Eine Auswirkung der Sechsten Staatsreform besteht darin, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im Jugendschutz künftig eigene Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche entwickeln und umsetzen kann. Bislang durfte sie nur umsetzen, was auf föderaler Ebene festgelegt wurde.

Bei aller Freiheitsliebe und dem stärksten Glauben an die Eigenverantwortung eines jeden Menschen steht es auch für die PFF außer Frage, dass man die Jugendlichen schützen muss – manchmal auch vor sich selbst. Das Spielfeld, auf dem sie sich bewegen dürfen, muss eingrenzt und es müssen klare Regeln erlassen werden. Werden diese überschritten, müssen auch Konsequenzen drohen.

Einen wichtigen Baustein, um diese Jugendschutzmaßnahmen an den effektiven Bedarf in unserer Gemeinschaft anpassen und dabei nötigenfalls auch mit Kooperationspartnern außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeiten zu können, sieht die PFF in der anstehenden Kompetenzübertragung. Zudem verfügen wir mit den Mitarbeitern des Fachbereichs Jugendschutz, des Jugendhilfedienstes und des Vermittlungsdienstes im Rahmen des Jugendschutzes bereits über fähige Menschen mit dem nötigen Know-how, um diese Kompetenzübertragung zielgerichtet und gewinnbringend umsetzen zu können. Scheinbar zeichnet sich also auf der ganzen Linie ein Gewinn ab.

Schwieriger sieht es mit der Kompetenzübertragung in puncto Familienzulagen aus. Das ist eine ohnehin sehr sensible bzw. emotionale Materie, die der breiten Bevölkerung und damit wohl allen Parteien sehr am Herzen liegt. Bereits Mitte des kommenden Jahres, am 1. Juli 2014, soll diese Zuständigkeit vollständig an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden. Allerdings werden die Familienzulagen auch dann vorerst noch über die derzeitigen Strukturen ausgezahlt und wesentliche Änderungen an der jetzigen Regelung nur mit dem Einverständnis der jeweiligen Gemeinschaft vorgenommen. Dies hat zur Folge, dass vorläufig wohl niemand eine Kürzung des Kindergelds befürchten muss.

Wichtig ist jedoch, dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft auf diese Kompetenzübertragung, die spätestens 2020 abgeschlossen sein muss, gut vorbereitet. Derzeit befasst sich das Parlament bereits in einer Arbeitsgruppe intensiv mit diesem Thema und wird der Regierung voraussichtlich Ende dieses Jahres seinen Bericht mit Empfehlungen und Wunschvorstellungen in Sachen Kindergeld vorlegen. Dennoch müssen noch viele Fragen gelöst werden: Reichen die an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragenen finanziellen Mittel für diese neue Zuständigkeit tatsächlich aus? Kann der dafür nötige Verwaltungsapparat möglichst klein gehalten werden, um diese Aufgabe auch bewältigen zu können? Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage, ob die jetzige Regelung in puncto Gewährung von Familienzulagen weitestgehend beibehalten oder alles auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls eine Neuverteilung der Mittel anvisiert werden sollte? Hier wären vielerlei Modelle denkbar.

Ich möchte an dieser Stelle nicht in diese inhaltliche, sicherlich abendfüllende Diskussion einsteigen. Dennoch gilt es, sich all diesen Fragen zu stellen, und zwar mit Fachleuten, im Austausch mit der Bevölkerung und eventuell unter Einbeziehung des Beirates für Familien und Senioren.

Aus Sicht der PFF kann die Übertragung der Kompetenz Familienzulagen zu einer Erfolgsgeschichte werden, falls sie richtig vorbereitet wird. Daher sollten wir dieser Materie weiterhin die nötige Aufmerksamkeit widmen und intensiv nach angepassten Lösungen suchen.

Wie bereits angedeutet, kann und wird sich die Übertragung der Kompetenzen in der Praxis sehr unterschiedlich gestalten. Eine Kompetenz werden wir schneller, leichter und mit weniger Aufwand übernehmen können als die andere. Allerdings betrachtet die PFF die Kompetenzübertragung nach wie vor als Gewinn, da sie es ermöglicht, maßgeschneiderte, auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zugeschnittene Maßnahmen einzuführen und diese auch selbst umzusetzen.

Lassen wir uns also nicht allzu sehr von den anstehenden Wahlen beeinflussen, sondern sehen wir den Schwerpunkt unserer Arbeit für das kommende Jahr vor allem in der gemeinsamen und zielgerichteten Vorbereitung der Kompetenzübertragung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER *(vom Rednerpult)*: Mitglieder von Regierung und Parlament, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Zu Beginn meiner Stellungnahme möchte ich einen Aspekt ganz klar und deutlich hervorheben: Vieles, was in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im öffentlichen Bereich geschieht, ist nicht das Verdienst der Regierung, auch wenn die sich manchmal gerne mit diesen Federn schmückt. Nein, das meiste, was im öffentlichen Bereich – sei es in der Kultur, in der Erwachsenenbildung oder in der Jugendförderung – geschieht, ist langsam aus den Bedürfnissen und dem Engagement von fleißigen Bürgerinnen und Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstanden. Oft schmückt sich die Regierung mit fremden Federn.

Eine zweite Anmerkung: Wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft Zuschüsse gewährt, dann sollte der Bürger meines Erachtens mutiger sein und nicht als Bittsteller auftreten, der sich dafür bedanken muss oder meint, er müsste den Regierenden bei Festen huldigen oder sie besonders erwähnen. Die Regierenden verteilen doch nur das Geld, das die Bürger für sich selbst erwirtschaftet haben. Ohne Bürger gäbe es kein Steueraufkommen und keine handlungsfähige Regierung. Außerdem erhält die Deutschsprachige Gemeinschaft auch viel Geld von den belgischen Steuerzahlern aus den anderen Landesteilen. Deshalb ist es umso trauriger, dass sie mit diesem Geld nicht über die Runden kommt.

Kommen wir nun zu den Inhalten der Regierungserklärung. Während ungefähr einer Stunde und 20 Minuten hat uns der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung erzählt, wie gut die Regierung die Lage im Griff hat. Er hat uns beruhigt und gleichzeitig Ängste geschürt. Ohne die Regierung läuft bekanntlich gar nichts. Mal ist die Deutschsprachige Gemeinschaft ein gleichberechtigter, auf Augenhöhe agierender Gliedstaat, wenig später ist sie dann wieder ganz klein und muss ohne Widerworte tun, was die Großen sagen. Kurzum: Das ist das typische Gerede der Regierung, wie wir es seit Jahren kennen.

Die Regierungserklärung kann man in drei Sätzen zusammenfassen: 80 Minuten Selbstbeweihräucherung, 80 Minuten Altbekanntes. Aber dieses Mal bedeutend schwächer: keine politische Vision, keine Antworten auf aktuelle und zukünftige Probleme. 80 Minuten politische Leere – und das in diesen Zeiten!

Noch nie gab es so viele Arbeitslose in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Noch nie hatte die Deutschsprachige Gemeinschaft so viele Schulden wie heute. Das Gleiche gilt für ganz Belgien. In absoluten Zahlen hatte Belgien noch nie so viele Schulden wie heute, denn gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Erwerbslosen um fast 23.000 angestiegen. Und wieder ist der prozentuale Anstieg in der Deutschsprachigen Gemeinschaft größer als in Wallonien oder in Brüssel.

Europa steht vor einem Scherbenhaufen mit einem Heer von Arbeitslosen und Bergen von Schulden, verursacht durch ein Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystem, welches unsere Regierung hier immer noch als alternativlos dargestellt und verteidigt.

Einige werden jetzt denken, dass ich die gleichen Bemerkungen schon früher einmal gemacht habe, und sie haben recht. Traurig ist nur, dass die Zahlen weiter steigen und es immer schlimmer wird. Bereits mehrfach habe ich auf die Dramatik in diesem Bereich hingewiesen und bereits mehrfach die Formulierung „noch nie zuvor“ benutzt. Getan hat sich diesbezüglich von politischer Seite wenig oder gar nichts, zumindest nichts, was die Lage verbessert hätte.

Der für Beschäftigung zuständige Minister hat vor einigen Monaten in einer Haushaltsdebatte gesagt: „Wir treten zuerst einmal als Arbeitgeber auf.“ Ja, so kann Beschäftigungspolitik auch aussehen. Man stellt Personal im öffentlichen Dienst ein, statt sich um Konzepte zu bemühen ... (*Empörtes Gelächter bei Herrn Minister Paasch*) ... durch die die Lage verbessert würde. Für jede Stelle ...

HERR PAASCH, Minister (*aus dem Saal*): Ich habe von den Lehrpersonen gesprochen! Die sind doch auch in Ihren Augen wichtig, oder nicht?

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... im öffentlichen Dienst müssen an anderer Stelle Steuergelder erwirtschaftet werden. ... Unterbrechen Sie mich nicht! ... Diese Feststellung ist keine Kritik an den Diensten, sondern an der Politik dieser Mehrheit.

Interessant ist die folgende Aussage: Vor zwei Wochen sagte der Beschäftigungsminister in seiner Rede anlässlich einer Veranstaltung der KBC-Bank-Gruppe, dass die Bürokratiekosten in Belgien zu hoch seien und dass das bestehende Steuersystem abgeändert werden müsse. Ähnlich argumentierte ein ProDG-Fraktionsmitglied in einem Leserbrief. Welch weise Erkenntnis! Da kann man nur staunen! Aber warum sagen Sie dann im Parlament zu allem Ja und Amen, was uns von Brüssel vorgelegt wird? Seltsam! Oder befinden wir uns etwa bereits im Wahlkampf?

Meine Damen und Herren ...(*Unruhe im Saal*) ... bedeutsam ist nicht das ...

HERR PAASCH, Minister (*aus dem Saal*): Wenn man Ihnen zuhört, offenkundig ja!

HERR MIESEN, Präsident: Herr Balter hat das Wort!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Bedeutsam ist nicht das, was die Regierungsmitglieder sagen ...

HERR PAASCH, Minister (*aus dem Saal*): Bedeutsam ist das, was Sie sagen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): ... bedeutsam ist das ... (*Unruhe und Zwischenrufe aus dem Saal*) ... was sie uns verschweigen. Herr Präsident, das ist schon das dritte Mal, dass Herr Paasch mich unterbricht!

HERR MIESEN, Präsident: Herr Balter, Sie haben das Wort – in der Tat!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Die Regierung ist mit ihrer konventionellen Politik am Ende und wenn sie ehrlich ist, weiß sie das im Grunde genommen selbst.

Ich werde nun auf einige Äußerungen und Zahlen aus der Regierungserklärung eingehen und dann verschiedene Alternativen aufzeigen.

Auf Seite 3 der Regierungserklärung wird in Bezug auf die Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erneut der Versuch eines Täuschungsmanövers erkennbar. Herr Lambert hat wieder von „Einnahmenverlusten“ gesprochen. Ich wüsste gerne, wie Sie auf diese Einnahmenverluste kommen und was Sie eigentlich damit meinen. Einnahmenverluste bedeuten eigentlich, dass man weniger Geld erhält. Dabei hat die

Deutschsprachige Gemeinschaft in den letzten Jahren in absoluten Zahlen trotz Krise immer mehr Geld erhalten. Das können Sie beispielsweise in den Haushaltsdokumenten vom 25. April 2013 nachlesen. Im Jahr 2010 beliefen sich die Gesamteinnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf 181 Millionen Euro, im Jahr 2011 auf 194 Millionen Euro und im Jahr 2012 auf 200 Millionen Euro. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat nie weniger Geld bekommen, sondern sie hat höchstens weniger Geld erhalten, als sie sich erhofft hatte. In absoluten Zahlen sind die Einnahmen jedoch immer angestiegen. Wie der Beschäftigungsminister zu behaupten – so wurde er im *GrenzEcho* zitiert – „immerhin mussten wir mit 184 Millionen Euro weniger auskommen“, ist eine Täuschung. „Weniger“ bedeutet weniger, aber in Wirklichkeit ist nie weniger Geld an Einnahmen geflossen, sondern nur weniger, als Sie gedacht hatten. Prognosen sind nie so genau, und deshalb sollte man von Anfang an viel achtsamer mit den Zahlen umgehen und zusätzlich eine Reserve für den Fall einplanen, dass es schlimmer kommt als erwartet.

Ich möchte das anhand eines Beispiels verdeutlichen: Wenn der Herbst naht, hat ein guter Familienvater schon vorgesorgt. Er hat entweder für genügend Brennholz gesorgt oder er lässt seinen Heizöltank auffüllen, um gut warm durch den Winter zu kommen. Meine Oma pflegte immer zu sagen: „Im September musst du schauen, dass der Schuppen voll Brennholz ist. Wenn du zu viel Brennholz hast, weil der Winter milder war als erwartet, dann kannst du dich im nächsten Jahr freuen, weil du noch eine kleine Reserve hast. Wenn du jedoch das Geld für andere, sinnlose Dinge ausgegeben und nicht für genügend Brennholz gesorgt hast, dann kann es passieren, dass deine Familie im Februar friert. Dann kannst du dich nicht damit herausreden, dass man ja nicht ahnen konnte, dass es so kalt wird, und dem Wetter oder jemand anders die Schuld in die Schuhe schieben. Rechne beim Wetter immer mit dem Schlimmsten, dann bist du auf der sicheren Seite.“

Meine Damen und Herren, so sollte eigentlich auch die Regierung denken, denn Vorsorge kommt vor der Sorge. Bekanntlich läuft es hier jedoch anders herum: Man verplant bereits Erhofftes und hat dann die Frechheit zu behaupten, dass man nicht habe wissen können, dass „der Winter so kalt wird“. Erinnern Sie sich nur an das, was die amtierende Mehrheit seit Ausbruch der Krise, die mit der berühmten Lehmann-Pleite im Jahr 2008 begann, noch alles an „nicht Überlebenswichtigem“ geplant und gebaut hat. Ich glaube, dass sich eine Aufzählung der unsinnigen Projekte erübrigt. Das vorausschauende Planen gehört nicht unbedingt zur Spitzendisziplin dieser Mehrheit, erhofftes Geld verplanen schon eher.

Ich vermute, dass die Mehrheitskollegen und die Regierungsmitglieder in den nächsten Monaten noch des Öfteren von Mindereinnahmen sprechen werden, u. a., um die von ihr angekündigten Sparmaßnahmen zu rechtfertigen. Dies ist eine grobe Täuschung.

Meine Damen und Herren, meiner Ansicht nach besteht ein Hauptproblem darin, dass die konventionelle Politik gar nicht anders kann. Ihre Protagonisten kennen weder Reserven noch einfache Faustregeln und vernunftbetontes Handeln. Sie haben sich von der Realität entfernt und feiern sich dabei auch noch selbst. Wie sonst ist dieser Satz des Finanzministers zu verstehen, dass sich die auslaufende Legislaturperiode am besten mit „Erfolgreich regieren in finanziell schwierigen Zeiten“ umschreiben lässt? Wenn dem so wäre, dann hätten Sie noch Holz im Schuppen. Doch das wurde schon längst verfeuert. ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Sie haben seit Jahren keine Reserven mehr und machen immer neue Schulden. ... (*Unruhe im Saal*) ... Unglaublich, welche Selbsttäuschung hier betrieben wird!

Zum Umzug des Parlaments ins ehemalige Sanatorium möchte ich nur einen Satz sagen, meine Damen und Herren: Hier geht es nicht um den „Preis der Demokratie“, sondern einzig und allein um das politische Spiel der Selbstdarstellung. Vor einiger Zeit schrieb ein Bürger: „Die Politik feiert ihre Sparmaßnahmen.“ Dieser Aussage könnte man

hinzufügen: „... und gibt Millionen dafür aus.“ Treffender kann man die anstehenden Festtage der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht beschreiben. Meine Damen und Herren, es geht schon lange nicht mehr um unsere Kulturautonomie, nein, es geht um etwas ganz anderes.

Wir brauchen deshalb ein Umdenken. Wir müssen wegkommen von diesen politischen Spielchen, vom Feiern und Selbstbeweihräuchern, vom Fordern, ohne nachzudenken, und vom gewissenlosen Handeln. Wir müssen zurückfinden zur politischen Vernunft, bei der es um den Menschen, den Bürger und um seine Zukunft geht. Dabei ist auch der Bürger gefragt. Solange er dieses Schauspiel mitmacht und mitfinanziert, kehrt keine Besserung ein. Jammern allein bringt bekanntlich nichts. Wir müssen aufwachen! Manchmal frage ich mich, wohin das sonst eigentlich noch führt.

Kommen wir zurück zur Regierungserklärung: Der Finanzminister spricht auf Seite 5 der Regierungserklärung davon, dass Haushaltssanierung und -konsolidierung allein keine Allheilmittel sind. Da frage ich mich ernsthaft, wo denn hier jemals eine vernünftige Haushaltssanierung stattgefunden hat. Sie wissen sicher, was der Begriff „Sanierung“ bedeutet. Aber es ist eher so, dass immer mehr Geld ausgegeben, weitergebaut und verplant, gefeiert und eingestellt wird. Das ehemalige Sanatorium wurde gerade um sage und schreibe 840.000 Euro teurer, obwohl in den Planungen bereits einige Hunderttausend Euro für Unerwartetes vorgesehen waren. Dabei wurde uns immer wieder beteuert, dass der festgelegte Rahmen „niemals“ überschritten werden würde. Fazit ist, dass mehr als 1 Million Euro unerwartete Ausgaben waren. Das Parlament gönnt sich ein neues Logo von fast 9.000 Euro. Im neuen Parlamentsgebäude wird eine Ausstellung für 150.000 Euro geplant. Am Kloster Heidberg werden 10 Millionen Euro verbaut. Für die nächsten Monate sind bereits zahlreiche Feste im In- und Ausland geplant. Da kann ich nicht den Eindruck haben, dass gespart wird. Eine Haushaltssanierung sieht meines Erachtens anders aus. Ja, man hat die Mittel für gewisse Dienste gekürzt, Gehälter heruntergeschraubt, Dotationen eingefroren und direkt oder indirekt Druck ausgeübt. Aber eine Sanierung? Ich frage mich, wieso Sie diesen Begriff verwenden, Herr Lambertz.

Auf Seite 5 der Regierungserklärung steht in meinen Augen eine sehr bedeutende Aussage. Dort weist der Finanzminister darauf hin, dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft in die Wachstumsstrategie 2020 der Europäischen Union sowie in den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, der zwischen dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und Regionen vereinbart wurde, einschreiben „muss“. Ich frage Sie: Wurde dieser Pakt für Wettbewerbsfähigkeit im Parlament vorgestellt? Haben wir darüber diskutiert oder abgestimmt? Nein, meine Damen und Herren, das alles wird an den Volksvertretern vorbei beschlossen. Das machen die Regierungen schön unter sich aus.

Es gibt also zwei bedeutende Elemente, die die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachhaltig beeinflussen werden und die wir im Parlament unbedingt erörtern sollten, denn sie betreffen den Alltag fast eines jeden Bürgers der Gemeinschaft.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Informationen zur Wachstumsstrategie 2020 der Europäischen Union geben. Die fünf Kernziele der EU für das Jahr 2020 sind folgende: Beschäftigung (75 % der 20- bis 24-Jährigen sollen in einem Arbeitsverhältnis stehen); Innovation und Forschung; Klima und Energie; Bildung (Verringerung der Schulabbrecherquote auf unter 10 % und Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 %); Armut und soziale Ausgrenzung.

Meine Damen und Herren, das hört sich nach typischen politischen Floskeln an. Ich gebe jedoch zu bedenken, dass die EU-Kommission eine gut gegliederte Organisation im Dienste der Industrie ist, bei der nichts zufällig geschieht. Nein, dort wird eine Strategie verfolgt. 18.000 in Brüssel vollzeitlich beschäftigte Lobbyisten überlassen selten etwas dem Zufall. Im Gegensatz zu den Regierungen arbeiten sie äußerst effizient und

professionell, denn bei genauerer Betrachtung ist ihre Handschrift deutlich zu erkennen, insbesondere bei den Empfehlungen zu Belgien. Sie fordern mehr Wettbewerb, einen stärkeren Übergang zu einer wissensintensiven Wirtschaft, eine Abänderung der Lohnnormen, eine höhere Erwerbstätigenquote. „Das ist doch alles nachvollziehbar“, werden einige von Ihnen sagen. Aber der Faktor Mensch, meine Damen und Herren, wird nicht mit einem Wort, ja nicht mit einer Silbe erwähnt. Der Mensch hat lediglich zu funktionieren. Es stellt sich nur die Frage, ob die Bürger das auch mitmachen.

Bereits heute sind viele Bürger dem Stress des Alltags nicht mehr gewachsen. Burn-out wird zu einer Volkskrankheit. Noch nie gab es in Belgien und in Europa so viele Medikamentensüchtige wie heute. Noch nie wurden in Belgien so viele Psychopharmaka verschrieben. Und die Antwort der EU-Kommission lautet: Noch mehr Wettbewerb, noch mehr Bildung, noch mehr Stress!

Wenn ich mit jungen Studenten spreche, dann stelle ich fest, dass heute alles ganz anders ist als vor 20 Jahren. Der Stress im Studium nimmt zu. Immer weniger junge Leute engagieren sich sozial oder politisch, denn sie haben dazu einfach keine Zeit mehr. Das Studium nimmt immer mehr Raum ein. Aber auch aus finanziellen Gründen steigt der Druck.

Bereits vor drei Jahren veröffentlichte das *GrenzEcho* einen interessanten Artikel, in dem das Gesundheitsministerium die Resultate einer Studie über den Gebrauch von Psychopharmaka vorstellte. Die Ergebnisse waren alarmierend. In Wallonien nimmt jede sechste Frau Beruhigungsmittel. In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der Patientinnen verdoppelt und in den letzten drei Jahren ist der Konsum weiter angestiegen. In den letzten zehn Jahren ist in ganz Belgien der Konsum von Psychopharmaka um 60 % angestiegen. Die Leute kommen mit dem Stress des Alltags einfach nicht mehr zurecht.

Die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlichte eine Studie über Arbeitsbelastung und Depressionen, die bestätigte, dass die Gefahr, an Depressionen zu erkranken, zunimmt, je mehr Stress man im Job hat. Ein Beleg dafür ist die Zunahme der entsprechenden Krankschreibungen. Das ist sogar ein europaweites Phänomen.

Vergessen wir an dieser Stelle nicht die Folgen des permanenten Wirtschaftswachstums für unsere Umwelt. In manchen EU-Ländern werden seit Jahren erhöhte Giftstoffgrenzwerte im Trinkwasser gemessen, weil der Zustand des Grundwassers infolge der extensiven Landwirtschaft und der Medikamente, die von den Kläranlagen nicht herausgefiltert werden können, immer schlechter wird.

Meine Damen und Herren, das sind Fakten und Folgen des Systems. Die Allgemeinheit hat die daraus resultierenden enormen Folgekosten zu tragen. Wir, die politisch Verantwortlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die wir in absehbarer Zeit im Gesundheitswesen noch mehr Verantwortung erhalten, werden uns mit diesen Folgen unmittelbar auseinandersetzen müssen. Deshalb sollten wir diese Problematik ansprechen und deren Ursachen ergründen.

„Man erntet, was man sät.“ Mit diesem Sprichwort könnte man die Auswirkungen der konventionellen Politik zusammenfassen. Ein permanentes Wirtschaftswachstum, so wie es die EU-Strategen vorschlagen, kann sicherlich nicht die Lösung dieses Problems sein. Wir sollten versuchen, den roten Faden wiederzufinden, denn er ist vorhanden. Nicht zufällig hat Herr Lambertz in seiner Regierungserklärung im Zusammenhang mit der Wachstumsstrategie 2020 von einem Muss gesprochen.

Ein weiteres Element, das die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft beeinflussen wird und das Herr Lambertz ebenfalls in seiner Regierungserklärung angesprochen hat, ist der Fiskalpakt. Dazu möchte ich Folgendes anmerken: Auf der einen Seite will man als Deutschsprachige Gemeinschaft immer mit den Großen mitspielen, auf der anderen Seite



gibt man sich ganz klein, so zum Beispiel auf Seite 31 der Regierungserklärung, wo es sinngemäß heißt, dass wir den Weg, den Europa eingeschlagen hat, mittragen müssen, und zwar ohne Widerworte. Wer diesen Weg eingeschlagen hat und warum, darüber redet man jedoch nicht.

Ebenfalls auf Seite 31 der Regierungserklärung steht eine in meinen Augen ganz wichtige Aussage: „Die Einführung des Fiskalpakts in unser belgisches Recht und in unsere Gemeinschaftsrechtsgrundlagen ...“ Ja, meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie haben gerade gut zugehört! Auch diese Aussage hat der Ministerpräsident nicht zufällig gemacht. Ist die Einführung der Doktrin des Fiskalpakts in belgisches Recht vielleicht auf föderaler Ebene gemeinsam mit den Ministerpräsidenten an den Parlamenten vorbei beschlossen worden? Und ist hier nicht die Sechste Staatsreform eine wichtige Form der Umsetzung? Oder wird der Fiskalpakt durch die Sechste Staatsreform bereits umgesetzt?

Diese Vorgehensweise gleicht einer Form der Aushebelung des Haushaltsrechts: Nicht die souveränen Parlamente legen das Budget fest, wie es unsere Verfassung vorsieht, sondern der Fiskalpakt! Eigentlich brauchen wir gar kein Parlament mehr. Die Vorgaben macht die EU-Kommission, und die Regierenden regeln alles schön im Geheimen. Wir Parlamentarier dürfen uns hier noch etwas zum Schein streiten. Aber warum stimmen wir dann im Parlament überhaupt noch über den Fiskalpakt ab, wenn ohnehin schon vorgegeben ist, alles in das belgische Recht einfließen zu lassen? Warum haben wir dann eigentlich all die Experten in den Ausschuss eingeladen, die uns alle abgeraten haben, dieser Knute der EU zuzustimmen? Warum? War das alles nur Theater?

Durch die von der EU angestrebte Politik werden die nationalen Parlamente zunehmend bedeutungslos. Die europäischen Nationalstaaten werden durch den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) weiter geschwächt. Die Privatisierung öffentlichen Gutes wird mehr und mehr voranschreiten. Der Lobbyismus der Finanz- und der Pharmakonzerne funktioniert: Die einen verdienen an der Überschuldung der Leute und die anderen an deren Krankheit.

Welches sind die Auswirkungen für Belgien? Belgien ist kein souveräner Staat mehr. Wir sind dann ausführende Vasallen der EU. Und wer steht dahinter? Nicht das EU-Parlament – das hat noch weniger zu sagen als die Nationalstaaten – nein, die EU-Kommission! Eine demokratische Legitimation gibt es höchstens noch in einer homöopathischen Dosis. Dann ist es vorbei mit der Demokratie in Europa, zumindest so, wie wir geglaubt haben, sie zu kennen, oder glaubten, dass sie funktioniere.

Genauso habe ich anlässlich der Abstimmung über den ESM argumentiert, dem die Mehrheit in diesem Haus zugestimmt hat. Wenn Sie, werte Kollegen, in einigen Wochen oder Monaten dem Fiskalpakt zustimmen, dann werden Sie die Demokratie gänzlich zu Grabe tragen. Einige von Ihnen wissen genau, dass das so sein wird.

Eigentlich müsste dieser Gedanke hier im Parlament für einen Aufschrei sorgen, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Schweigen! So weit haben wir uns mittlerweile schon von den Grundprinzipien der Demokratie entfernt.

Was muss geschehen? Es soll und es muss in erster Linie wieder um den Bürger gehen, statt um die Interessen der Konzerne. Zudem muss an mehr als nur einigen Stellschrauben gedreht werden. Ich möchte einige Elemente hervorheben, die für die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft von Bedeutung sind und von der regierenden Mehrheit in Angriff genommen werden sollten.

Es sollte eine konsequente Aufklärung über die Strategie der EU im Hinblick auf den Vertrag von Lissabon und den ESM geben. Außerdem sollte genau über die Auswirkungen des Fiskalpakts auf die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Bevölkerung informiert werden. Dazu sollten kritische Experten eingeladen werden. Das Gleiche gilt für die

Wachstumsstrategie 2020 der EU und den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, den Belgien anstrebt. Wer hat hier was beschlossen und warum? Auch hier sollte man kritischen Stimmen Raum geben und sich sachlich mit den verschiedenen Aspekten auseinandersetzen. Der Bürger sollte wissen, worum es im Einzelnen geht, denn er ist unmittelbar von den Auswirkungen betroffen. Solche weitreichenden Entscheidungen an der Öffentlichkeit vorbei im stillen Kämmerlein zu treffen, entspricht nicht den Grundprinzipien der Demokratie. Als Volksvertreter dürfen wir eine solche Vorgehensweise nicht einfach durchgehen lassen, denn hier geht es um weitaus tiefere Einschnitte für den Bürger, als dies bisher vonseiten der Regierung zugegeben wurde.

Zum Thema Finanz, Sozial- und Wirtschaftspolitik habe ich an diesem Rednerpult bereits mehrfach die Ansichten von VIVANT dargelegt und Alternativen aufgezeigt. Mehr und mehr zeigt sich, dass der Euro, so wie er heute funktioniert, bald Geschichte ist. Unsere Alternativen werden also immer aktueller.

Ich möchte noch einen Satz zu dem von Herr Lambertz erwähnten Fünfparteienabkommen sagen: Herr Lambertz spricht lobend von verantwortungsbewussten und -bereiten Mitgliedern und davon, dass er fünf Parteien an einen Tisch bekommt. Ich würde mir an deren Stelle einige Fragen stellen, denn es ist sicherlich nicht verantwortungsvoll, alles, was von Brüssel kommt, mit Ja und Amen abzusegnet. Durch Ihre Zustimmung lassen Sie zu, dass der Krake der EU in Belgien das Ruder übernimmt, Kolleginnen und Kollegen. Nennen Sie das verantwortungsbewusst? Hier haben wir es erneut mit einer falschen Begriffswahl und einer Täuschung des Bürgers zu tun.

Meine Damen und Herren, vor vier Jahren habe ich meinen ersten Redebeitrag in diesem Haus mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker beendet. Dieses Zitat möchte ich heute wiederholen, weil es gut zum Thema und in diese bewegte Zeit passt: „Die Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“ Leider fehlen im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft oft die Diskussion über wichtige Themen und der Respekt vor der Meinung des anderen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Naturgemäß ist die zu Beginn einer Sitzungsperiode stattfindende Debatte zur Regierungserklärung für die Opposition eine große Versuchung, die Regierungstätigkeit als Ganzes zu verreißen, Ängste zu schüren, kleine Pannen, die es wohl überall gibt und immer geben wird, zu Katastrophen aufzubauen. Die Versuchung ist groß, alles tatsächlich Geleistete zu banalisieren oder als selbstverständlich hinzustellen und dem unmittelbar einen immensen Forderungskatalog nachzuschieben, ohne sich auch nur im Geringsten die Frage zu stellen, ob die Rahmenbedingungen dafür überhaupt noch gegeben sind.

Die Mehrheitsparteien kontern, streichen die schwierigen Umstände heraus, unter denen regiert werden muss, und loben natürlich die Arbeit der Regierung. Heute Abend liegen wir also wieder voll im traditionellen Schema, und Sie sollten jetzt bitte nicht von mir erwarten, dass ich diese Tradition breche.

In den letzten Jahren war in der Regierungserklärung in diesem Zusammenhang des Öfteren von Gratwanderung und Spagat die Rede, und man muss sagen, dass diese Bilder die Situation nicht schlecht beschrieben haben. Das Hauptaugenmerk der Regierungsarbeit seit Beginn der Krise lag und liegt auf der Frage, wie man bei sinkenden Einnahmen die ständig steigenden Kosten für das inzwischen als selbstverständlich angesehene umfassende Dienstleistungsangebot der Deutschsprachigen Gemeinschaft auffangen, gleichzeitig die laufenden gewaltigen Projekte im Bildungs- und Sozialbereich zu Ende führen und dann auch noch Spielraum für die zukünftige Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wahren kann.

Dass dies der Regierung bisher im Großen und Ganzen gelungen ist, wird wohl niemand, der sich den Blick für die Realität bewahrt hat, ernsthaft bestreiten wollen. Man kann ihr nämlich bescheinigen, dass sie ihre Energie trotz oder gerade aufgrund der widrigen Umstände konsequent auf ihre Kernaufgaben konzentriert hat. Sie hat alles daran gesetzt, die Bereiche, für die wir in der Deutschsprachigen Gemeinschaft autonom Verantwortung tragen, ständig qualitativ zu verbessern.

Sehr deutlich erkennbar wird dies zurzeit im Unterrichtswesen. Hier in Eupen entstehen durch das PPP-Projekt, einem Jahrhundertprojekt, großartige Schulbauten. Einige davon sind schon frisch bezogen worden, andere stehen kurz davor. Die Jahrzehnte in klappriegen, energiefressenden RTG-Bauten sind Vergangenheit. Auch wenn einige Übergangsschwierigkeiten und Kinderkrankheiten bei einem so großen Unterfangen kaum zu vermeiden sind, wird die große Mehrheit der Bevölkerung dennoch den Unterschied zwischen früher und heute bereits jetzt realistisch einzuschätzen wissen und den großen infrastrukturellen, ökologischen und pädagogischen Mehrwert erkennen, der mit diesem Mammutprojekt geschaffen wurde.

Natürlich fallen solche großen Infrastrukturprojekte stärker ins Auge als die kontinuierliche Arbeit an der Verbesserung der Unterrichtsqualität, die sich im Hintergrund vollzieht, so zum Beispiel die unzähligen Arbeiten an den Schulentwicklungskonzepten, den Rahmenplänen und der Reform der PMS-Einrichtungen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass sie heute noch einmal hervorgehoben werden, denn nicht die neuen Schulgebäude allein machen die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Unterrichtswesens von morgen aus; mindestens ebenso wichtig sind sehr gut qualifizierte und motivierte Lehrer, die in transparenten und unbürokratischen Systemen gemeinsam mit engagierten Eltern den jungen Menschen Vorbild und Begleiter sein können und wollen.

Genau daran arbeiten Regierung und Parlament seit Jahren sehr intensiv und dafür darf man beiden ruhig ein gutes Zeugnis ausstellen. Wenn es beispielsweise bei der Verabschiedung der Rahmenpläne für die beiden oberen Stufen des Sekundarschulwesens eine breite Übereinstimmung gab und sich bereits ein ähnlicher pragmatischer Konsens bei anderen Projekten im Bildungsbereich abzeichnet, dann ist das nicht nur ein Zeichen erfolgreicher und konstruktiver Zusammenarbeit in einem wichtigen Kernbereich unserer Autonomie, sondern dann sind wir das unseren Schülern, Lehrern und Eltern ganz einfach schuldig.

Was ich hier am Beispiel Unterricht exemplarisch herausgestrichen habe, lässt sich selbstverständlich eins zu eins auf andere Projekte des Regionalen Entwicklungskonzepts übertragen. Auch dabei ist man zielstrebig und kontinuierlich vorgegangen. Das wird sehr deutlich an der Auflistung der einzelnen Arbeitsschritte zum REK, die der Regierungserklärung als Anlage beigelegt waren.

Bei genauer Lektüre fällt übrigens auf, dass die meisten Arbeitsschritte in den Bereichen zu Ende geführt werden konnten, die weitgehend oder völlig autonom von der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwaltet werden. So konnten kleine, aber feine und von der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommene, jedoch für die Stärkung unserer Identität sehr wichtige Teilprojekte und Arbeitsschritte vorangetrieben werden. Ich nenne als Beispiel die Arbeiten am Dialektatlas, die Vorbereitung des Geschichtsbandes über die Zeit von 1945 bis 1973 oder auch die Arbeit am sogenannten mBook, dem neuen interaktiven, digitalen Geschichtsschulbuch. Letzteres sehe ich persönlich als sehr gut gelungenes Projekt an, das in einigen Jahren europaweit sicherlich als Vorzeigeprojekt dienen wird, ähnlich wie dies mit unseren vernetzten Mediotheken bereits der Fall ist.

Wenn es andererseits Projekte gibt, deren Abschluss noch nicht in der laufenden Legislaturperiode zu erwarten ist, dann hängt das häufig damit zusammen, dass wir noch nicht über alle dafür erforderlichen Zuständigkeiten verfügen. In diesem Zusammenhang seien Raumordnung und Wohnungsbau stellvertretend zitiert. Betroffen sind jedoch noch

andere Teilbereiche, wie zum Beispiel im Sozialwesen. Dies ist ein Grund mehr, mit vereinten Kräften auf allen Ebenen des belgischen Staatsgefüges für den konsequenten und kohärenten Ausbau unserer Zuständigkeiten mitsamt der Übertragung der dazu erforderlichen Mittel zu kämpfen. Darüber wird gleich in der Debatte zu den Gutachten zur Sechsten Staatsreform sicherlich noch einiges gesagt werden.

Wer sich ein wenig intensiver mit den einzelnen Arbeitsschritten oder den vielfältigen Bemühungen auf der Suche nach guten Beispielen für eine gelungene Weiterentwicklung unserer Gemeinschaft im Rahmen des REK beschäftigt, der wird sehr schnell erkennen, dass in der Regierung, in den Kabinetten und im Ministerium sehr viel Zukunftsmanagement betrieben wird und dass hier planmäßig, koordiniert und arbeitsteilig vorgegangen wird. Im Detail wird dies aus der Beilage *Best Practices* sehr gut ersichtlich.

Eine fruchtbare, zukunftssträchtige Autonomie einer kleinen Körperschaft wie die der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann sich nie damit begnügen, Zuständigkeitsbereiche einfach zu übernehmen und im kleineren Maßstab das fortzuführen, was größere Verwaltungseinheiten seit Jahrzehnten betrieben haben. Die intelligente Autonomie einer relativ kleinen Körperschaft muss kreativ sein, Prozesse auf die eigene Größe maßschneidern, sich passende Vorbilder suchen und lästige Zöpfe abschneiden.

An solch schlanken und effizienten Lösungen haben die Kabinette und Ministerien in den letzten Jahren ebenfalls erfolgreich gearbeitet. Beispiele dafür findet man in der Ausübung der Aufsicht über die untergeordneten Behörden, wie zum Beispiel die Gemeinden, die ÖSHZ oder die Kirchenfabriken.

Jetzt arbeiten diese Leute an neuen, maßgeschneiderten Konzepten für die Zukunft. Allerdings ist das alles nicht sehr attraktiv für die Presse und daher für den Durchschnittsbürger kaum sichtbar. So hält sich in der Öffentlichkeit leider immer noch das falsche Klischee vom aufgeblähten Verwaltungsapparat.

Wir haben des Öfteren von den verschlechterten Rahmenbedingungen, u. a. von den Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, gesprochen, die in den letzten Jahren viel Umplanung erfordert haben. Umplanen bedeutet aber, dass man viel Zeit und Energie für etwas verwenden oder verschwenden muss, was eigentlich schon gut geplant und teils schon umgesetzt war. Das ist nicht lustig, das macht sicher keinen Spaß, aber es muss eben sein.

Von dieser Umplanung ist aber nicht nur die Deutschsprachige Gemeinschaft betroffen. Bei unserem Nachbarn, der Französischen Gemeinschaft, werden beispielsweise jetzt die Funktionszuschüsse für die Schulen gekürzt, was wahrscheinlich nicht reichen wird, um den Haushalt zu sanieren. Auch Flandern unterliegt ähnlichen Zwängen wie wir. Dort hat man nicht nur die gleichen Sparmaßnahmen ergriffen, sondern man schafft sogar zusätzlich den Vorruhestand im Unterrichtswesen ab.

Wir sind aber auch noch nicht über den Berg. Zwar sind wir bisher von wirklich großen Einschnitten verschont geblieben – ich sage bewusst „bisher“ –, jedoch kann niemand sagen, wie es an den Finanzmärkten weitergehen und wie sich die europäische Wirtschaft entwickeln wird. Daher ist auch weiterhin große Vorsicht geboten.

Dennoch ist es wichtig, die Ziele des REK weiterhin konsequent anzustreben und sie den neuen Gegebenheiten flexibel anzupassen, sie notfalls umzubauen oder zu strecken. Manchmal muss Liebgewonnenes verändert werden, weil man sonst Gefahr läuft, es ganz zu verlieren. So ähnlich hat Ministerpräsident Lambertz das vorige Woche auch formuliert. Erich Fried, ein österreichischer Lyriker, hat das einmal in ganz klare Worte gekleidet – ich zitiere: „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will, dass sie nicht bleibt.“ Mit anderen Worten: Wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft die neuen Zuständigkeiten erfolgreich meistern will, muss sie nach einer Übergangsphase, in der alles

nach altem Schema weitergeführt wird, kreative und effiziente Veränderungen schaffen, um neue Spielräume für neue Herausforderungen freizusetzen. Konkret denke ich da an die Bereiche Energie-Modellregion und Stärkung des Mittelstands oder an die Senioren- und Familienpolitik. Damit bin ich beim Thema Staatsreform, zu dem ich aber nachher noch Stellung nehmen werde.

Die ProDG-Fraktion steht zu allen Säulen und Leuchtturmprojekten des REK, denn sie zielen allesamt darauf ab: erstens, den Wirtschafts- und Lebensstandort Deutschsprachige Gemeinschaft zu festigen und auszubauen; zweitens, die Lebensqualität all unserer Bürger zu wahren und nach Möglichkeit zu verbessern; und drittens, die Zukunftschancen unserer Jugendlichen zu sichern. Der Fortschrittsbericht, ein weiterer Anhang zur Regierungserklärung, belegt, dass die Regierung in puncto REK ihre Aufgaben bisher gut gemacht hat.

Wenn sich die Deutschsprachige Gemeinschaft in den nächsten Wochen und Monaten der Meilensteine ihres Weges vom angegliederten Randgebiet zum vierten Teilstaat Belgiens erinnert, so tut sie dies mit einer Ausstellung im neuen Parlamentsgebäude, einem Königsbesuch, geschichtlichen Rückblicken und Abhandlungen, Tagen der offenen Tür, einer Nacht der Gemeinschaft, der Würdigung der Bedeutung des eigenen Gerichtsbezirks usw. Solche Gedenkfeiern sind wichtige Augenblicke des Innehaltens. Sie sind notwendig, damit vor allem die jüngeren Mitbürger die Mehrwerte erfahren können, die die Deutschsprachige Gemeinschaft durch den sukzessiven Ausbau ihrer Autonomie erfahren durfte.

Ich übergebe jetzt meinem Fraktionskollegen Cremer das Wort, der diese Feierlichkeiten ein wenig aus historischer Sicht beleuchten wird. Ich kann aber jetzt schon vorwegnehmen, dass sich die ProDG-Fraktion auch weiterhin hinter die Regierung stellen und sie in ihrer Arbeit unterstützen wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*

HERR MIESEN, Präsident: Wie soeben angekündigt, hat Herr Cremer als weiterer Redner für die ProDG-Fraktion das Wort.

HERR CREMER *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Den Ausführungen unseres Fraktionsführers möchte ich nur einige Gedanken hinzufügen, indem ich zwei Kernideen der Regierungserklärung aufgreife und etwas genauer unter die Lupe nehme. Diese zwei Kernideen sind einerseits der weitere Ausbau der Autonomie unserer Gemeinschaft im Zuge der Sechsten Staatsreform und andererseits die Frage der Identität der deutschsprachigen Belgier.

Der Umwandlungsprozess vom Zentralstaat zum Föderalstaat, der mit der ersten großen Staatsreform (1968-1970) eingeleitet wurde, erreicht mit der Sechsten Staatsreform eine entscheidende Etappe. 1970 wurde ein Prozess der dynamischen Autonomie in Gang gesetzt, der jetzt, genau wie bereits bei den großen Reformen von 1980-1983, 1988, 1994 und 2004, in eine entscheidende Phase getreten ist. Aus diesem Prozess der dynamischen Autonomie kann man sich nicht auf halber Strecke ausklinken. Das käme einem Sprung aus dem fahrenden Zug gleich, mit der Gefahr, sich das Genick zu brechen.

Die Umsetzung der Sechsten Staatsreform wird in den kommenden Monaten die belgische Innenpolitik bestimmen. Jetzt heißt es für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Farbe zu bekennen und zu zeigen, dass wir zu 100 % hinter der Resolution des Parlaments stehen, in der eine Übertragung aller Befugnisse mit den entsprechenden Finanzmitteln gefordert wird. Seit ihrer Gründung vor fünf Jahren befürwortet die ProDG-Fraktion ein Belgien der vier gleichberechtigten Gliedstaaten, in dem alle Partner auf Augenhöhe in ihrer jeweiligen Region, aber auch miteinander Politik gestalten.

ProDG ist der festen Überzeugung, dass ein Föderalstaat Belgien mit vier gleichberechtigten Partnern das wirksamste Mittel gegen Separatismus und Konföderalismus ist. Die Qualität eines starken Föderalstaates wird sowohl durch klare Spielregeln zwischen der

föderalen Ebene und den Gliedstaaten einerseits als auch durch die institutionelle Gleichstellung aller Komponenten andererseits geprägt. In der politischen Kreativabteilung möchte die ProDG-Fraktion den Ausbau unserer Autonomie mitgestalten.

Zweiter Gedanke: Autonomie und Identitätsbewusstsein sind wie siamesische Zwillinge. In der Vergangenheit und auch heute wieder wurden die geplanten Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die an das bisher Erreichte und an die Ursprünge unserer Autonomie erinnern sollen, vehement kritisiert. Es kamen Bemerkungen wie „zu viel“, „zu teuer“, „zu pompös“, „zu verschwenderisch“. Ja, manchmal wurde sogar gesagt, dass das Ganze eigentlich überflüssig sei. Auch die Kritik am neuen Parlamentsgebäude bedient sich seit geraumer Zeit dieser Adjektive.

Da in acht Monaten Wahlen anstehen, steht natürlich auch jede Aktion der Regierung per se unter Generalverdacht. Jeder Schritt und jede Aktion wird mit Argusaugen beobachtet. Ich glaube behaupten zu können, dass es – diese Feststellung hat meines Erachtens universellen Charakter – in der parlamentarischen Geschichte noch nie einer Mehrheit in einem Wahljahr gelungen ist, es der Opposition auch nur ansatzweise recht zu machen.

Auch wenn die Autonomie-Festlichkeiten in ein Wahljahr fallen und wenn man weiß, dass die politische Fieberkurve in einem Wahljahr bedrohlich ansteigt, sollten wir darauf achten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Es geht keineswegs darum, selbstverliebt in den Spiegel zu schauen und sich zu fragen: „Wie können wir uns der Öffentlichkeit präsentieren?“ Wir alle würden eine einmalige Gelegenheit verpassen, wenn wir den Bürgern unserer Gemeinschaft nicht zeigen würden, dass diese Autonomie keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass viele Menschen in den vergangenen Jahrzehnten hart für diese Autonomie gerungen haben. Neben dem Einsatz von Politikern gilt es auch, das Wirken von Kulturträgern, Journalisten, Kultusträgern und Schulverantwortlichen zu würdigen. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sollten vor allem ein Moment der Selbstreflexion sein, in dem wir darüber nachdenken, wie schwierig die Anfänge dieser Autonomie waren, wie diese Autonomie schrittweise erweitert wurde und welche zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen sind.

Auch wenn in Einzelfragen sowohl zwischen Mehrheit und Opposition als auch zwischen den einzelnen Parteien Differenzen bestehen, sollte es einen fraktionsübergreifenden Grundkonsens darüber geben, dass erst die Autonomie den 75.000 Einwohnern unserer Gemeinschaft die einmalige politische Voraussetzung bietet, das Gemeinwohl in unserer Gemeinschaft eigenverantwortlich zu gestalten.

Es muss unser aller Anliegen sein, den Bürgern unserer Gemeinschaft die Vorteile der Autonomie zu zeigen, statt mit der Geisteshaltung eines Buchhalters vorzurechnen, ob eine Veranstaltung oder eine Veröffentlichung zu viel gekostet hat. Die gleiche Feststellung gilt meines Erachtens für das neue Parlamentsgebäude. Wenn sich die ganze Auseinandersetzung im Parlament auf die Kostenfrage reduzieren sollte, dann haben wir alle die einmalige Chance verpasst, das Parlament als das darzustellen, was es ist: ein Ort der gelebten parlamentarischen Demokratie und der parlamentarischen Streitkultur. Auch wenn es sehr unterschiedliche Ansichten und Meinungen zu diesem Bau gegeben hat und immer noch gibt, sollte dieser wesentliche Aspekt nicht vergessen werden. In Zukunft muss es so sein, dass alle Fraktionen von „ihrem Parlament“ reden.

Zukunft braucht Vergangenheit. Politik ohne Bezug zur Vergangenheit ist wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verloren hat: Er hat keine Wurzeln und ist orientierungslos. Die Politiker unserer Gemeinschaft sollten nie vergessen, dass die Autonomie unserer Gemeinschaft das Resultat einer politischen Emanzipation ist, die in den 1960er-Jahren einsetzte. Dieses Wissen und dieses Selbstbewusstsein sollten ein wesentlicher Ansporn für die weitere Gestaltung der Autonomie sein. Goethes Zitat „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“ sollte eine Verpflichtung für alle Politiker in unserer Gemeinschaft sein.

Die Autonomie, über die wir heute verfügen, ist weder eine Selbstverständlichkeit noch ein Selbstläufer. Die Autonomie ist nur in dem Maße qualitativ, wie Menschen bereit sind, sich für die Gestaltung dieser Autonomie einzusetzen. Wir sollten die anstehenden Feierlichkeiten dazu nutzen, um dies allen Bürgern und ganz besonders den jungen Menschen in unserer Gemeinschaft zu vermitteln. Wenn dies geschieht, dann können wir einen Beitrag dazu leisten, dass Identität oder Identitätsbewusstsein entsteht. Mit Identität meine ich nicht die monolithische, in Stein gemeißelte Identität. Identität ist immer nur – das habe ich bereits vor vielen Jahren geschrieben – Identitätssuche. Genauso wie der Ausbau der Autonomie ein dynamischer Prozess ist, so ist die Identität der Deutschsprachigen nicht statisch oder ein für alle Mal festgelegt. Identitätsbewusstsein steht im diametralen Gegensatz zum identitären Diskurs, der abgrenzen möchte und unweigerlich in eine Sackgasse führt.

Die Herausbildung eines offenen Identitätsbewusstseins ist immer ein dynamischer Prozess. Identität kann daher nicht in der Art einer politischen Schluckimpfung verordnet werden – weder durch Festakte noch durch Schulbücher oder Ausstellungen. Dies ist aber auch keineswegs die Absicht dieser Veranstaltungen und Initiativen. All das kann jedoch dazu beitragen, dass bei den Bürgern unserer Gemeinschaft allmählich, Schritt für Schritt ein Identitätsbewusstsein entsteht. Wie ich eingangs sagte, ist dieses Identitätsbewusstsein das Pendant zur Autonomie. Beides sind dynamische Prozesse.

Jenseits aller Wahlkampfgeplänkel sollte dieser Grundkonsens der von allen Fraktionen dieses Hauses angenommene Rahmen der bevorstehenden Erinnerungsfeierlichkeiten sein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zu den Antworten der Regierung. Herr Minister Mollers hat das Wort.

HERR MOLLERS *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nun hat sie also begonnen, die letzte Sitzungsperiode der laufenden Legislaturperiode. Traditionell ist die Regierungserklärung zur Lage der Gemeinschaft, die wir in der vergangenen Woche in diesem Hohen Hause gehört haben, dazu immer der Startschuss.

Wenn diese Regierungserklärung eines klargemacht hat, dann die Tatsache, dass die auf uns wartenden Herausforderungen mit Sicherheit keine Kleinigkeit sind. Die aktuelle Legislaturperiode ist wohl eine der schwersten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft jemals gekannt hat. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat dazu geführt, dass die Umstände, unter denen eine bzw. jede Regierung ihre Arbeit machen muss, schwieriger geworden sind. Dabei gilt es, trotz allem all das zu bewahren, wozu uns 40 Jahre Autonomie befähigt haben.

Wer sich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft umsieht, der wird schnell entdecken, was uns die Autonomie gebracht hat. Vieles, was im täglichen Leben der Menschen eine große Rolle spielt, wird heutzutage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwaltet und gestaltet. Das ist gut so, denn die hiesigen politischen Entscheidungsträger sind unseren Bürgern viel näher, als das in Brüssel oder Namür jemals der Fall sein könnte.

Regieren ist zurzeit jedoch kein leichter Job. So oder so ähnlich hat es der Ministerpräsident letzte Woche ausgedrückt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft, die ja keinen Einfluss auf ihre Einnahmen hat, muss mit dem Geld zurechtkommen, das sie aus den verschiedenen Dotationen erhält. Diese haben sich in den letzten Jahren nicht nur bei uns sehr zu unseren Ungunsten entwickelt. Trotz der aufgrund der Inflation oder eines wachsenden Bedarfs steigenden Kosten – nicht zuletzt im Sozialbereich – müssen wir im Verhältnis mit deutlich weniger Mitteln auskommen als in der Vergangenheit. Letzte Woche war von bisher circa 47 Millionen Euro seit 2009 die Rede.

Ist all das jedoch ein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und einfach untätig zu bleiben, bis sich der Sturm gelegt hat? Sicherlich nicht. Erstens können wir an diesem Sturm aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft heraus nichts ändern, sondern müssen ihn hinnehmen. Zweitens weiß keiner, wie lange dieser Sturm noch dauern wird. Drittens sind wir es den Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schuldig, dass wir unsere Arbeit vernünftig erledigen, unsere Verantwortung übernehmen und unsere Autonomie weiterhin mit Engagement und Begeisterung gestalten.

Deshalb habe ich eigentlich gar keine Lust, mich auf die Diskussionen einzulassen, die gewisse Teile der Opposition hier immer wieder anzetteln, denn sie bringen unsere Gemeinschaft keinen Schritt voran. Demokratische Parteien sollten kontrovers, aber gleichzeitig sachlich und konstruktiv miteinander diskutieren können, egal ob sie in der Mehrheit oder in der Opposition sitzen. Nur so können wir unseren Bürgern zeigen, dass wir in der Lage sind, das Schicksal unserer Heimat verantwortungsvoll in die Hand zu nehmen.

Die CSP hat heute Abend wieder einmal unter Beweis gestellt, dass sie alles andere als sachlich ist, sondern pure Stimmungsmache bevorzugt und in dreister Art und Weise die Tatsachen verdreht. Ich möchte drei Elemente nennen, die Herr Frank eben in seinen abstrusen Ausführungen zum Besten gegeben hat.

Nein, der Familienhilfsdienst der Frauenliga steht nicht vor dem Aus. Herr Frank, Sie schüren Panik, und das halte ich für unverantwortlich! Der Familienhilfsdienst bekommt jährlich eine Dotation von etwa 1,8 Millionen Euro. Seit 2005 hat es eine Steigerung von mehr als 468.000 Euro pro Jahr gegeben.

HERR MOCKEL (*aus dem Saal*): Das kann nicht sein!

HERR MOLLERS, Minister (*vom Rednerpult*): Entschuldigung, 468.000 Euro auf Jahresbasis seit 2005! ... (*Zwischenruf*) ... Damals belief sich die Gesamtdotation auf etwa 1,3 Millionen Euro; heute sind es 1,8 Millionen Euro. ... (*Zwischenruf*) ... Pro Stunde, die beim Nutznießer geleistet wird, bezuschusst die Deutschsprachige Gemeinschaft einen Betrag von fast 24 Euro. Jede einzelne Stunde beim Nutznießer wird mit 24 Euro bezuschusst! Demnächst sind es 26 Euro. So sieht es ein Vorschlag vor. Angesichts dieser Tatsache zu behaupten, ein Defizit, das noch nicht einmal 5 % dieser Zuschusssumme ausmacht, bringe sofort den ganzen Dienst in Gefahr, ist ziemlich abstrus. Diese Behauptung ist umso abstruser, als wir von diesem im Jahr 2012 entstandenen Defizit erst Anfang 2013 erfahren haben und demzufolge erst jetzt darauf reagieren konnten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir dem Familienhilfsdienst helfen werden. Er steht also alles andere als vor dem Aus. Im Gegenteil, er hat eine sehr große Zukunft vor sich.

Zum zweiten Thema, den Krankenhäusern, werde ich gleich im Zusammenhang mit dem Regionalen Entwicklungskonzept einige Worte sagen.

Das dritte Thema, das Sie angesprochen haben, Herr Frank, ist die Kleinkindbetreuung. Diesbezüglich lautete Ihr Vorwurf, dass sich in der Kleinkindbetreuung zu wenig getan hätte. Ich möchte Ihnen anhand einiger Fakten erklären, was sich alles getan hat. Wir haben beispielsweise seit 2009 eine dauerhafte Ausbildung für Kinderbetreuer eingeführt, die es vorher in dieser Form noch nicht gab. Wir haben dem RZKB dabei geholfen, Maßnahmen zu ergreifen, um neue Tagesmütter anzuwerben. Wir haben die Kinderkrippe in St. Vith auf den Weg gebracht. Sobald die dafür erforderliche Genehmigung vorliegt, kann im Frühjahr 2014 die Bauphase beginnen. Wir haben das Vorhaben mit mehreren Projektträgern im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft erörtert, aber bisher hat noch keiner dieser Träger einen konkreten Projektvorschlag eingereicht. Das ist jedoch erforderlich, denn die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst kann nicht Trägerin einer Kinderkrippe sein. Dazu braucht sie Organisationen, die diese Herausforderung annehmen. Wir haben mit den Betrieben über Betriebskinderkrippen diskutiert, allerdings mit sehr mäßigem Erfolg. Das Interesse dort war mehr als bescheiden. Bis jetzt hat nur ein



einziges Unternehmen überhaupt Interesse bekundet, eine Initiative hinsichtlich einer betriebsinternen Kinderbetreuung zu starten. Auf föderaler Ebene hatten wir uns sehr intensiv dafür eingesetzt, dass die Tagesmütter bis 2010 endlich ein Vollstatut bekommen, weil im April 2010 die Föderalregierung zurückgetreten ist und damit jegliche Diskussion sofort im Sande verlaufen ist. Seit einigen Monaten ist diese Diskussion wieder im Gange und wir beteiligen uns sehr aktiv daran. Wie Sie der Regierungserklärung entnehmen konnten, werden wir noch vor Jahresende im Ausschuss IV ein Dekret über die Kleinkindbetreuung behandeln, das die Grundlage für eine Erlasserneuerung ist, die u. a. auch neue Formen der Kleinkindbetreuung vorsehen wird. Daran wird bereits seit mehr als anderthalb Jahren sehr intensiv gearbeitet und mit allen Trägern diskutiert.

Ich möchte nun in meiner Antwort auf die Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen nur noch auf zwei große Themenblöcke eingehen und Ihnen damit einige zusätzliche Informationen zum Stand der Dinge in den Bereichen Familie, Gesundheit und Soziales geben.

Den ersten Themenblock könnte man mit der Überschrift „Autonomiegestaltung“ und den zweiten mit dem Titel „Autonomieerweiterung“ versehen. Kommen wir zunächst zur Gestaltung unserer Gemeinschaft, wie sie sich heute präsentiert. Gestalten kann man nur, wenn man weiß, wohin man will. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat bei der Klärung dieser Frage von Anfang an den breiten Dialog mit all jenen gesucht, die sich an dieser Autonomiegestaltung beteiligen wollten. Davon zeugen die rege Beteiligung an der Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzepts, die interessante Diskussion mit der breiten Bevölkerung anlässlich der Erarbeitung des familienpolitischen Gesamtkonzepts sowie die unzähligen Ideen und Vorschläge, die in Kürze in das seniorenpolitische Gesamtkonzept einfließen werden. Bei der Einführung des Case Managements im Sozialbereich haben sich mehr als 100 Sozialarbeiter persönlich für die Entwicklung eines eigenen Konzepts eingesetzt. Dieses wird derzeit erprobt. Bei der Vorbereitung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat die Regierung gemeinsam mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung ihre Türen weit geöffnet, damit jeder die Möglichkeit hat, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Sicher, die Definition der Ziele und der Richtung ist immer nur die erste Etappe, auf die viele weitere Etappen folgen müssen, aber ohne diese erste Etappe würde alles Weitere plan- und konzeptlos verlaufen, was in der Regel zu schwerwiegenden Fehlern bei den zu treffenden Entscheidungen führt. Beim Regionalen Entwicklungskonzept haben wir diese erste Etappe bereits hinter uns gelassen, zumindest in Bezug auf das Umsetzungsprogramm.

Wo stehen wir nun aktuell in den Bereichen Familie, Gesundheit und Soziales? Von den 81 Arbeitsschritten in den neun Zukunftsprojekten sind deren 73 bereits erledigt oder werden noch vor Ende der Legislaturperiode fertiggestellt. Bei den verbleibenden acht Arbeitsschritten gibt es gute Gründe, sich dafür mehr Zeit zu lassen. Ich nenne Ihnen einige Beispiele: Im Teilprojekt Nr. 39, *Absicherung des sozio-professionellen Integrationsweges und Ausbau und Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Solidarwirtschaft*, war das Ziel die Erstellung einer gemeinschaftseigenen gesetzlichen Grundlage. Seitdem wir dieses Teilprojekt im Jahr 2009 auf den Weg gebracht haben, hat sich die Welt um uns herum verändert. Gerade bei der Beschäftigung von Menschen mit gewissen Defiziten sind die Herausforderungen nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise größer geworden. Belgien steht vor einer Staatsreform, die zusätzliche Kompetenzen im Bereich der Beschäftigung und insbesondere in der Solidarwirtschaft in einer ersten Phase an die Regionen und in der Folge dann auch an unsere Gemeinschaft übertragen wird. Dabei kennen wir derzeit noch nicht im Detail die Parameter, mit denen wir nach der Staatsreform in diesem Bereich arbeiten müssen. Zudem sind die Mittel des Europäischen Sozialfonds, auf die wir als kleine Grenzregion mit vielen Besonderheiten gerade in der Sozialökonomie angewiesen sind, für die neue Förderperiode 2014 bis 2020 noch immer nicht genau abzuschätzen.

Alle diese vorübergehenden Unwägbarkeiten lassen uns derzeit vorsichtig werden, und es wäre nicht klug, jetzt einen gesetzlichen Rahmen zu verabschieden, der bereits in wenigen Monaten völlig überholt sein könnte. An diesem Zukunftsprojekt werden wir also in der kommenden Legislaturperiode weiterarbeiten müssen. In der Zwischenzeit nutzen wir die Zeit und diskutieren mit allen Akteuren und Organisationen darüber, wie man diesen gesetzlichen Rahmen gestalten kann. Des Weiteren nutzen wir die Zeit, um gemeinsam mit dem Europäischen Sozialfonds eine Bedarfsanalyse zu erstellen, um auszuloten, für welche Zielgruppen und in welchem Umfang wir neue Maßnahmen auf den Weg bringen müssen. Mit dieser Bedarfsanalyse werden wir voraussichtlich in einigen Wochen beginnen, sodass wahrscheinlich im Mai 2014 mit Resultaten zu rechnen sein wird.

Auch im Bereich des Case Managements – Teilprojekt Nr. 36 – haben wir uns die nötige Zeit genommen, um gemeinsam mit allen Akteuren aus dem Sozialbereich die Netzwerkbildung voranzubringen. Dabei war und ist die Implementierung dieser neuen Voraussetzungen der Zusammenarbeit für uns und für alle beteiligten Organisationen und Dienste Neuland und wir müssen darauf achten, dass wir unterwegs niemanden zurücklassen. Wir sind jedoch gemeinsam auf einem sehr guten Weg. Ich bin davon überzeugt, dass uns das Engagement der vielen Fachleute aus dem Sektor zum Ziel führen wird.

Bei der Gesundheitsförderung und der Prävention – Teilprojekt Nr. 34 – waren wir ebenfalls bereits auf einem guten Weg, bis uns die Staatsreform die einmalige Chance geboten hat, die Dinge noch viel umfassender anzugehen. Wir mussten also unser eigenes Zukunftsprojekt gewissermaßen an den Rhythmus anpassen, der uns durch die Staatsreform auferlegt wird. Dies halte ich jedoch nicht für dramatisch, da wir erst dadurch ganz entscheidende Gestaltungsmöglichkeiten, beispielsweise in der Suchtprävention, an die Hand bekommen.

Außerdem wird im Bereich der Prävention derzeit die neue Stiftung *EUprevent* operativ, die als Nachfolger des gleichnamigen früheren Interreg-Projekts die Prävention auf euregionaler Ebene gestalten will. Wir werden also in dem Jahr, in dem die Deutschsprachige Gemeinschaft den Vorsitz in der Euregio Maas-Rhein innehat, die Chance haben, gemeinsam mit unseren deutschen, niederländischen und weiteren europäischen Partnern so wichtige Themen wie Übergewicht und Suchtbekämpfung zu bearbeiten und dabei von den Erfahrungen dieser Partner zu profitieren.

Der Einsatz für die Aufwertung der Pflegeberufe – Teilprojekt Nr. 33 – über diese Legislaturperiode hinaus ist meines Erachtens selbstverständlich. Angesichts der demografischen Entwicklung wird das ein Thema sein, das unsere Gemeinschaft nicht nur jetzt, sondern mit Sicherheit auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten beschäftigen wird.

Als letztes Beispiel möchte ich die Festigung der Krankenhausstandorte – Teilprojekt 31 – nennen. Diese Materie ist sehr komplex und betrifft unsere Bürger unmittelbar. Ich weiß aus vielen Gesprächen, wie wichtig den Menschen in unserer Gemeinschaft gerade die Sicherung der gesundheitlichen und der medizinischen Versorgung ist.

Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass die medizinische Versorgung der Kinder, Frauen und Männer in unseren Dörfern und Städten auch morgen noch gewährleistet ist und innerhalb einer akzeptablen Reichweite und in deutscher Sprache angeboten wird. Dieses Thema ist so wichtig, dass es sich kaum dazu eignet, in einer politischen Polemik aufgerieben zu werden. Ich lade alle Fraktionen dieses Hauses ein, sich konstruktiv an den Überlegungen zu diesem wichtigen Bereich zu beteiligen. Alle politischen Vertreter werden sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf Gemeindeebene an einem Strang ziehen müssen, um unsere diesbezügliche Position zu festigen.

Die derzeit in den Krankenhäusern von Eupen und St. Vith durchgeführte Expertise wird uns dazu sicherlich wertvolle Erkenntnisse liefern. Danach gilt es, zukunftsweisende

Entscheidungen zu treffen, die auch den Gegebenheiten außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft Rechnung tragen. Mit Malmedy, Verviers und Aachen nenne ich nur drei wichtige Krankenhausstandorte, die sich in unmittelbarer Nähe zu unseren Häusern befinden. Meines Erachtens liegt der Erfolg eines so bedeutenden Vorhabens einzig und allein im Miteinander. Ein Konkurrenzdenken zwischen den beiden Krankenhäusern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist der Sache nicht dienlich.

*Frau Creutz-Vilvoye, Vizepräsidentin, übernimmt den Vorsitz.*

Ich sagte eingangs, dass ich den zweiten Teil meiner Ausführungen der Autonomieerweiterung widmen möchte. Damit meine ich natürlich die Staatsreform, die mit großen Schritten auf uns zukommt. Ich werde nicht auf die einzelnen Zuständigkeiten eingehen, die uns im Zuge der Sechsten Staatsreform übertragen werden, denn das hat der Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung getan. Ich möchte lediglich einige allgemeine Bemerkungen formulieren, die jedoch von großer Bedeutung sein könnten.

Zunächst einmal bin ich sehr froh, dass sich alle anerkannten Fraktionen dieses Hauses sehr konstruktiv an der Vorbereitung der Staatsreform beteiligen. Beispielhaft kann man die wertvolle Arbeit im Unterausschuss I oder in der Arbeitsgruppe zu den Familienzulagen nennen oder auf übergeordneter Ebene die Zusammenarbeit im Rahmen des Fünfparteiengesprächs.

Es werden mir wohl alle Fraktionen zustimmen, wenn ich sage, dass wir die Zuständigkeiten in den Bereichen, die die Bürger unserer Gemeinschaft unmittelbar betreffen, auf eine sanfte Art und Weise übernehmen werden. Das bedeutet, dass wir die Dinge zunächst so weiterführen werden, wie es der Föderalstaat getan hat. Erst danach werden wir im breiten Dialog beginnen, die neuen Kompetenzen so zu gestalten, dass sie besser auf die Bedürfnisse der Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeschnitten sind. Im Idealfall ändert sich also für den Bürger zunächst nur der Ansprechpartner.

Zurzeit arbeiten Regierung und Ministerium gemeinsam mit dem Föderalstaat daran, diesen Übergang so weich wie möglich zu gestalten. Ganz konkret bedeutet das, dass wir an vielen technischen Details arbeiten: angefangen bei der Frage, wie die neuen Zuständigkeiten derzeit auf föderaler Ebene konkret verwaltet werden, bis hin zu der Frage, welche informationstechnologischen Voraussetzungen beispielsweise geschaffen werden müssen, damit die Gemeinschaft die Verwaltung nach der Übertragung reibungslos fortsetzen kann. Kein Mensch kann garantieren, dass es dabei nicht auch bisweilen zu kleineren unangenehmen Pannen kommen kann. Ich hege jedoch keinen Zweifel daran, dass die Mitarbeiter unseres Ministeriums und auf föderaler Ebene alles Nötige tun, um Pannen weitestgehend zu vermeiden. Wir stehen in permanentem Kontakt zum Föderalstaat.

Sobald die neuen Zuständigkeiten übertragen wurden, können wir uns gemeinsam daran machen, sie zu gestalten. Dabei liegt der Schlüssel zum Erfolg ganz sicherlich auch in der Vereinfachung der Dinge, die wir vereinfachen können. Kein Mensch braucht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über 700 verschiedene Tarifkombinationen fürs Kindergeld. Kein Mensch will neue Behörden und Dienststellen schaffen, wenn es sich vermeiden lässt. Stattdessen sollten wir uns auf unsere Stärken konzentrieren und Synergien suchen, wo immer das möglich ist: im Bereich der Mobilitätshilfen für Senioren, beispielsweise mit der Dienststelle für Personen mit Behinderung oder mit Eudomos; im Bereich des Kindergelds mit der bestehenden Familienzulagenkasse; im Bereich der Seniorenpolitik ebenfalls mit Eudomos; und im Bereich des Jugendschutzes und des Justizhauses mit unseren Jugendhilfe- und Jugendgerichtsdiensten und den anderen sozialen Diensten im Ministerium, um nur einige Beispiele zu nennen. All das muss jedoch noch im Detail besprochen und ausgearbeitet werden.

Das Parlament hat im Unterausschuss I bereits eine wertvolle Vorarbeit geleistet. Diese gilt es, auf fachlicher Ebene mit den betroffenen Akteuren zu vertiefen. Die Regierung ist dazu bereit und wird ihren Job machen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*

FRAU CREUTZ-VILVOYE, Vizepräsidentin: Frau Ministerin Weykmans hat das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin (*vom Rednerpult*): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Deutschsprachige Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen. Auch wenn diese Aussage zunächst abgedroschen klingt, lässt sich damit die Debatte über die diesjährige Regierungserklärung zusammenfassen.

Dass die einzelnen Fraktionen von Mehrheit und Opposition jeweils unterschiedliche Prioritäten setzen und Dinge unterschiedlich wahrnehmen und bewerten, ist das Merkmal bzw. der Ausdruck der Demokratie. Genauso normal ist es, dass die regierende Mehrheit konsequent zu ihrem Regierungsprogramm steht und es verteidigt.

Ich möchte von einer allseits anerkannten Feststellung ausgehen: Die Politikgestaltung, d. h. die Gesellschafts- und Zukunftsgestaltung, ist im 21. Jahrhundert sicherlich keine leichte Aufgabe. Das haben wohl auch alle in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verstanden, wie man meinen sollte. Denn leider ist Zukunftsgestaltung nicht immer so einfach, wie es der eine oder andere Redner dargestellt hat. Manch einer nimmt bei seiner Darstellung gerne eine Abkürzung oder lässt Fakten aus, um politische Entscheidungen der Regierung absichtlich in ein schlechtes Licht zu rücken.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft steht wie alle anderen Regionen und Länder in Europa vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Der demografische Wandel, der Klimaschutz und Fragen der Energieeffizienzsteigerung, die technologische Entwicklung insgesamt, der politische Umgang mit der Dritten bzw. Vierten Welt usw. sind globale Probleme, die den Hintergrund aller Entscheidungen prägen – auch auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Alle diese Herausforderungen werden zudem von den Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise beeinflusst, die die westliche Welt im Griff hat. Die Auswirkungen dieser Krise haben die EU veranlasst, bestimmte Haushaltsvorgaben zu erlassen, an die sich die Mitgliedstaaten zu halten haben.

Neben diesen äußeren Zwängen versucht die Deutschsprachige Gemeinschaft, in Belgien ihren Platz zu finden und sich dort zu behaupten. Das geschieht vor dem Hintergrund der Implementierung der Sechsten Staatsreform und vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit der Wallonischen Region. Dass alle diese Aufgaben sehr komplex sind, versteht man spätestens dann, wenn man die Regierungserklärung liest und sich die zahlreichen Bereiche vor Augen führt, die von den aktuellen Entwicklungen betroffen sind. Abgesehen davon fordert uns auch das politische Tagesgeschäft, das von diesen Entwicklungen natürlich maßgeblich beeinflusst wird.

Im politischen Alltag geht es um die Frage, wie wir Autonomie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konkret gestalten und wie wir dabei den Bedürfnissen und Wünschen aller gesellschaftlichen Kräfte Rechnung tragen. Zu diesem Zweck haben wir ein sehr bedeutendes Beteiligungsinstrument entworfen: das REK.

Leider ist es im Rahmen einer Regierungserklärung nicht möglich, auf alle Aspekte des REK einzugehen. Das hat auch Frau Franzen in ihrer Stellungnahme bedauert. Detailliertere Erläuterungen können Sie aber den Anhängen der Regierungserklärung entnehmen.

Ich möchte an drei Zukunftsprojekten aufzeigen, wie sie mit den oben genannten Herausforderungen zusammenhängen.

Da ist zum einen das Zukunftsprojekt *Genuss- und Wohlfühlregion Ostbelgien*, das den Tourismus betrifft und bestätigt, wie wichtig dieser Sektor insgesamt für die Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist. Dieses Projekt ist quasi ein weiteres Argument, um zu untermauern, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nach der Sechsten Staatsreform für den Tourismus zuständig bleiben soll.

Im Tourismusbereich haben wir in den vergangenen Jahren die Professionalisierung der Vermarktung des Standorts Ostbelgien mit konkreten Initiativen vorangetrieben. Das Verkehrsamt der Ostkantone ist zur Tourismusagentur Ostbelgien umstrukturiert worden.

Wir haben ein klares Markenbild erstellt, mit dem wir auch auf neuen Märkten professionell aufgestellt sind. Auch haben wir eine gezielte Investitionspolitik betrieben, um Ostbelgien als Tourismusstandort stark zu positionieren. Trotz mancher Kritik haben wir resolut an dieser Investitionspolitik festgehalten. Das geht vom Ausbau der Vennbahnroute bis zum Ausbau und dem Angebot unserer Gemeinschaftszentren. All das sind wichtige Investitionen, wenn wir von Wirtschafts- und Tourismusförderung sprechen. Zur Professionalisierung gehören außerdem die Einführung der Servicequalität und die Aus- und Weiterbildungen für die touristischen Dienstleister in unserer Region.

Eines der wichtigsten Projekte neben der inhaltlichen Ausgestaltung der Tourismusförderung und der Investitionspolitik ist jedoch die Fertigstellung des Leitbilds für die touristische Entwicklung in Ostbelgien bis 2025.

Das zweite Zukunftsprojekt, das ich ansprechen möchte, ist das Zukunftsprojekt *Grenzregion leben*, in dem auch das Kulturförderdekret angesiedelt ist. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum „40 Jahre Autonomie“ ist die bevorstehende Novellierung der Kulturförderung ein wichtiges Zeichen, denn die Kultur ist eine ureigene Zuständigkeit unserer Gemeinschaft. Ziel ist es, die Verwurzelung mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu stärken, indem wir das materielle und das immaterielle Kulturerbe bewahren, weiterentwickeln und fördern.

Eine Priorität stellt auch die aktive Förderung der Kulturproduktion und der Kulturvermittlung dar. In unserer Gemeinschaft gibt es eine Vielzahl von Kulturakteuren. Diese Vielfalt möchten wir erhalten und deren Entwicklung möchten wir unterstützen. Wie Sie wissen, werte Kolleginnen und Kollegen, befasst sich derzeit der zuständige Parlamentsausschuss mit diesem wichtigen Kulturförderdekret, das demnächst vom Parlament verabschiedet werden soll.

Das Zukunftsprojekt *Landschaft bewahren* steht in Verbindung mit den laufenden Verhandlungen mit der Wallonischen Region. Dieses Projekt befasst sich mit der Landschaftsstudie und der Landschaftsentwicklung und bietet den in die Prozesse eingebundenen Ortschaften und Gemeinden vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung. Das Ganze steht im Zusammenhang mit der Forderung nach Übertragung der Raumordnung von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Landschaftsstudie für die fünf südlichen Gemeinden unserer Gemeinschaft liegt bereits vor. Es ist wirklich ein sehr interessanter Bericht, dessen Lektüre ich nur empfehlen kann. Diese Studie ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Vorbereitung der Befugnisübertragung der Raumordnung. Eine ähnliche Landschaftsstudie für die vier nördlichen Gemeinden unserer Gemeinschaft wird folgen. Alle diese wichtigen inhaltlichen Vorarbeiten liefern uns das nötige Basiswissen und die nötige Sachkenntnis, um uns in die Lage zu versetzen, die Kompetenz Raumordnung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eigenständig zu implementieren.

Die Umsetzung der REK-Projekte und ihrer Ziele bildet die solide Basis, um unsere Gemeinschaft selbst in schwierigen und komplexen Zeiten wie diesen auf einem hohen Niveau zu verwalten und zu gestalten. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, gerade im Kulturbereich eine transparente Förderpolitik zu machen. Wir haben es geschafft, im Kultursektor starke Partnerschaften aufzubauen, indem wir die jeweiligen Akteure an strukturierten Prozessen und am Dialoge beteiligt haben. Diese konkrete Beteiligung hat ihren Niederschlag auch in der gesetzgeberischen Arbeit gefunden. Als Beispiele nenne ich den Jugendstrategieplan oder die Evaluierungsprozesse im Rahmen der Reform der Erwachsenenbildung. Am Beispiel des Audits im BRF wird ersichtlich, wie wichtig die Bedarfserfassung und die Erstellung eines Leitbilds sind. Mit der Erfassung der Sportinfrastrukturen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leisten wir einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Infrastrukturpolitik.

Was die Jugendpolitik betrifft, werden die Sozialraumanalysen in diesem Jahr abgeschlossen. Deren Auswertung wird uns Informationen zum Bedarf in der Jugendarbeit liefern.

Sie sehen, dass ständig breit angelegte Dialogprozesse und Konzertierungen mit Betroffenen stattfinden. In diesem Jahr, in dem das erste Umsetzungsprogramm des REK in gewisser Weise auf dem Prüfstand steht, sind die Anforderungen an den Dialog und die Konzertierung entsprechend hoch. Das Gesamtforum zum REK, das am 12. Oktober 2013 stattfinden wird, gehört zu diesem Prozess dazu. Die Regierung bereitet sich weiterhin aktiv auf die komplexen und mannigfaltigen Herausforderungen vor, vor denen die Gemeinschaft steht, damit wir gut gerüstet sind, um sie zu meistern. Auch die Wahlen im Frühjahr 2014 werden uns nicht von diesem Ziel abbringen, denn es wäre fahrlässig, diese Aufgaben zu vernachlässigen und die Zeit nicht zu nutzen. Die Regierung geht diese Arbeit strukturiert, mit Sachverstand und sehr resolut an, denn es ist unsere feste Absicht, die begonnene Arbeit fortzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)*

FRAU CREUTZ-VILVOYE, Vizepräsidentin: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Für die letzte Sitzungsperiode dieser Legislaturperiode haben wir uns in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik sehr viel vorgenommen, auch wenn die dafür notwendigen makroökonomischen Rahmenbedingungen zurzeit alles andere als günstig sind. Ja, Kollege Balter, die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind alles andere als günstig, und es wird Ihnen nicht gelingen, die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft hinters Licht zu führen. Da können Sie noch so sehr mit Ihren Papieren winken!

*(Vereinzelt Gelächter)*

HERR BALTER *(aus dem Saal)*: Auf diesen Papieren stehen die Fakten, die ich eben erwähnt habe!

HERR PAASCH, Minister *(vom Rednerpult)*: Kein Mensch wird glauben, Kollege Balter, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst hat. Kein Mensch wird glauben, dass das ehemalige Sanatorium oder der Erhalt von zwei denkmalgeschützten Gebäuden in Eupen für die Sparzwänge in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verantwortlich sind. Das zu glauben wäre grober mathematischer Unfug! Jeder Bürger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiß, dass diese Krise überall in der Welt zu massiven Einschnitten führt und dass die Deutschsprachige Gemeinschaft nun mal keine Insel ist. Das kann jeder Bürger jeden Tag in den Medienberichten aus aller Welt verfolgen.

Außerdem, Kollege Balter, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft auch nicht dafür verantwortlich, wenn sich das Grundwasser in der Welt verschlechtert. Sie können die Deutschsprachige Gemeinschaft auch nicht dafür verantwortlich machen, die Demokratie in der Welt zu Grabe zu tragen. Das ist grober Unfug! Sie werden es nicht schaffen, den Menschen das weiszumachen, weil es mit der Realität ganz einfach nichts zu tun hat. Im Gegenteil, die Finanz- und Wirtschaftskrise hinterlässt schon seit Jahren millionenschwere Spuren im Gemeinschaftshaushalt und ein Ende dieser Krise ist in der Tat nicht in Sicht. Hinzu kommen noch die zusätzlichen Belastungen, die uns der Föderalstaat abverlangen wird. Auch das müssten Sie wissen. Das alles macht das Regieren nicht gerade einfacher, vor allem nicht, wenn man wie wir für 2015 einen ausgeglichenen Haushalt hinterlegen möchte.

Erfolgreich regieren in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bedeutet deshalb für diese letzte Sitzungsperiode, Verbesserungen zu erarbeiten, ohne dabei den Haushalt über Gebühr zu belasten. Es bedeutet auch, auf kostenintensive Maßnahmen zu verzichten, die man sehr gerne ergriffen hätte, wenn man denn das Geld gehabt hätte.

Frau Kollegin Franzen, sehr gerne würde ich dazu beitragen, die Schulkosten für Eltern möglichst deutlich zu reduzieren, und ich habe dieses Vorhaben auch noch nicht

aufgegeben. Sie werden jedoch zugeben müssen, dass die makroökonomischen und haushaltspolitischen Voraussetzungen dafür zurzeit alles andere als günstig sind. Deshalb kann ich diesbezüglich keine konkreten Versprechungen abgeben, geschweige denn heute einen präzisen Zeitplan vorlegen. Das wäre jedenfalls nicht verantwortlich – auch nicht in einem Wahljahr.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Darf ich etwas sagen?

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Wenn die Frau Vizepräsidentin Ihnen das Wort erteilt, ganz bestimmt!

FRAU CREUTZ-VILVOYE, Vizepräsidentin: Frau Franzen, Sie haben das Wort.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Herr Minister, dass wir eine Wirtschafts- und Finanzkrise haben, war schon voriges Jahr und auch schon vor zwei Jahren bekannt. Vor genau einem Jahr haben Sie hier noch gesagt, dass Ihr Dekret zur Festlegung der Schulkosten zum Ende der Legislaturperiode vorliegen werde.

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Frau Franzen, wahrscheinlich verfolgen Sie die Medien und kennen die weltweite Situation. Seit 2008 haben sich die Wirtschaftsp Parameter mindestens dreimal – zuletzt im letzten Jahr – sehr deutlich verschlechtert. Das bedeutet auch, dass die finanzpolitischen Spielräume der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer kleiner werden. Dieser Umstand, Kollege Balter, hat selbstverständlich Mindereinnahmen zur Folge. Diese machen uns das Leben nicht einfach, aber politisch gewollt ist eine Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sinne von mehr Bildungsgerechtigkeit auf jeden Fall weiterhin. Und wir werden uns bemühen, noch in dieser Legislaturperiode erste Schritte einzuleiten.

In diesem Hause wurde eben viel von Bescheidenheit gesprochen. ... (*Gelächter bei Frau Franzen*) ... Ja, Bescheidenheit ist in der Tat eine Tugend. Und ganz unbescheiden behaupte ich von mir selbst, ein bescheidener Mensch zu sein, sowohl im privaten als auch im beruflichen Leben. In meinem Umfeld kenne ich jedenfalls niemanden, der jemals das Gegenteil behauptet hätte. Deshalb fordere ich Sie, Frau Franzen, ganz persönlich auf – weil sich die Kritik an alle Regierungsmitglieder und die Mehrheit richtete –, mir zu sagen, wo, in welchem Zusammenhang und bei welchem Projekt, das in meiner Zuständigkeit lag, ich nicht bescheiden gewesen wäre. Eben war auch von „Häppchen“ die Rede. Frau Kollegin Franzen, glauben Sie mir, ich mag gar keine Häppchen!

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Ich habe nicht von Häppchen gesprochen!

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Sie haben die Befürchtung geäußert, dass großzügige Buffets und teure Empfänge mit Häppchen veranstaltet werden, und haben gesagt, dass Sie dazu nicht eingeladen werden wollen. ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Glauben Sie mir, ich mag gar keine Häppchen! Ich esse auch selten Häppchen. Meines Erachtens sehe ich auch nicht aus, als würde ich den ganzen Tag Häppchen essen. ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Ich bin mir fast sicher, dass ich nicht mehr Häppchen esse als Sie, Frau Franzen.

Selbstverständlich sollten die Veranstaltungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten – diese waren der Anlass für Ihre Bemerkung – in einem bescheidenen Rahmen stattfinden. Teile der Opposition haben eben versucht, ein Bild von den Regierungsmitgliedern zu zeichnen, das mit der Realität nichts zu tun hat. Draußen an den Bildschirmen hätte man es fast so verstehen können, als würden sich die Regierungsmitglieder ständig auf Empfängen herumtreiben und Häppchen essen und als hätten sie den ganzen Tag nichts anderes zu tun, als sich selbst zu beweihräuchern. Werte Kolleginnen und Kollegen, es wird Ihnen nicht gelingen, in der Öffentlichkeit diesen Eindruck zu vermitteln, denn er entspricht absolut nicht der Realität. Ganz im Gegenteil, ich glaube behaupten zu dürfen, dass alle

Regierungsmitglieder in aller Bescheidenheit, professionell ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... und nach bestem Gewissen arbeiten. Wir machen unsere Arbeit so, wie wir das für richtig halten. Auf Prunk können die Regierungsmitglieder sowohl privat als auch beruflich sehr gut verzichten.

In aller Bescheidenheit haben wir in den letzten Jahren auf der Grundlage unseres Bildungs- und beschäftigungspolitischen Gesamtkonzepts mit sehr wenigen Mitarbeitern viele Initiativen eingeleitet, Maßnahmen beschlossen und Reformen durchgeführt. Die der Regierungserklärung beigefügten Dokumente sprechen da eine sehr klare Sprache. Sie zeigen auf, dass wir in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik sage und schreibe etwa 90 % des Arbeitsprogramms verwirklicht haben, das wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen hatten. Vieles ist also bereits erreicht oder zumindest auf den Weg gebracht worden. Einiges bleibt noch in dieser Sitzungsperiode zu tun und manches – so ehrlich und selbstkritisch sollte man sein – werden wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr schaffen.

Auf das, was bereits erreicht wurde, werde ich nicht eingehen. Frau Franzen vermisste jedoch ein Wort über die Inhalte des REK, über das, was bis Mai in dieser Sitzungsperiode sachpolitisch und inhaltlich noch geschehen wird. Das steht im Anhang zur Regierungserklärung in der Auflistung der Arbeitsschritte. Frau Franzen, ich bin gerne bereit, Ihren Wissensdurst in den nächsten Minuten etwas zu stillen und einige Maßnahmen zu umschreiben, die bis zum 25. Mai 2014 in meinen Zuständigkeiten hier noch auf der Tagesordnung stehen werden.

Wie bereits im vergangenen Jahr werden wir uns auch in dieser Sitzungsperiode vor allem darauf konzentrieren, unsere Schulen in ihrer Arbeit besser zu unterstützen, als das in der Vergangenheit möglich war. Ich habe schon des Öfteren gesagt, dass wir unsere Schulen bei der Wahrnehmung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags nicht alleinlassen dürfen. Einerseits müssen wir die Eigenverantwortung von Schulen stärken und ihnen Vertrauen entgegenbringen, denn die Profis der Unterrichtsgestaltung sitzen nicht im Parlament, sondern arbeiten in den Schulen; andererseits dürfen wir sie damit nicht alleinlassen. Wir müssen Unterstützungssysteme aufbauen, an die sich die Schulen im Bedarfsfall wenden können. Deshalb werden wir in diesem Schuljahr die Fachberatungsgruppen an der Autonomen Hochschule konsequent vergrößern, damit die Lehrpersonen bei der Umsetzung der Rahmenpläne in ihren Fächern eine professionelle Hilfestellung erfahren. Deshalb werden wir in allen Schulen ein sehr umfangreiches Weiterbildungsprogramm anbieten, um die Rahmenpläne zu implementieren. Deshalb werden wir das neue Dekret über die Schulentwicklung und die Schulinspektion konsequent umsetzen. Beratung und Inspektion – das wird Sie vielleicht interessieren, weil es hier im Parlament ein großes Anliegen war – sind mittlerweile im Ministerium voneinander getrennt worden. Ein erstes Assessment-Verfahren zur Einstellung von Schulentwicklungsberatern und -inspektoren hat ebenfalls bereits stattgefunden und ein zweites Verfahren wird zurzeit vorbereitet. Auch das neue Beschwerdeverfahren für Eltern ist im September in Kraft getreten. Darauf werden wir uns auch intern vorzubereiten haben.

Um unsere Schulen besser unterstützen zu können, haben wir darüber hinaus die nächste, übrigens sehr kostenintensive Umsetzungsphase des neuen Förderdekrets eingeleitet. Wie gewünscht steht das Zentrum für Förderpädagogik den Schulen immer mehr als kompetenter Ansprechpartner in Fragen der Benachteiligtenförderung zur Verfügung; die Unterstützung bei der Hochbegabtenförderung wird folgen. Das Kompetenzzentrum im Zentrum für Förderpädagogik wird als sogenannte dritte Säule zu diesem Zweck in diesem Schuljahr weiter ausgebaut. Zu Beginn dieses Schuljahres wurden drei zusätzliche Experten eingestellt, an die sich Regel- und Förderschulen wenden können. Zudem hat das Zentrum für Förderpädagogik mittlerweile ein Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vorgelegt. Das war eine große Herausforderung. Dieses Konzept enthält viele konkrete Empfehlungen, die wir in den nächsten Jahren umsetzen können und sollten, denn eines steht fest: Das Dekret für neu ankommende Schüler aus



dem Jahr 2001 – so gut es seinerzeit gewesen sein mag – reicht heute nicht mehr aus, um Menschen mit Migrationshintergrund so in das Schulwesen zu integrieren, wie das notwendig wäre. Die diesbezüglichen Kriterien sind nicht mehr zeitgemäß. Das Dekret muss vor allem im Bereich der Sprachförderung unbedingt reformiert werden. Wie das konkret gelingen kann, wird im besagten Konzept sehr gut beschrieben.

*Der Präsident, Herr Miesen, übernimmt den Vorsitz.*

Außerdem steigen wir in diesem Schuljahr in die angekündigte Pilotphase zur Umsetzung des Förderdekrets in den Regelgrundschulen ein. Im Einvernehmen mit allen Schulträgern wurden für dieses Schuljahr zwei Pilotschulen ausgewählt, denen zusätzlich eingestellte Förderpädagogen zur Verfügung gestellt wurden und von denen wir uns konkrete Erkenntnisse und Empfehlungen für die weiteren Umsetzungsphasen dieses so wichtigen Dekrets versprechen.

Das entsprechende förderpädagogische Weiterbildungs- und Zusatzausbildungsprogramm an der Autonomen Hochschule wird ebenfalls in diesem Jahr erweitert.

Mit dem Förderdekret haben wir uns bekanntlich vorgenommen, die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern – die ja nicht nur eine Kostenfrage ist – sowie Lernschwächen und Lernstärken bei Kindern früher zu erkennen, damit wir individualisierter darauf reagieren können. Wir möchten einen kompetenzorientierten und individualisierten Unterricht. Dazu wird dieses Dekret einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Ich bin froh, dass wir mit der Umsetzung vorankommen, auch wenn uns natürlich sehr bewusst ist, dass es Zeit brauchen wird – manchen dauert es zu lang –, bevor alles so funktioniert, wie wir es uns wünschen. Das kann ich jedoch nicht ändern und das gilt ganz besonders für die Integrationsprojekte.

Zurzeit arbeitet das Zentrum für Förderpädagogik übrigens auch an einem umfassenden Konzept zum Nachteilsausgleich, aus dem sich ebenfalls sehr interessante Verbesserungsvorschläge ableiten lassen werden. Mittlerweile hat die Autonome Hochschule die von uns in Auftrag gegebene Studie zum Umgang mit Hausaufgaben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgelegt. Diese Studie wurde Ihnen im Ausschuss vorgestellt. Zudem ist sie auch mit allen Schulleitern aller Schulebenen und -formen bereits besprochen worden und eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit an diesem Thema.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die Benachteiligtenförderung, die Hochbegabtenförderung, die individuelle Förderung und der kompetenzorientierte Unterricht sind die ganz großen Herausforderungen, auf die ich bei meinen Schulbesuchen immer wieder angesprochen werde. An all diesen Themen wurde und wird sehr intensiv gearbeitet. Wie im REK angekündigt, liegen zu all diesen Themenfeldern mittlerweile nicht nur Studien oder Bestandsaufnahmen, sondern auch sehr konkrete Gestaltungskonzepte vor.

Ich muss zugeben, dass wir in dieser Legislaturperiode nicht alles werden umsetzen können, aber zumindest weiß die kommende Regierung, was sie tun kann und tun muss, um diese Herausforderungen bedarfsorientiert zu bewältigen, denn wir werden die notwendige Vorarbeit geleistet haben.

Wenn ich von neuen Unterstützungssystemen für unsere Schulen spreche, dann denke ich natürlich auch an ein ganz anderes Zukunftsprojekt im Regionalen Entwicklungskonzept. Wir haben uns bekanntlich vorgenommen, alle PMS-Zentren, alle Gesundheitszentren und den Dienst für Kind und Familie in einem ganzheitlich ausgerichteten Dienst zusammenzuführen, um eine kohärente Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

Frau Kollegin Franzen, selbstverständlich bin auch ich der Meinung, dass der neue Dienst dem Personal in unseren Schulen als professioneller Ansprechpartner zur Verfügung stehen sollte. Selbstverständlich müssen wir in den dekretalen Vorgaben die Frage des Datenschutzes umfassend beantworten.

In der letzten Sitzungsperiode sind bereits wesentliche Vorarbeiten geleistet worden. Beispielsweise wurde im Dialog mit den betroffenen Diensten ein umfangreiches inhaltliches Ausgestaltungskonzept für diesen Dienst erarbeitet. Mit allen Trägern konnte eine gemeinsame Erklärung ausgehandelt und unterzeichnet werden, in der alle betroffenen Dienste ihre Absicht bekunden, dem neuen Dienst beizutreten. Der Partizipationsprozess mit allen Personalmitgliedern wurde eingeleitet und verläuft nach meinem Wissensstand auch zufriedenstellend. Zu Beginn dieses Schuljahres wurden in den technischen Schulen erstmals Schulpsychologen eingestellt. Das ist eine Neuheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wie bereits angekündigt, werden diese Fachleute selbstverständlich in den neuen Dienst integriert und somit in das Konzept des neuen Dienstes aufgenommen. Die Entwürfe für das Sonderdekret und das sehr umfangreiche Organisationsdekret wurden ebenfalls bereits ausgearbeitet. Mittlerweile wurden sie bereits vom Staatsrat begutachtet und werden demnächst den Ausschüssen des Parlaments vorgelegt. In groben Zügen sind sie ja schon vorgestellt worden. Des Weiteren konnten die überaus intensiven Verhandlungen mit den Gewerkschaften über diese Dekretentwürfe und insbesondere über das neue Personalstatut erfolgreich abgeschlossen werden. Alle Gewerkschaften haben ihr grundsätzliches Einvernehmen zu all diesen Texten erklärt, was wahrscheinlich gar nicht so selbstverständlich ist.

So kommt es jetzt in dieser Sitzungsperiode vor allem auf das Parlament an, denn wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, um den neuen Dienst gründen zu können. Ich vertraue auf den guten Willen und die konstruktive Mitarbeit aller Fraktionen in diesem Hause. Ich versichere Ihnen, dass die Lehrerkollegien und Elternvereinigungen viele Hoffnungen und Erwartungen mit diesem Dienst verbinden. Diese Erwartungen dürfen wir nicht enttäuschen. Deshalb hoffe ich, dass es uns gelingen wird, ergebnisorientiert und parteiübergreifend zusammenzuarbeiten.

Bevor es soweit ist, wird der Unterrichtsausschuss jedoch mit einem anderen sehr wichtigen Dekretentwurf befasst, nämlich mit dem Qualifikationsrahmen für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Auch für dieses Dekret würde ich mir ein einstimmiges Votum in diesem Hause wirklich sehr wünschen, denn dabei geht es um ganz grundsätzliche Weichenstellungen von wirklich nachhaltiger Wirkung. Es geht um Werte und gesellschaftspolitische Entscheidungen. Mit diesem Dekret wollen wir beispielsweise in Theorie und in Praxis, in Worten und in Taten für eine wirkliche Gleichwertigkeit von allgemeiner und technisch-beruflicher Bildung sorgen. Die Entscheidung für eine beruflich-technische Ausbildung, die Entscheidung für den Beruf des Handwerkers darf hierzulande nicht mehr als zweite Wahl und schon gar nicht als Negativwahl verstanden werden. Die Entscheidung für eine technische Ausbildung muss als eine positive und im Vergleich zur allgemeinen Bildung als gleichwertige Entscheidung anerkannt werden. Dazu soll dieses Dekret beitragen. In unserem Bildungswesen darf es keine bildungspolitischen Sackgassen mehr geben. Wir brauchen eine maximale Durchlässigkeit zwischen allen Schul- und Ausbildungsformen.

Aus demselben Grund wird die Regierung in dieser Sitzungsperiode sogenannte Konnexregeln in einem Erlass festlegen, sodass schulische Lernleistungen auch in der mittelständischen Ausbildung anerkannt und berücksichtigt werden müssen. Genauso wie wir umgekehrt bereits vor einigen Jahren beschlossen haben, dass Gesellen mit einer mittleren Reife über ein Zusatzjahr die Möglichkeit erhalten, überall in Belgien und im Ausland ein Hochschulstudium in Angriff zu nehmen. Das war vorher nicht möglich und ist abgesehen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft nirgendwo sonst in Belgien möglich. Gesellen aus den beiden anderen Gemeinschaften dürfen nicht studieren. Gesellen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen das mittlerweile wohl. Das ist eine

Bildungssackgasse, die wir aufgehoben haben. An diesem einen Beispiel unter vielen wird deutlich, wie wichtig die Autonomie unserer Gemeinschaft in Bildungsfragen ist.

Um die maximale Durchlässigkeit zwischen allen Schul- und Ausbildungsformen zu gewährleisten, bereitet die Regierung zudem die Einführung eines weiteren dualen Bachelorstudiengangs an der Autonomen Hochschule vor. Vor einiger Zeit haben wir diesen Studiengang erstmals in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule, dem Zentrum für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands in Eupen und der Betriebswelt für die Ausbildung zum Buchhalter eingeführt. Wir möchten diese Ausbildungsform nun auf weitere Berufe ausdehnen.

Bei allen diesen Maßnahmen wird das ambitionöse Schulbauprogramm helfen. Kollege Frank, ich hoffe, Sie sind mit mir einverstanden, dass das Schulbauprogramm nichts mit „Infrastrukturen um der Infrastrukturen willen“ zu tun hat. Ganz im Gegenteil, das Schulbauprogramm war in diesem Umfang und in diesem Zeitplan unbedingt notwendig und ist in jeder Hinsicht nachhaltig.

Kollege Servaty hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass wir das Schulbauprogramm in wenigen Jahren schon nicht mehr in dieser Form hätten umsetzen dürfen, selbst dann nicht, wenn wir es uns hätten leisten können. Das ist nämlich nicht nur eine Frage der vorhandenen Handlungsspielräume, nein, der europäische Kontext – der ausgeglichene Haushalt im Jahr 2015, gekoppelt mit der Schuldenbremse ab 2019 – würde das rechtlich unmöglich machen. Insofern glaube ich, dass wir richtig entschieden haben, als wir dieses Programm in diesem Zeitplan umgesetzt haben, denn in einigen Jahren hätten die veralteten, maroden RTG-Gebäude ein riesengroßes Problem dargestellt.

Unabhängig vom PPP-Projekt in Eupen wird in St. Vith zurzeit intensiv an den Planungen für einen gemeinsamen Campus von Technischem Institut, Bischöflicher Schule, ZAWM und Holzkompetenzzentrum gearbeitet. Ich hoffe, dass wir in dieser Sitzungsperiode Fortschritte erzielen werden. In Eupen hat das ZAWM bereits sein neues Gebäude, das übrigens ein Passivhaus ist, auf dem gemeinsamen Campus mit dem Robert-Schuman-Institut bezogen.

Mit der Umsetzung dieses Schulbauprogramms sind wir insgesamt zufrieden. Wie man von außen beobachten kann, kommen die Arbeiten gut voran. Ich möchte allerdings nicht verschweigen, dass wir beim Unterhalt der Gebäude und bei den schulnahen Dienstleistungen, beispielsweise im logistischen Bereich, noch zahlreiche Startschwierigkeiten erleben. Damit werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten, sehr resolut beschäftigen, denn diese Probleme müssen wirklich schnellstmöglich gelöst werden.

Ein weiteres Projekt – und damit komme ich zum Schluss –, das diese Sitzungsperiode prägen wird, ist die Vorbereitung einer Sekundarschulreform. Ich erwähne sie, um zu vermeiden, dass Missverständnisse aufkommen. Wir haben nicht vor, in dieser Legislaturperiode eine Sekundarschulreform zu beschließen, aber wir möchten mit allen Lehrerkollegien einen intensiven Dialog führen, um genau in Erfahrung zu bringen, wo der Schuh drückt, welche Veränderungen in den Schulen für notwendig erachtet werden, für welche Herausforderungen welche Anpassungen aus Sicht der Schulen notwendig sind und wie unsere Sekundarschulen jene Sekundarschulreformen bewerten, die bereits im Landesinnern, beispielsweise in Flandern, oder auch im Ausland durchgeführt wurden. Bei diesem Dialog steht der in der Tat wichtige Themenkomplex der Schulrhythmen auf der Tagesordnung, was besonders die ECOLO-Fraktion interessieren wird.

Wie ich bereits erwähnte, wird das Resultat dieses Partizipationsprozesses kein Dekret sein, sondern eine konkrete Ideensammlung, ein Arbeitspapier, das kommenden Regierungen hoffentlich eine wertvolle Hilfe sein kann.

Was die Berufseinstiegspraktika betrifft, möchte ich Frau Franzen bestätigen, dass das pädagogische Element eine große Rolle spielen sollte. Wenn wir demnächst über Praktika im Kindergarten und über eine intensive theoretische Ausbildung Kindergartenhelfer

ausbilden, dann spielt die pädagogische Ausbildung eine übergeordnete Rolle. Das können Sie in dem entsprechenden Ausbildungsprogramm nachlesen. Zudem dürfte es ein Beleg für die pädagogische Sinnhaftigkeit des Projekts sein, dass die Fachberatungsgruppe „Kindergarten“ an der Autonomen Hochschule diese Idee entwickelt hat. Über den diesbezüglichen intensiven Austausch mit allen Schulleitern und allen Schulträgern werden wir schon in Kürze ganz konkrete Informationen erhalten.

In der Beschäftigungspolitik werden drei Themen im Vordergrund unserer Bemühungen stehen. Einerseits geht es um die Umsetzung des neuen innovativen Integrationskonzepts, mit dem das Arbeitsamt noch passgenauer auf die Bedürfnisse unseres Arbeitsmarktes reagieren möchte. Kollege Balter, ich habe nie bestritten, dass die Arbeitslosigkeit in unserer Gemeinschaft gestiegen ist, aber sie liegt immer noch weit unter dem Landesdurchschnitt und ihr Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist niedriger als der in Flandern. Das werden Sie nicht leugnen können.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Aber höher als in Wallonien!

HERR PAASCH, Minister (*vom Rednerpult*): Schauen Sie auf das Papier, das Sie mir gegeben haben! ... Es ist ja logisch, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in unserer Gemeinschaft höher ist als in Wallonien, denn dort ist die Arbeitslosenrate ja fast doppelt so hoch wie bei uns. Dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Wallonien etwas niedriger ist als bei uns, dürfte schon aus statistischen Gründen wohl für jeden nachvollziehbar sein.

Ein zweites Thema, das in der Beschäftigungspolitik im Vordergrund unserer Bemühungen stehen wird, ist die von uns eingeleitete Fortführung der Organisationsreform im Arbeitsamt. Das dritte Thema – das wird auch der Schwerpunkt sein – ist die Vorbereitung auf die Sechste Staatsreform.

Sie sehen, dass bereits viel getan wurde und wird. Trotzdem wird am Ende noch viel zu tun bleiben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR MIESEN, Präsident: Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Velz hat eben richtig beschrieben, was die Opposition und die Mehrheit hier zum Besten geben. Das war schon immer so und wird wohl immer so bleiben, denn das gehört zweifellos zur Demokratie. Das Schöne ist, dass hier jeder völlig angstfrei erzählen kann, was er will. Andererseits hoffe ich, dass Sie Verständnis haben werden, wenn ich nicht auf alles antworte, was hier vom Stapel gelassen wurde.

Es wurde uns vorgeworfen, wir würden nur ankündigen, jammern, gewissenlos handeln und hätten keine Visionen. Aufgrund mangelnder Bescheidenheit und verlorener Bodenhaftung wären wir quasi zum Feindbild all jener geworden, die in Ostbelgien Politik gestalten. Im Französischen gibt es das schöne Sprichwort „*Tout ce qui est excessif, est insignifiant*“ – zu Deutsch: Alles, was übertrieben ist, ist bedeutungslos. In diesem Zusammenhang ist das ein sehr weises Wort.

Der Gipfel dessen, was wir heute Abend gehört haben, war die zweifellos als Vorwahlgeplänkel zu verstehende Stimmungsmache von Kollege Frank. Er hat vom „Abgesang einer gescheiterten Regierungspolitik“ gesprochen. Wenn das nicht so einfalllos wäre, könnte man fast darüber lachen. Ich hoffe, Herr Frank, dass Sie die Regierungserklärung samt Anhängen gelesen haben, denn Letztere gehören integral dazu. Wenn Sie wirklich darauf bestehen, können wir die Dokumente auch hier vorlesen. Sie können übrigens auch im Internet abgerufen werden. Wer die Dokumente liest, kann sich ein Bild vom Handeln der Regierung machen, denn es wird daraus ersichtlich, welche Ziele wir bereits erreicht haben, welche noch nicht erreicht sind, welche Projekte schon umgesetzt wurden und bei welchen es noch Verzögerungen gibt.

In diesem letzten Jahr der Legislaturperiode werden wir uns nicht vom Wahlfieber ablenken lassen. Das überlassen wir gerne anderen. Ich habe in meinem Leben genügend Wahlkämpfe miterlebt, um zu wissen, wie das funktioniert. Auch habe ich mit genügend Bürgern diskutiert, um zu wissen, was sie von ihren politisch Verantwortlichen erwarten. Die Bürger können sehr gut einschätzen, wer was leistet. Den Wählern obliegt es letztlich auch, am 25. Mai 2014 eine Bewertung unserer Politik vorzunehmen. Die Regierung wird jedenfalls bis zu den Wahlen konsequent am Erreichen der gesteckten Ziele weiterarbeiten und versuchen, alle ihre Vorhaben umzusetzen. Ich will deshalb nicht auf das ganze Geplänkel eingehen, sondern schlicht und einfach in Erinnerung rufen, an welchen Baustellen die Regierung arbeitet und ich mich persönlich sehr intensiv einsetze.

Die Herausforderungen sind groß und mehr denn je geht es um Weichenstellungen für die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Natürlich ist die Staatsreform die erste und bedeutendste Herausforderung, mit der wir uns derzeit zu beschäftigen haben. Mit ihr kommen bedeutende neue Aufgaben auf uns zu. Wir müssen für nahtlose Übergänge bei der Ausübung von Befugnissen sorgen und gleichzeitig bereits jetzt die Voraussetzungen für eine maßgeschneiderte eigene Gestaltung dieser Aufgaben schaffen, denn darum geht es letzten Endes bei der Autonomieerweiterung. Autonomie ist aber nie ein Selbstzweck. Sie dient vielmehr dazu, bei der Politikgestaltung den realen Umständen einer jeden Gemeinschaft, einer jeden Region unseres Landes besser Rechnung zu tragen.

In dieser Hinsicht müssen wir in den nächsten Monaten eine gewaltige Arbeit leisten. Wir müssen achtgeben, dass bei der Abfassung der für uns relevanten Gesetzestexte nichts Wichtiges übersehen wird und keine Fehler unterlaufen. In den verschiedenen Arbeitsgruppen muss die Vorbereitungsarbeit intensiv fortgesetzt werden. In diesem Sinne kommt den Fünfparteiengesprächen eine durchaus große Bedeutung zu. Mehrere Redner haben heute versucht, vorwegzunehmen, zu welchem Konsens diese Gespräche führen könnten. Wir werden sehen, wie die Arbeiten weitergehen. Ich bin zuversichtlich, dass wir in allen Punkten, die wir in der Absichtserklärung festgehalten haben, innerhalb der vorgesehenen Frist zu einem Ergebnis kommen werden. Was die zügige Vorbereitung des Gesetzes für die Deutschsprachige Gemeinschaft und unsere weiteren Verhandlungen mit der Wallonischen Region über die Übertragung von regionalen Zuständigkeiten angeht, sind vor allem die deutschsprachigen Mandatäre gefordert, die auf föderaler oder regionaler Ebene privilegierte Kontakte pflegen und Einfluss auf die dortigen Entscheidungsträger nehmen können.

Deshalb freut es mich sehr, dass der Präsident der cdH die Deutschsprachige Gemeinschaft besuchen wird. Ich hoffe, dass er bis dahin die Haltung seiner Ministerkollegen in der wallonischen Regierung soweit beeinflusst haben wird, dass die Dinge dort deblockiert werden können. Denn alle Parteien, sowohl die Christdemokraten als auch die Grünen und die Sozialisten, müssen noch ein gutes Stück vorankommen, ehe wir zu einem aus unserer Sicht annehmbaren Kompromiss kommen können. Ich selbst habe bereits mit allen Parteipräsidenten intensiv über die Angelegenheit gesprochen. Es muss wohl ein reiner Zufall sein, dass mich cdH-Präsident Lutgen im Oktober zu einem Treffen eingeladen hat. Wenn ich gewusst hätte, dass er vorhatte, in die Deutschsprachige Gemeinschaft zu kommen, hätte ich ihn gleich zu mir eingeladen. ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Bei der Gelegenheit hätte er sich persönlich von dem sehr bescheidenen Rahmen überzeugen können, in dem wir auswärtige Politiker empfangen, und hätte diesen Rahmen vergleichen können mit der Art, wie Gäste bei anderen belgischen Regierungen empfangen werden.

Die frankofonen Parteipräsidenten haben in den letzten Tagen im Hinblick auf die Rolle der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaft bedeutende Weichen gestellt. Dabei zeichnet sich ab, dass fast alle neuen Kompetenzen, die die Gemeinschaften im Zuge der Staatsreform erhalten, sofort an die Wallonische und Brüsseler Region übertragen werden. Das ist ein weiteres Zeichen dafür, wie richtig wir mit unserer Forderung

liegen, ein gleichberechtigter Gliedstaat, sozusagen eine vierte Region in Belgien, werden zu wollen. Diese Baustelle wird uns noch viel Arbeit abverlangen.

Eine zweite Baustelle ist das Regionale Entwicklungskonzept. Wer mir vorwirft, ich hätte diesbezüglich nicht über Inhalte gesprochen, hat die Regierungserklärung nicht richtig gelesen. Der Vorwurf ist auch deshalb unberechtigt, weil alle der Erklärung beiliegenden Dokumente als deren Bestandteil gesehen werden müssen. Darin sind alle Inhalte sehr transparent dargestellt. Es wird sogar auf die Messgrößen eingegangen, mit denen man das Erreichte messen und evaluieren kann. Die Behauptung, das Ganze sei inhaltslos, ist geradezu grotesk. Aber ich habe durchaus Verständnis dafür, dass einigen gewisse Projekte des REK nicht schnell genug voranschreiten. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Projekte mir zu langsam voranschreiten!

Sie haben das Fehlen des Energieleitbilds beklagt, Frau Franzen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir da auf einem guten, grundsätzlich richtigen Weg sind. Jeder Schnellschuss in dieser Sache wäre ein Fehler gewesen. Wenn Sie glauben, wir hätten keinen Aktionsplan, dann irren Sie sich. Ein zentrales Element des Energieleitbilds, das wir, wie angekündigt, Anfang 2014 veröffentlichen werden, sind die Maßnahmen, die es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft umzusetzen gilt.

Ein ganz wichtiger Aspekt des REK im Zusammenhang mit der Energiethematik ist der Paradigmenwechsel in der Infrastrukturpolitik. Das ist keine leichte Aufgabe. Bei einem solchen Paradigmenwechsel, der die Lebenszyklen der Gebäude in den Mittelpunkt der Bewertung von Investitionen stellt, ist es von allergrößter Bedeutung, die Träger dieser Infrastrukturen einzubeziehen. Aus diesem Grund arbeiten wir bei diesem REK-Projekt in erster Linie sehr eng mit den Gemeinden zusammen. Wir werden keine neuen Bestimmungen verabschieden, ohne diese vorher mit den Technikern und den politisch Verantwortlichen der Gemeinden intensiv erörtert und in einer Arbeitsgruppe vertieft zu haben. Wir hoffen, dass wir bei dieser Arbeit zügig vorankommen werden.

Frau Franzen, Ihr Vorwurf, wir hätten erst viele Bauvorhaben beendet und dann die Energieeffizienz zu einem Schwerpunkt unserer Politik erklärt, hält keiner kritischen Betrachtung stand. Wenn Sie am 14. Oktober 2013 die Haushaltsdokumente erhalten, werden Sie nachlesen können, dass noch eine Reihe von Bauprojekten im Registrierungskatalog stehen, von denen gerade die der größeren Gemeinden sehr gut in die neue Philosophie der Infrastrukturpolitik passen. Sie brauchen also keine Angst zu haben, dass wir zu wenige Projekte hätten, die unter den Paradigmenwechsel fallen.

Kollege Frank hat liebenswürdigerweise die Lambermont-Refinanzierung von 2001 erwähnt, nach der wir den Abbau des Infrastrukturstaus beschlossen haben. In der Tat betrachte ich es als eine der größten Leistungen meiner politischen Laufbahn, diesbezüglich zu einem ganz entscheidenden Zeitpunkt die richtigen Schritte mit in die Wege geleitet zu haben. In Anbetracht der künftig in ganz Europa – also auch in Belgien sowie seinen Gebietskörperschaften und Gemeinden – zur Anwendung kommenden neuen Rahmenbedingungen für die Infrastrukturpolitik war der Infrastrukturstauabbau eine goldrichtige Entscheidung. Hätten wir diesen Prozess damals nicht eingeleitet, wäre er selbst ohne Krise zu einem späteren Zeitpunkt gar nicht mehr möglich gewesen. Denjenigen, die das nicht glauben wollen, kann ich es gerne erneut im Detail erläutern.

Eine weitere wichtige Baustelle ist die Finanzpolitik, im Besonderen der Haushaltspfad, zu dem wir uns Belgien und Europa gegenüber verpflichtet haben. Die Aussagen einiger Redner zum Fiskalpakt und die Vermutungen über irgendwelche geheimen Beschlüsse, die wir getroffen hätten, sind nichts als wirres Gerede. Die Schuldenbremse und die Begrenzung der Defizite haben absolut nichts mit dem Fiskalpakt zu tun, sondern sind durch eine Richtlinie der Europäischen Union aus dem Jahr 2011 verordnet worden. Diese Regelung muss bis zum 31. Dezember 2013 in die Rechtsordnung aller Mitgliedstaaten

übernommen werden. Der Fiskalpakt ist lediglich komplementär dazu. Wir haben dafür zu sorgen, dass die EU-Richtlinie umgesetzt wird. Daran führt kein Weg vorbei, da können wir noch so viel diskutieren.

Natürlich hat jeder das Recht, dieser Verordnung kritisch gegenüber zu stehen. Aber die eine oder andere Interpretation meiner Aussagen ist nicht einmal mehr zum Lachen. Es hat ganz einfach mit einer realistischen Selbsteinschätzung zu tun, wenn ich behaupte, dass die von der EU beschlossene Schuldenbremse und Begrenzung der Defizite eine ganz solide Rechtsgrundlage sind, die wir anzuwenden haben. Ob diese Vorgaben für uns optimal sind oder nicht, interessiert im Grunde keinen. Genauso wie wir uns an die belgische Verfassung und die Gesetze halten müssen, haben wir uns auch an das EU-Recht zu halten. Wir werden uns höchstens für gewisse Weiterentwicklungen und Korrekturen starkmachen können.

Was meine Arbeit im Ausschuss der Regionen betrifft – ich finde es übrigens sehr nett, dass sie erwähnt wurde –, kann ich Ihnen verraten, dass ich mich gemeinsam mit hochrangigen Vertretern der europäischen Volkspartei dafür einsetze, die Gefahren für die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa abzuwenden, die sich aus der rein mathematischen Anwendung dieser Bestimmungen ergeben. Fraktionsübergreifend besteht nämlich ein Konsens darüber, dass die Gebietskörperschaften Gefahr laufen, in ihrer Investitionsfähigkeit nachhaltig und definitiv so eingeschränkt zu werden, dass sie in Zukunft keine vernünftige Politik mehr machen können. Deshalb brauchen wir in dieser Angelegenheit eine Weiterentwicklung. Natürlich gibt es auch Perspektiven. So ist beispielsweise im Europäischen Rat, u. a. aufgrund all dieser Überlegungen und Bedenken, die auf europäischer Ebene geäußert worden sind, darüber diskutiert worden, ob man gewisse Investitionen nicht aus der Defizitberechnung herausnehmen muss, damit in Zukunft überhaupt noch Wachstumsimpulse und eine vernünftige Investitionspolitik möglich sind. An dieser Diskussion auf europäischer Ebene können wir uns beteiligen. Aufgrund unserer besonderen Situation haben wir in der Vergangenheit bereits wichtige Erfahrungen sammeln können. Weil wir wissen, wie schwierig es ist, Infrastrukturprojekte ohne klassische Finanzierungssysteme abzuwickeln, wissen wir auch sehr genau, was sich in diesem Bereich verändern muss. Da wird übrigens auf die Gemeinden noch einiges zukommen.

Kollege Dannemark fragte danach, wie diese engere Einbeziehung der Gemeinden in Zukunft aussehen sollte. Bei unseren Treffen mit den verschiedenen Gemeindegremien haben wir diesbezüglich bereits nähere Informationen erteilt. Künftig werden die Gemeinden ihren Haushalt nach dem Modell des Gemeinschaftshaushalts gestalten müssen. Damit wird es für sie sehr viel schwieriger, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Sie müssen dann nämlich die Investitionen nicht mehr nur mit den Abschreibungen und Belastungen in den Haushalt festschreiben, sondern die Gesamthöhe der Investitionen in dem Jahr angeben, in dem diese Ausgaben getätigt werden. Darüber hinaus müssen dann die Haushalte aller neun Gemeinden mit dem der Gemeinschaft auf eine Rechnung gesetzt werden. Daraus muss sich dann jedes Jahr ein ausgeglichener Haushalt ergeben. Das ist eine große Herausforderung.

Als Deutschsprachige Gemeinschaft setzen wir uns mit den Verantwortlichen aller Gemeinden gründlich mit diesen Neuerungen auseinander. Im Gegensatz dazu geht das Rundschreiben der Wallonischen Region an die Gemeinden bezüglich der anstehenden Änderungen viel weiter. In Zukunft werden die Gemeindehaushalte früher geschnürt werden müssen. Man wird auch nicht mehr so große Unterschiede zwischen den Rechnungslegungen und den Haushalten erlauben. Bisher hatten die Gemeinden die Gewohnheit, alle möglichen Vorhaben in den außergewöhnlichen Haushalt einzutragen, auch wenn sie schon wussten, dass diese in der Form nicht in dem entsprechenden Jahr verwirklicht würden. Eine Korrektur nahm man dann zum Zeitpunkt der Rechnungslegung vor. Diese Vorgehensweise wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, denn das zum Teil theoretische Defizit wird künftig nicht mehr möglich sein. Zudem wird man auch die Überträge von einem Haushaltsjahr auf das andere nicht mehr berücksichtigen können.

Dies sind nur einige Dinge, die sich für die Gemeinden ändern werden. Da kommt noch sehr viel Arbeit auf uns zu. In dem vor einigen Tagen bei den Gemeinden eingegangenen Rundschreiben zur Haushaltsvorbereitung 2014 stehen noch weitere präzise Informationen.

Mit Sicherheit werden wir auch auf neue Finanzierungsinstrumente zurückgreifen müssen. Wir haben ja kürzlich einen ausführlichen schriftlichen Bericht über die Arbeit der PROMA AG erhalten. Solche Finanzierungsinstrumente sind bitter nötig. Sie werden übrigens schon lange in allen Regionen Europas genutzt oder stehen dort zur Diskussion. Daher können wir sehr gut vergleichen, was andere machen. Die in diesem Zusammenhang formulierte Kritik ist nicht nur falsch, sondern schadet grundsätzlich den Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Zukunftstüchtigkeit in Sachen Investitionspolitik. Wir müssen mit Holding-Gesellschaften zusammenarbeiten. Mit der PROMA AG verfügen wir im Übrigen bereits über eine gemeinschaftseigene Holding. Daneben gibt es noch die Ostbelgieninvest AG, die regionale Investitionsgesellschaft der Wallonie und die *Meuseinvest*, mit denen wir bereits seit längerem in Kontakt stehen. Ich freue mich ganz besonders, dass ich demnächst den neuen Präsidenten der *Meuseinvest*, Herrn Javaux – der bei ECOLO sicherlich kein unbekannter ist –, in Eupen empfangen kann. Mit Herrn Javaux möchten wir über Kooperationsmöglichkeiten sprechen, wie wir es bereits mit seinem Vorgänger getan haben. Die Problematik des Haushaltspfads, des Haushaltsgleichgewichts und der damit zusammenhängenden Herausforderungen ist eine gewaltige Baustelle, mit der wir uns zu beschäftigen haben.

Eine weitere Baustelle ist die Europapolitik, wobei die Strukturfonds natürlich eine entscheidende Rolle spielen. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass unser Anteil an den EU-Geldern weiterhin so hoch ausfällt wie bisher. Damit das so bleibt, müssen wir sehr hart kämpfen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Stunden die Mitarbeiter der Verwaltung und der Kabinette derzeit damit verbringen, dafür zu sorgen, dass innerhalb der Großregion und der Euregio Maas-Rhein die richtigen Weichen gestellt werden, damit wir auch in Zukunft Zugang zu den Fördermitteln aus den Strukturfonds haben. Zudem müssen wir uns mit unseren Partnern in Belgien intensiv auseinandersetzen, wenn es darum geht, für unser eigenes ESF-Programm auch weiterhin eine angemessene Förderung zu erhalten. Darüber hinaus müssen wir verstärkt neue EU-Quellen erschließen. Es gibt eine Reihe von Programmen, deren Projekte im Wesentlichen im Wettbewerbsverfahren genehmigt werden. Daran müssen wir uns mehr noch als bisher beteiligen. Das setzt voraus, dass wir uns mit mehreren Partnern aus verschiedenen EU-Staaten zusammenschließen. Gerade im Hinblick auf die Bewerbung um diese Programme sind gut ausgebaute, effiziente Kontaktnetze so wichtig. Denn man muss wissen, dass in diesen Wettbewerbsverfahren von zehn Bewerbungen höchstens zwei oder drei positiv beschieden werden. Um da erfolgreich abzuschneiden, müssen wir intensive Arbeit leisten, mit viel Sachverstand vorgehen und auf das große Engagement der Mitarbeiter unseres Ministeriums setzen, das gewisse Parlamentarier hier gerne als „Wasserkopf der Gemeinschaft“ bezeichnen.

Eine besondere Herausforderung ist der Vorsitz der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Euregio Maas-Rhein. Wir können zwar keine Wunder bewirken, möchten aber gerne dazu beitragen, dass es der Euregio Maas-Rhein gelingt, erfolgreich in die dritte Generation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einzusteigen. Es gilt, Grenzregionen als grenzüberschreitende Verflechtungsräume zu gestalten. Dies ist keine leichte Aufgabe. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bemüht sich sehr, die Prozesse, die in der Euregio in Gang gesetzt worden sind, in Bewegung zu halten und zu gestalten.

Ich komme zu einem weiteren Thema. Wir möchten zu dem auf föderaler Ebene und auf Ebene der Gemeinschaften und Regionen angedachten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung unseren kleinen Beitrag leisten. Besonders Flandern fordert, dass sich auch die Gebietskörperschaften trotz Sparanstrengungen mehr für die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung in Belgien einsetzen. Darüber wurde auf der letzten



Sitzung des Konzertierungsausschusses intensiv debattiert. Jede gliedstaatliche Regierung wird ihre Beiträge mitteilen. Vieles hängt davon ab, was nach dem Haushaltskonklave der föderalen Regierung auf den Tisch kommt. Das alles zusammen muss eine kohärente Strategie ergeben. Man kann mit großer Zufriedenheit feststellen, dass sich im letzten Jahr die Bereitschaft, derart wichtige Kooperationen zu beschließen, bedeutend erweitert hat. Als ganz kleinem Partner in diesem Bereich geht es uns vor allem darum, Elemente unseres Regionalen Entwicklungskonzepts noch besser in diese Konzertierungen einfließen zu lassen, zum Beispiel das Thema „Übergang von der Ausbildung in den Beruf“. Dieses Thema lässt sich wiederum kombinieren mit der europäischen Jugendgarantie, für deren Umsetzung wir ganz gezielt die Restmittel aus dem auslaufenden ESF-Programm einsetzen möchten. Das alles muss ein kohärentes Paket ergeben. Wir werden keine Wunder bewirken können, aber wir werden ganz gezielt unseren Beitrag leisten, um hierzulande etwas mehr für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu tun. An diesen ganz konkreten Baustellen arbeitet die Regierung ohne Unterlass. Das wird bis zum Ende der Legislaturperiode auch so bleiben.

Wir befinden uns in einem Jahr der Jubiläen. Wer glaubt, es gehe dabei nur um übertriebene Feierlichkeiten, der interpretiert das sehr bescheidene Jubiläumsprogramm ganz bewusst und böswillig falsch. Wir möchten in diesem Jahr der Jubiläen die Bevölkerung für die Deutschsprachige Gemeinschaft begeistern. Wir alle sollten auf das Erreichte stolz sein, es den Menschen noch einmal vor Augen führen, statt es kaputtzureden. Jedenfalls ist es ein Trugschluss und populistisch zu glauben, durch eine negative Darstellung könne man bei den Wählerinnen und Wählern punkten und wahlpolitischen Profit aus der Sache schlagen. Seit 1973 ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr viel geleistet worden. Diese Errungenschaften sind seit 1999 von vielen Beteiligten in ganz erstaunlichem Maße weiter ausgebaut worden. Wenn das Ihnen nicht passt, ist das Ihr Problem. Wir können jedenfalls stolz auf das Geleistete zurückblicken. Es macht deutlich, dass wir mit der Autonomie maßgeschneiderte Lösungen für unsere Gemeinschaft geschaffen haben.

Die große Chance unserer Kleinheit liegt gerade darin, dass wir sehr maßgeschneidert und nahe an der Realität arbeiten können. Diese Realität ist das Leben in den rund 140 Ortschaften unserer Gemeinschaft. Wenn man sich dort umhört, kann man sehr viel lernen. Die Kleinheit unserer Gemeinschaft schafft vor allem unwahrscheinlich große Beteiligungsmöglichkeiten. Wo sonst in der Welt kann eine Gemeinde darüber mitdiskutieren, wie die Gemeindedotation verteilt wird? Wo anders in der Welt werden bei einer so kniffligen Angelegenheit wie dem Paradigmenwechsel hin zum nachhaltigen Bauen die Gemeinden und ihre Dienste bei der Ausarbeitung der Rechtsnormen von Beginn an so eng beteiligt, wie das hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Fall ist? Ich könnte noch unendlich viele weitere Beteiligungsmöglichkeiten auflisten. In der Regierungserklärung habe ich im Zusammenhang mit dem REK auf die zahlreichen Beispiele konkreter Bürgerbeteiligung hingewiesen. Die beiden Foren, die noch vorgesehen sind, werden diese Beteiligungsmöglichkeiten noch in bedeutendem Maße erweitern.

„Mitmachgemeinschaft“ ist das Schlagwort, das unsere Deutschsprachige Gemeinschaft prägen kann, wenn wir alle wirklich bereit sind, uns einzubringen. Sehr viele Bürger unserer Gemeinschaft sind zu diesem Einsatz bereit. Da ist es eine Banalität, ein Allgemeinplatz zu behaupten, dass die Leistungen der Gemeinschaftsautonomie nicht in erster Linie einer wie auch immer zusammengestellten Regierung zu verdanken sind, sondern dem Engagement von Zehntausenden Ehrenamtlichen und über 4.000 Personen, die ihr Gehalt direkt oder indirekt von der Deutschsprachigen Gemeinschaft beziehen. Ja, Tausende von Menschen leisten jeden Tag hervorragende Arbeit, um die Dienstleistungen zu gewährleisten, die im Dienstleistungskatalog im Einzelnen aufgelistet sind. Das ist das Entscheidende. Die Regierung versucht, für alle diese Angebote gute Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten. Um das zu erreichen, lässt sie sich von der Erkenntnis leiten, dass erfolgreiche Regionen tief verwurzelt und breit vernetzt sind. Wir haben heute viel von Verwurzelung und zu Recht auch von Identität gesprochen. Europa- und weltweit ist das ein Erfolgskonzept für die Regionen. Wir sind gut beraten, uns dieses

Konzept zu eigen zu machen. Nur so können wir Chancen frühzeitig erkennen, die Weichen richtig stellen und dafür sorgen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft zukunftstüchtig bleibt und die Lebensbedingungen ihrer Bürger nachhaltig verbessern kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zu den Erwidern der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Frank das Wort.

HERR FRANK *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir vorab zwei Bemerkungen zu den Aussagen verschiedener Fraktionen.

Herr Dannemark, im Anschluss an unsere heutige Plenarsitzung kann ich Ihnen zur Information gerne das Programm der cdH geben. Darin steht schwarz auf weiß, dass die cdH für eine Abschaffung der Provinzen ist. Meines Wissens gibt es in ganz Belgien nur zwei Parteien, die diese Abschaffung klar und deutlich fordern, und zwar die cdH und die Grünen.

Im Übrigen geht es hier nicht nur um die Übertragung der Provinzzuständigkeiten, sondern auch um den damit verbundenen Rückfluss der Steuergelder, die jährlich aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab die Provinz abgeführt werden. Wir alle sind gefordert, uns in diesem Sinne einzusetzen und zufriedenstellende Verhandlungsergebnisse zu erzielen. Ich habe lediglich kritisiert, dass die diesbezüglichen Bemühungen bisher ein äußerst mageres Resultat gezeitigt haben, und habe in Erinnerung gerufen, dass seit 1981 in der Provinz Lüttich eine Mehrheit aus Sozialisten und Liberalen regiert.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine Klammer: Mein Vertrauen in die Provinz Lüttich schwindet ganz gewaltig, wenn ich sehe, was in den letzten Wochen dort geschehen ist. Ich erinnere daran, dass der wallonische Kabelnetzbetreiber *Tecteo* die Zeitungsgruppe *L'Avenir* übernommen hat. Die Provinz Lüttich hält 52 % der Firmenanteile von *Tecteo*. Da darf man sich fragen, ob das noch im Sinne der Gemeinden und der Bürger ist.

Meine zweite Bemerkung richtet sich an Kollege Balter. Ich kann Ihnen nicht folgen, Herr Balter, wenn Sie sagen, dass die EU ein Krake ist. Als überzeugter Europäer halte ich diese Kritik für übertrieben. Aus meiner Sicht ist die EU ein Garant für Stabilität, Frieden und Wohlstand. Auch teile ich die Auffassung von Ministerpräsident Lambertz, dass die EU für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein sehr wichtiger Partner ist. Diese Tatsache sollten wir respektieren.

Erlauben Sie mir nun, auf die Aussagen der Regierung einzugehen.

Minister Mollers, Sie sagten, die CSP sei nicht sachlich. In meinen Augen widerspricht diese Behauptung Ihrer wenig später gemachten Aussage, dass Sie sich bei allen anerkannten Fraktionen dieses Hauses für die konstruktive Zusammenarbeit im Unterausschuss bedanken. Ich sehe da schon eine gewisse Widersprüchlichkeit.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident *(aus dem Saal)*: Sie sprechen mit gespaltener Zunge!

HERR FRANK *(vom Rednerpult)*: Aber, Herr Minister, es ist Ihr gutes Recht, die Dinge so zu sehen. Ich bin eher der Ansicht, dass Fakten zählen. Ein Beispiel: In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es bis zum heutigen Tag nur eine einzige Kinderkrippe. Wenn ich richtig informiert bin, dann hat auch die CSP dazu beigetragen, dass diese Kinderkrippe im Jahr 1994 ins Leben gerufen worden ist. Im Jahr 2000 hat Ministerpräsident Lambertz gesagt, dass die Kleinkindbetreuung für die Regierung eine absolute Priorität sei, aber bis heute gibt es nur eine einzige Kinderkrippe. Das möchte ich an dieser Stelle nochmals hervorheben.

Des Weiteren freut es mich sehr zu hören, Herr Minister Mollers, dass der Familienhilfsdienst eine sehr große Zukunft vor sich hat. Ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie dabei unterstützen werden.

Minister Paasch, bereits heute kann ich Ihnen für die anstehende Reform der PMS-Zentren die Unterstützung der CSP-Fraktion zusichern, denn sie ist ein Anliegen, das auch uns sehr am Herzen liegt. Darüber hinaus haben wir auch das Schulbauprogramm, das nicht nur notwendig, sondern überfällig war, massiv unterstützt, weil wir der festen Überzeugung sind, dass Investitionen in die Schule Investitionen in die Zukunft sind.

Schließlich möchte ich mich bei Ihnen, Ministerpräsident Lambertz, dafür bedanken, dass Sie, wenn auch indirekt, darauf hingewiesen haben, dass auch die CSP maßgeblich am Ausbau der Autonomie beteiligt war. Sie haben das Jahr 1973 zitiert. Sie müssen jedoch nicht so tun, als ob die Welt 1999 angefangen hätte, von Neuem zu drehen, denn das stimmt nicht. Sie wissen genau wie wir, dass wir Sie auch ab 1999 unterstützt haben.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Sie müssen aufhören zu behaupten, dass die Welt 1999 untergegangen sei!  
(*Vereinzelt Gelächter*)

HERR FRANK (*vom Rednerpult*): Fakt ist auch, dass am Fiskalpakt Korrekturen vorgenommen werden müssen. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen nur beipflichten, dass Sie als Mitglied des Ausschusses der Regionen sehr gute Arbeit leisten. In diesem Ausschuss sind jedoch noch andere vertreten, die ebenfalls gute Arbeit leisten. Auch die CSP-Fraktion sitzt mit ihrem EU-Abgeordneten in diesem Ausschuss.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht vom „Abgesang einer gescheiterten Regierungspolitik“, sondern vom „Abgesang einer gescheiterten Finanzpolitik“ gesprochen habe. Wir werden wohl noch ausreichend Gelegenheit haben, im Rahmen der Haushaltsdebatte darüber zu sprechen.

Und Sie haben recht, Herr Ministerpräsident: Am 25. Mai 2014 ist Stichtag. Dann wird unsere Politik bewertet werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Applaus bei der CSP*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Ich möchte noch etwas richtigstellen: Es ist fast schon eine Beleidigung zu behaupten, dass Herr Grosch Mitglied im Ausschuss der Regionen sei. Nein, Herr Grosch ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Ausschuss der Regionen sitzen nur Vertreter der Gemeinden und der Regionen Europas mit beratender Funktion. Deshalb möchte ich auf keinen Fall den Eindruck entstehen lassen, dass sich der Ausschuss der Regionen oder selbst ein dort tagender Fraktionsvorsitzender auf die Ebene des Europaparlaments hieven möchte.

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Herr Präsident, erlauben Sie mir eine kurze Erwiderung?

HERR MIESEN, Präsident: Ja bitte, Herr Frank!

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Ich möchte meine Aussage richtigstellen. Ich weiß nicht, ob ich das so gesagt habe, aber das kann man ja später im *Ausführlichen Bericht* nachlesen. Trotzdem möchte ich das klarstellen: Ich habe von einem EU-Abgeordneten gesprochen. Es ist wichtig – vielleicht ist das heute nicht deutlich genug geworden –, dass wir, was den Fiskalpakt betrifft, an einem Strang ziehen. Diesen Schulterschluss gibt es ja auch. Dafür möchte ich dem Ministerpräsidenten danken.

HERR MIESEN, Präsident: Frau Franzen, jetzt haben Sie das Wort für die Erwiderung.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Herr Ministerpräsident, mit Ihrer letzten Bemerkung haben Sie gerade richtig viel Bescheidenheit bewiesen!

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Ich brauche von Ihnen keine Lektion in Bescheidenheit! Das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen! ... (*Vereinzeltes Gelächter und bedauernde Oh-Rufe*) ... Also ehrlich! ...

HERR MIESEN, Präsident: Frau Franzen hat jetzt das Wort!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Herr Ministerpräsident, damit wollte ich Sie nur positiv hervorheben!

Wenn Sie das so nicht hinnehmen können, dann ist es auch gut!

Herr Velz, ich fühle mich nicht angesprochen, wenn Sie sagen, dass die Opposition die Regierungsarbeit in Bausch und Bogen verrissen habe. Ich finde, dass ich mich sehr differenziert ausgedrückt habe. Ihrerseits hätte ich mir eine ähnliche Differenzierung gewünscht.

Herr Minister Mollers, ich höre nicht gerne, wenn Sie sagen, dass Sie den Diensten „helfen“. Dem Familienhilfsdienst werden Sie helfen, dem RZKB haben Sie geholfen, sagen Sie. Ich fordere Sie auf, diese Dienste als Partner zu betrachten. Es liegt in Ihrem und in unser aller Interesse, dass diese Dienste gute Dienstleistungen erbringen. Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass dies den Diensten auch möglich ist!

Herr Minister Paasch, wenn Sie die für die Familien anfallenden Schulkosten nicht eingrenzen, dann ist das eine politische Entscheidung, die Sie treffen. Neben vielen anderen Projekten, die verwirklicht werden, ist dies ein Vorhaben, das Sie nicht in die Tat umsetzen. Das möchte ich deutlich hervorheben und Ihnen sagen, dass wir dies bedauern. Übrigens habe ich nie sagen wollen, Sie seien kein bescheidener Mensch. Derlei persönliche Bemerkungen verkneife ich mir in diesem Hause. Ich kann das auch gar nicht beurteilen. ... (*Gelächter bei Herrn Minister Paasch*) ... Tatsache ist ... (*Zwischenruf*) ... dass wir wie viele andere Bürgerinnen und Bürger von der Regierung ein gewisses Bild haben, denn sie stellt sich selbst sehr großzügig dar. Das meinen wir, wenn wir von „Bescheidenheit“ reden.

Zudem habe ich auch nicht den Eindruck erwecken wollen, dass wir vorhaben, bei den Empfängen anlässlich der Jubiläen teure Häppchen zu essen. Im Gegenteil, ich wollte einen positiven Appell an alle hier im Hause richten, indem ich gesagt habe, dass wir uns in Bezug auf die anstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten sicherlich alle darauf einigen könnten, auf einen vernünftigen Rahmen zu achten. Das war eine klare Aussage. Ich lege Wert darauf, dass diese auch so verstanden wird.

Zum Schluss möchte ich noch eine letzte Bemerkung machen: Herr Minister Paasch, Sie meinten, dass das Regieren in schwierigen Zeiten kein einfacher Job sei. Es hat hier nie jemand das Gegenteil behauptet. Ich muss Ihnen allerdings sagen, dass sich mein Mitgefühl für Sie und Ihre Ministerkollegen ... (*Vereinzeltes Gelächter*) ... tatsächlich in Grenzen hält. ... (*Vereinzeltes Gelächter*) ... Sie haben den Job gewollt. Sie machen Ihren Job ...

HERR PAASCH, Minister (*aus dem Saal*): Wir machen ihn auch sehr gerne!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): ... und wir machen den unseren. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Applaus bei ECOLO, der CSP und VIVANT sowie Zwischenrufe und vereinzeltes Gelächter*)

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass die Redebeiträge der Opposition ihre Wirkung nicht verfehlt haben. ... (*Zwischenrufe und Unruhe im Saal*) ... Wenn das nicht so wäre, hätten sich manche Regierungsmitglieder nicht so aufzuregen brauchen.

(*Unruhe im Saal*)

Meine erste Bemerkung betrifft die Redezeiten. In der Plenarsitzung vom 17. September hat Ministerpräsident Lambertz während 80 Minuten die Regierungserklärung vorgestellt, und heute ging bereits die rote Lampe an, als er ans Rednerpult trat ... (*Vereinzelt Gelächter und Unruhe im Saal*) ... Aber auch heute hat er die angekündigte Redezeit um eine halbe Stunde überzogen. Auch unter der Gefahr, dass ich mich wiederhole: Die drei Oppositionsparteien haben zusammen 60 Minuten Redezeit gehabt. Eigentlich, werte Regierungsmitglieder, sollten Ihre Antworten heute eine Erwiderung auf unsere Stellungnahmen sein. Der Ministerpräsident hat aber gleich zu Beginn seiner Antwort darauf hingewiesen, dass er nicht auf das „ganze Geplänkel“, wie er es nannte, reagieren wolle, sondern stattdessen erneut in Erinnerung rufen würde, an welchen Baustellen die Regierung derzeit arbeite.

(*Zwischenruf von Herrn Ministerpräsident Lambertz*)

Meine Damen und Herren, erstens hat eine solche Haltung nichts mehr mit Respekt vor dem Parlament zu tun. Zweitens ist es ein Fakt, dass die Regierung – auch wenn sie es nicht gerne hört – in diesem Hause nur zu Gast ist. Ich finde es unangebracht und der Demokratie nicht zuträglich, dass wir Parlamentarier uns sputen müssen, um mit der uns zugestandenen Redezeit auszukommen. ... (*Zwischenruf*) ... Wir müssen unsere Reden so vorbereiten, dass wir es schaffen, uns auf das Wesentlichste zu beschränken, weil für mehr die Zeit nicht reicht. Dahingegen dürfen die Regierungsmitglieder so lange reden, wie Sie wollen. Ich werde diese Angelegenheit erneut im Präsidium ansprechen, weil ich glaube, dass das in anderen Parlamenten ein wenig anders gehandhabt wird.

Die Tatsache, dass die Regierungsmitglieder ihre Redezeit überziehen, deute ich andererseits, wie eingangs gesagt, als ein Zeichen dafür, dass die Stellungnahmen der Oppositionsmitglieder zur Regierungserklärung gewirkt haben und zum großen Teil die Wahrheit widerspiegeln. Denn bekanntermaßen regt sich der Kritisierte mehr auf, wenn die Kritik den Nagel auf den Kopf trifft, als wenn sie nicht stimmt.

(*Unruhe im Saal*)

Des Weiteren möchte ich auf das Thema Bescheidenheit eingehen. ... (*Zwischenruf: „Das glaube ich auch!“*) ... Der für Ausbildung und Beschäftigung zuständige Minister hat diesbezüglich einige Anmerkungen gemacht, auf die ich mit von zwei Beispielen reagieren möchte.

(*Unruhe im Saal*)

Im Jahr 2011 hat die Regierung 43.902,15 Euro als sogenannte Unkostenpauschale angegeben. Ich hatte diese Zahl im Haushalt gefunden und daraufhin eine entsprechende schriftliche Frage an die Regierung gerichtet, um zu erfahren, was es mit diesen 43.902,15 Euro auf sich hat. Finanzminister Lambertz hat mir darauf mit einem ganz interessanten Satz geantwortet, den ich bereits bei einer früheren Haushaltsdebatte erwähnt habe. Einige scheinen diese Aussage von Herrn Lambertz vergessen zu haben, denn sonst würden sie das mit der Bescheidenheit etwas anders sehen. Der Finanzminister hat mir damals geantwortet, dass im Rahmen der täglichen Arbeit der Regierung Unkosten entstehen, für die – ich zitiere– „es nicht möglich oder nicht üblich ist, Belege zu erhalten“, und dass diese im Jahr 2011 insgesamt 43.902,15 Euro betragen. Auf meine Frage, wie sich diese Unkostenpauschale zusammensetze und bei den Empfängern versteuert werde, hat Herr Lambertz mir geantwortet, dass jeder Minister monatlich zusätzlich zu seinem Gehalt 500 Euro als steuerfreie Pauschale erhalte. Lassen

wir das einfach einmal so im Raum stehen, allerdings mit dem Hinweis, dass ein Minister die Deutschsprachige Gemeinschaft monatlich mehr als 15.500 Euro kostet und er neben einem sehr hohen Gehalt auch einen Dienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung hat.

Ein anderes Parlamentsmitglied stellte eine schriftliche Frage zu den Unkosten in Höhe von etwas mehr als 50.000 Euro im Jahr 2011 und erbat eine Aufgliederung pro Minister. Die Regierung hat diese Frage mit einer Pauschalaufstellung beantwortet, statt mit einer Aufstellung pro Regierungsmitglied, wie es der Fragesteller gewünscht hatte. Wenn Sie wirklich so bescheiden sind, wie Sie es vorhin behauptet haben, Herr Minister Paasch, frage ich mich, wieso Sie in der Antwort auf die besagte schriftliche Frage nicht die Spesenquittungen pro Regierungsmitglied veröffentlicht haben. In meinen Augen ist das ein klarer Beweis dafür, dass da irgendetwas im Argen liegt. Im Zusammenhang mit der Sechsten Staatsreform werde ich später nochmals auf das Thema Bescheidenheit eingehen.

Kommen wir nun zum Fiskalpakt. Der Finanzminister hat darauf hingewiesen, dass der Fiskalpakt eine EU-Richtlinie ist, die auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ohne Wenn und Aber umsetzen muss. Das entspricht im Grunde genommen dem, was ich gesagt habe. Aber genau das ist das Verwerfliche an der ganzen Sache. Ich frage Sie als Demokraten: Wohin führt uns diese Entwicklung noch? Weder das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch das föderale Parlament entscheidet über den Fiskalpakt. Im Gegenteil, diese Vorgaben werden uns von oben, vom Kraken EU auferlegt. Auf EU-Ebene gibt es keine demokratische Legitimation, höchstens in homöopathischer Dosis.

Herr Frank, Sie haben kritisiert, dass ich die EU mit einem Kraken verglichen habe. Sie haben betont, dass die EU in Ihren Augen ein absolut wichtiger Partner sei. Dann schauen Sie sich zum Beispiel die Entscheidungen in Sachen ESM an: In keinem Länderparlament wird darüber diskutiert; die Vorgaben kommen alle von der EU, aus Brüssel. Die einzelnen Parlamente dürfen lediglich darüber abstimmen, und dann ist Feierabend. Wieso brauchen wir denn dann noch Parlamente? Das habe ich mit meiner Anmerkung zum Ausdruck bringen wollen. Der Krake ist für diese Vorgehensweise ein treffendes Sinnbild.

Der Ministerpräsident selbst hat mehrfach zugegeben, dass der Fiskalpakt auch seines Erachtens keine so tolle Sache sei, dass wir uns jedoch damit abfinden müssten. Ich sage: Wir müssen uns eben nicht damit abfinden, denn wir werden dazu befragt! Und weil wir dazu befragt werden, können wir auch unsere Meinung äußern. Wenn ich der Einzige im Parlament bin, der seine Meinung klar und deutlich formuliert und der die Vorgehensweise in Bezug auf die EU-Vorgaben kritisiert, dann ist das eben so. VIVANT wird dieses Vorgehen auch weiterhin kritisieren, weil es einfach gegen die demokratischen Grundprinzipien verstößt, wie sie noch heute in der Schule gelehrt werden.

Der Ministerpräsident hat auch die alternativen Finanzierungsmodelle erwähnt. Werfen Sie doch einmal einen Blick ins Nachbarland Deutschland. Sie werden feststellen, dass diese Finanzierungsmodelle dort erhebliche Probleme verursachen. Mittlerweile gibt es sogar Gemeindefinanzexperten – das habe ich neulich in einem sehr interessanten Artikel gelesen –, die vor den Gefahren der alternativen Finanzmodelle warnen. Das ist schon bemerkenswert. Es kann doch nicht sein, dass ein souveräner Staat, eine souveräne Gemeinschaft oder eine Gemeinde künftig immer mit privaten Partnern zusammenarbeiten muss, weil er bzw. sie seine bzw. ihre Projekte sonst nicht mehr finanzieren kann! Gerade in der gegenwärtigen Krisenzeit müsste das Ihnen als Demokraten doch sauer aufstoßen. Aber nein, stattdessen verteidigen Sie diese Methoden auch noch! Der belgische Staat verkauft derzeit Firmenanteile, um Mittel zu generieren, damit er diese EU-Vorgaben erfüllen kann. Man kann doch nicht hingehen und Tafelsilber verkaufen, nur weil die Verantwortlichen irgendeiner EU-Institution meinen, dass es anders nicht mehr geht.

*(Unruhe im Saal)*

Herr Frank, ich finde es schade, dass ich auf Äußerungen von Ihnen reagieren muss, aber ich muss leider auf Sie zurückkommen. Sie sind der Meinung, dass die EU ein Garant für Frieden und Wohlstand ist. Wie bitte? Schauen Sie keine Nachrichten? Wissen Sie nicht, was in Europa los ist? Die Situation in Europa – ich rede von den letzten 60 Jahren – war noch nie so schlimm wie heute! Noch nie! Es wird immer gesagt: „Ja, Europa hat Frieden gebracht.“ ... (*Zwischenruf*) ... Das, was jetzt in Europa abläuft, hat nichts mehr mit Frieden zu tun! Im Gegenteil! ... (*Zwischenrufe*) ... Sie sollten das nicht kleinreden, sondern sachlich darüber nachdenken, was da abläuft. Das kann nicht gut sein!

Als Parlament sind wir befugt, in den Zuständigkeitsbereichen der Gemeinschaft gesetzgeberisch tätig zu sein. Abgesehen davon unterliegt die Deutschsprachige Gemeinschaft belgischem Recht. In letzter Zeit ist es jedoch immer häufiger so, dass EU-Bestimmungen in die belgische Rechtsprechung aufgenommen werden müssen: ESM-Vertrag, Fiskalpakt, Sparzwänge usw. Auf all das haben Belgien und seine Gebietskörperschaften keinerlei Einfluss. Das kann doch nicht gut sein! Es stellt sich zudem die Frage, wer dahintersteckt. Ich finde es bedauerlich, dass der Ministerpräsident darüber nicht eine Silbe verloren hat. Schade!

(*Applaus bei VIVANT*)

HERR MIESEN, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Keul hat das Wort.

HERR KEUL (*aus dem Saal*): Ich möchte nur eine Bemerkung von meinem Platz aus machen. Kollege Frank sagte eben, dass seit 1981 in der Provinzregierung eine Mehrheit aus Liberalen und Sozialisten regiert. Das stimmt. Aber dann frage ich Sie, wieso ein Herr Drion, der als cdH-Fraktionsführer jahrelang im Lütticher Provinzialrat auf Exekutiv-ebene vertreten war und jetzt bei *Tecteo* sitzt, der Übernahme der Zeitungsgruppe *L'Avenir* zugestimmt hat.

(*Vereinzelter Applaus und vereinzelt Gelächter*)

HERR MIESEN, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Frank hat das Wort.

HERR FRANK (*aus dem Saal*): Ich habe gesagt, dass ich den Eindruck habe, dass in der Provinz Lüttich jeder macht, was er will. Fakt ist, Herr Keul, dass sich sogar der Präsident des Provinzkollegiums, Herr Gilles, in der Öffentlichkeit massiv über das aufgeregt hat, was derzeit auf Provinzebene geschieht. Das sehen andere führende Politiker der cdH und der PS ähnlich. Da müsste Ordnung geschaffen werden, aber das ist eine andere Debatte, die wir hier nicht zu führen haben.

**VORSCHLAG EINES BEGRÜNDETEN GUTACHTENS ZUM GESETZESVORSCHLAG ZUR SECHSTEN STAATSREFORM IN BEZUG AUF DIE IN ARTIKEL 77 DER VERFASSUNG ANGEFÜHRTEN ANGELEGENHEITEN – DOKUMENT 176 (2012-2013) NR. 2**

**VORSCHLAG EINES BEGRÜNDETEN GUTACHTENS ZUM GESETZESVORSCHLAG ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 19. MAI 1994 ÜBER DIE EINSCHRÄNKUNG UND KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN FÜR DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND ZUR ABÄNDERUNG DES GESETZES VOM 19. MAI 1994 ZUR REGELUNG DER WAHLKAMPAGNE, ÜBER DIE EINSCHRÄNKUNG UND ERKLÄRUNG DER WAHLAUSGABEN FÜR DIE WAHLEN DES WALLONISCHEN PARLAMENTS, DES FLÄMISCHEN PARLAMENTS, DES PARLAMENTS DER REGION BRÜSSEL-HAUPTSTADT UND DES PARLAMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND ZUR FESTLEGUNG DER PRÜFKRITERIEN FÜR OFFIZIELLE MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN SOWIE ZUM SONDERGESETZESVORSCHLAG ZUR REFORM DER FINANZIERUNG DER GEMEINSCHAFTEN UND DER REGIONEN, ZUR ERWEITERUNG DER**

**STEUERAUTONOMIE DER REGIONEN UND ZUR FINANZIERUNG DER NEUEN ZUSTÄNDIGKEITEN – DOKUMENT 177 (2012-2013) NR. 2**

## DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Sechsten Staatsreform in Bezug auf die in Artikel 77 der Verfassung angeführten Angelegenheiten – Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2 – sowie über den Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Europäischen Parlaments und zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1994 zur Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden sowie zum Sondergesetzesvorschlag zur Reform der Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, zur Erweiterung der Steuerautonomie der Regionen und zur Finanzierung der neuen Zuständigkeiten – Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2 –, die gemeinsam behandelt werden.

Nach der Berichterstattung und der Vorstellung der Gesetzesvorschläge stehen für die anschließenden Stellungnahmen zu den beiden Dokumenten jeweils 15 Minuten Redezeit pro Fraktion zur Verfügung. Falls die Regierung Stellung nehmen möchte, stehen ihr zehn Minuten zur Verfügung. Für eventuelle Erwiderungen stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Im Anschluss daran wird über die einzelnen Gutachtenvorschläge getrennt abgestimmt. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Herrn Siquet, den Bericht vorzutragen.

HERR SIQUET (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind mit Schreiben der Senatspräsidentin vom 24. Juli 2013 und mit Schreiben des Kammerpräsidenten vom 30. Juli 2013 unter Hinweis auf Artikel 78 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu dem in Senat und Kammer hinterlegten Gesetzespaket zur Vollendung der Sechsten Staatsreform Gutachtenanfragen eingegangen, die im Dokument 176 (2012-2013) Nr. 1 – Anfrage des Senats – und im Dokument 177 (2012-2013) Nr. 1 – Anfrage der Kammer – veröffentlicht sind.

Die Anfrage des Senats bezog sich auf die Abgabe eines Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Sechsten Staatsreform in Bezug auf die in Artikel 77 der Verfassung angeführten Angelegenheiten. Der Gesetzesvorschlag enthält u. a. Abänderungen zum Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, dem sogenannten DG-Gesetz. Ergänzend wurde vom Senat die Begutachtung dreier thematisch verbundener Gesetzesvorschläge bzw. Sondergesetzesvorschläge angefragt, insofern sie unter Artikel 78 des DG-Gesetzes fallen.

Die Anfrage der Kammer bezog sich auf zwei Gesetzesvorschläge bzw. Sondergesetzesvorschläge: zum einen auf den Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden, zum anderen auf den Sondergesetzesvorschlag zur Reform der Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen.

Zur Information wurden dem Parlament vom Senat und von der Kammer die zeitgleich dort hinterlegten weiteren Vorschläge zur Verfassungsrevision bzw. die Gesetzesvorschläge und Sondergesetzesvorschläge zur Vollendung der Staatsreform übermittelt.



Die in Artikel 78 des DG-Gesetzes vorgesehene Frist von 60 Tagen zur Begutachtung durch das Parlament endet für die Senatsanfrage am heutigen 23. September und für die Kammeranfrage am 30. September 2013.

Zum Inhalt der vom Senat zur Begutachtung vorgelegten Vorschläge: Mit dem Gesetzesvorschlag zur Sechsten Staatsreform werden mehrere Artikel des sogenannten DG-Gesetzes angepasst bzw. ergänzt. Ziel dieser Anpassungen ist es, die Zuständigkeiten, die mit dem ebenfalls im Senat hinterlegten Sondergesetzesvorschlag an die anderen Gemeinschaften und Regionen übertragen werden, gleichzeitig auch an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu übertragen. Die Verweise auf das Sondergesetz im DG-Gesetz werden entsprechend aktualisiert bzw. ergänzt.

Die drei anderen vom Senat zur eventuellen Begutachtung vorgelegten Gesetzesvorschläge bzw. Sondergesetzesvorschläge beziehen sich auf: erstens, den bereits erwähnten Sondergesetzesvorschlag für die Zuständigkeitsübertragungen an die anderen Gemeinschaften und Regionen; zweitens, den Gesetzesvorschlag, der u. a. Befugnisse für den öffentlichen Dienst überträgt; drittens, den Gesetzesvorschlag zur Schaffung eines Föderalen Ausschusses für Deontologie.

Zum Inhalt der von der Kammer zur Begutachtung vorgelegten Vorschläge: Der Sondergesetzesvorschlag zur Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen enthält in seinen gesetzlichen Bestimmungen keine Regelungen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Der Vorschlag eines Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung der Gesetzgebung zur Regelung der Wahlkampagne, über die Erklärung und Kontrolle der Wahlausgaben sowie der Prüfkriterien für öffentliche Mitteilungen situiert sich im Kontext des sogenannten *renouveau politique*. Er enthält formale Anpassungen aufgrund der Senatsreform sowie Änderungen in Bezug auf die Wahlausgaben, auf den reglementierten Zeitraum vor den Wahlen und die Präzisierung der Kontrolle für öffentliche Mitteilungen.

Zur Diskussion im Ausschuss: Die Anfragen auf Abgabe eines Gutachtens wurden im Unterausschuss Staatsreform und als gemeinsamer Tagesordnungspunkt gemeinsam mit Ausschuss I am 3., 10. und 16. September 2013 behandelt. Als Diskussionsgrundlage lagen dem Ausschuss eine Note der Parlamentsverwaltung und ein erster Entwurf für einen Gutachtenvorschlag vor.

Nachdem sich der Ausschuss darauf verständigt hatte, für beide Gutachtenanfragen eine gemeinsame Einleitung mit Verweis auf die Grundsatzerklärung des Parlaments vom 27. Juni 2011 zu verfassen, ansonsten jedoch getrennte Gutachten für Kammer und Senat abzugeben, konzentrierte er sich in seiner Diskussion zunächst auf die Überprüfung der Gleichbehandlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegenüber den beiden anderen Gemeinschaften, was die Zuständigkeitsübertragungen betrifft.

Der Ausschuss stellte fest, dass mit dem im Dokument 176 (2012-2013) Nr. 1 vorgelegten Gesetzesvorschlag der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfreulicherweise weitestgehend dieselben Zuständigkeiten übertragen werden wie den anderen Gemeinschaften. Technisch-legistisch erfolgt dies durch eine Anpassung der Verweise im DG-Gesetz auf das aktualisierte Sondergesetz für die anderen Gemeinschaften und Regionen. Lediglich für die Bewerbung Brüssels auf nationalem wie internationalem Niveau, die in die Zuständigkeit der Flämischen und der Französischen Gemeinschaft übergeht, fehlt in dem zu begutachtenden Gesetzesvorschlag eine entsprechende Anpassung des Verweises im DG-Gesetz auf das Sondergesetz.

Was die Ausübung der Zuständigkeiten betrifft, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung von der Wallonischen Region übertragen werden sollen, entschied sich der Ausschuss nach Beratung dafür, dies sowohl in der

Einleitung als auch in den Anmerkungen zum vorgelegten Gesetzesvorschlag des Senats zu erwähnen. Hierbei wird eine unterschiedliche Formulierung gewählt, je nachdem, ob es sich um regionale Zuständigkeiten handelt, die die Deutschsprachige Gemeinschaft schon ausübt, oder um die Ausübung von Zuständigkeiten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft schon lange einfordert, jedoch noch nicht ausübt. Konkret handelt es sich dabei um die Provinzbefugnisse. In einem Kommentar des Sondergesetzesvorschlags zur Reform der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen heißt es übrigens, dass der Gesetzgeber davon ausgeht, dass der Bereich Tourismus, der eine regionale Zuständigkeit wird, an die Deutschsprachige Gemeinschaft „durchgereicht“ wird.

Nachzulesen ist das Ergebnis dieser Feststellungen bzw. Überlegungen des Ausschusses im Gutachtenvorschlag, der als Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlicht wurde.

Bezüglich des im Dokument 177 (2012-2013) Nr. 1 hinterlegten Sondergesetzesvorschlags zur Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen stellte der Ausschuss fest, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft zwar von dessen gesetzlichen Regelungen nicht betroffen ist, jedoch in der Begründung und im Kommentar zu einigen Artikeln mehrfach erwähnt wird. Dabei lautet der Tenor, dass die Anpassung ihrer Finanzierung im Hinblick auf die Übernahme der neuen Zuständigkeiten noch erfolgen muss. Im Kommentar zu Artikel 74 des Vorschlags ist der Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sanierung der Staatsfinanzen sogar ganz präzise beziffert, und zwar mit 453.432 Euro für das Jahr 2014. Dies nahm der Ausschuss zum Anlass, in seinem Gutachtenvorschlag – Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2 – darauf hinzuweisen, dass man davon ausgeht, dass der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu leistende Beitrag auch in den kommenden Jahren im gleichen Verhältnis zu dem Beitrag stehen wird, der insgesamt von den Teilstaaten zu leisten ist.

Was die Finanzierung betrifft, entschloss sich der Ausschuss nach Beratung außerdem, eine generelle Bemerkung in die Einleitung der Gutachten aufzunehmen. Darin heißt es, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft darauf drängt, dass die Anpassung ihrer Finanzierung zeitgleich mit derjenigen der anderen Gemeinschaften und Regionen sowie unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Situation erfolgen soll.

Die weiteren von Kammer und Senat vorgelegten Gesetzes- bzw. Sondergesetzesvorschläge nahm der Ausschuss ohne weitere Bemerkungen zur Kenntnis.

Zu den in den Dokumenten 176 Nr. 2 und 177 Nr. 2 veröffentlichten Vorschlägen werden zwei formale Anpassungen vorgeschlagen: Erstens sollen jeweils die zweiten Fußnoten dieser Dokumente um einen Hinweis auf die bereits im Rahmen der Sechsten Staatsreform erstellten Gutachten des Parlaments mit den Nummern 106, 136 und 142 ergänzt werden. Zweitens, die im Dokument 176 vorgeschlagene Neuformulierung des Artikels 4 des Gesetzesvorschlags, die in Französisch verfasst ist, soll in deutscher Sprache verfasst werden.

Zu den Abstimmungen im Ausschuss: Der als Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichte Vorschlag wurde mit 7 Ja-Stimmen einstimmig angenommen. Das gleiche Abstimmungsergebnis erzielte der als Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichte Vorschlag.

Für den mündlichen Bericht wurde dem Berichterstatter einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme der Dokumente 176 Nr. 2 und 177 Nr. 2, so wie sie um die soeben vorgeschlagenen formalen Anpassungen ergänzt wurden.

Ich danke den Ausschussmitgliedern für die aktive Zusammenarbeit und der Ausschussbetreuerin für die Vorbereitung des Berichts und Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Vielen Dank, Herr Siquet, für den ausführlichen Bericht! Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion eröffnet. Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Grommes das Wort.

HERR GROMMES (*vom Rednerpult*): Werter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! In Kürze werden in Kammer und Senat Gesetzes- und Verfassungstexte verabschiedet, die die Sechste Staatsreform umsetzen. Hierdurch erhalten die Regionen und Gemeinschaften – also auch die Deutschsprachige Gemeinschaft – eine Reihe von Zuständigkeiten. Somit werden künftig viele wichtige Bereiche nicht mehr auf föderaler Ebene in Brüssel verwaltet, sondern in den Gliedstaaten selbst – für uns also hier in Eupen. Bei den neuen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelt es sich u. a. um das Kindergeld, die Krankenhausinfrastruktur, die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und den Jugendschutz. Bevor diese Gesetzestexte in Brüssel von den beiden Kammern verabschiedet werden, muss unser Parlament ein Gutachten abgeben.

Im Grunde ist der Text unseres Gutachtens eine gute Zusammenfassung: Erstens, unser Parlament begrüßt die im Gesetzespaket vorgeschlagenen Befugnisübertragungen an unsere Gemeinschaft; zweitens, wir stellen uns der Verantwortung, diese Zuständigkeiten mit den angemessenen Finanzmitteln wahrzunehmen; drittens, wir unterstreichen nochmals unsere Forderung nach einer angemessenen Vertretung in der belgischen Abgeordnetenkammer; und viertens, in unseren Augen besteht nach wie vor die Notwendigkeit, regionale Zuständigkeiten an unsere Gemeinschaft zu übertragen.

Diese Positionen vertritt unser Parlament seit Langem; zuletzt in der eindeutigen Resolution vom 27. Juni 2011. Das Parlament legt Wert darauf, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft als gleichwertiger und autonomer Teil Belgiens betrachtet und behandelt wird. Die Sechste Staatsreform und die parallel dazu geführten Verhandlungen mit der Wallonischen Region eröffnen einem Ausbau der Autonomie weitere Wege und erfordern nach wie vor eine geschlossene Haltung aller hiesigen Parteien.

Auf diesen Aspekt ist am vergangenen Dienstag der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung eingegangen und auch mein Kollege Frank hat ihn angesprochen. Nach Auffassung der CSP muss die Ausübung neuer Befugnisse, die wir durch die Sechste Staatsreform und im Rahmen der Kompetenzübertragungen von der Wallonischen Region erhalten, mit einem klar ersichtlichen Plus für die Bevölkerung verbunden sein. Die Bevölkerung muss bei der Ausübung der neuen Befugnisse im Mittelpunkt stehen und nicht etwa die Institution Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die Finanzierung der neuen Kompetenzen muss abgesichert sein, damit die Deutschsprachige Gemeinschaft in besagten Bereichen Bewährtes weiterführen und, wo das notwendig erscheint, neue Wege gehen kann.

Die zunächst im Rahmen der Sechsten Staatsreform an die Wallonische Region übertragene Zuständigkeit der Beschäftigungspolitik inklusive der entsprechenden Finanzmittel soll umgehend an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden. Das ist auch unsere Position. Die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst steht in der Verantwortung, mit den Zuständigkeiten und besonders mit den damit verbundenen Finanzen sorgfältig umzugehen – sorgfältiger jedenfalls als bisher!

Die CSP dankt ihren christdemokratischen Partnern auf föderaler Ebene, Melchior Wathélet und Benoît Lutgen von der cdH sowie Servais Verherstraeten und Wouter Beke von der CD&V. Sie haben die Deutschsprachige Gemeinschaft fortwährend unterstützt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir deren Unterstützung auch für die Übertragung der Zuständigkeiten von der Wallonischen Region erhalten werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der CSP)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Siquet das Wort.

HERR SIQUET (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegenden Gesetzespakete, über die der zuständige Parlamentsausschuss zu befinden hatte, stellen einen entscheidenden Schritt in Richtung Abschluss und Umsetzung der Sechsten Staatsreform dar.

Wie wir in der Ausarbeitung der Gutachten feststellen konnten, besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mit den für sie vorgesehenen Zuständigkeitsübertragungen in zentralen Punkten mit den anderen Gemeinschaften des belgischen Bundesstaates gleichgestellt wird. Dieser Umstand ist zu begrüßen und zeigt deutlich, dass unsere Forderung nach mehr Autonomie und Gleichbehandlung weitere Erfolge zeitigt. Dies liegt nicht zuletzt an der steten Wiederholung unserer Forderungen und der intensiven Lobbyarbeit in Brüssel, ohne die eine solche Entwicklung, wie wir sie mit der Sechsten Staatsreform erleben, nicht denkbar wäre. Wir haben es über die Jahre hinweg in den meisten Fällen verstanden, gerade bei institutionellen Fragen eine gemeinsame Position einzunehmen und auf anderen Ebenen zu vertreten. Mit „wir“ meine ich sowohl Regierung, Parlament und Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch die verschiedenen politischen Strömungen und Fraktionen, die in diesem Hause vertreten sind. Ich empfinde es als wichtiges Zeichen, dass wir in Fragen des Autonomieausbaus im Idealfall mit einer Stimme sprechen und dass sich alle beteiligten Akteure bei ihrer Vorgehensweise an einer gemeinsamen Leitlinie orientieren. Dass unser Parlament bei allen unterschiedlichen Auffassungen von Politik, die sich zwangsläufig aus den verschiedenen Weltanschauungen ergeben, bei den Forderungen an den Föderalstaat dennoch meist eine Einigung erzielt, finde ich beachtenswert. Wir vermitteln unseren Verhandlungspartnern auf föderaler Ebene somit, dass die deutschsprachigen Belgier sich in der Forderung nach Gleichstellung und mehr Verantwortung weitestgehend einig sind.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mit der Übernahme neuer Befugnisse nähert sich die Deutschsprachige Gemeinschaft dem Ziel „Belgien zu viert“ immer mehr. Dieses Schlagwort fasst, wie Sie alle wissen, die zentrale Forderung der deutschsprachigen Belgier zusammen, endlich eine faktische Gleichstellung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig, zum wiederholten Mal unsere Forderung nach einer gesetzlich garantierten Vertretung in der Abgeordnetenkammer zu erheben. Gerade in Anbetracht der Veränderungen im Senat im Zuge der diesbezüglichen Reform ist eine gesicherte Vertretung in der Kammer – dem zentralen politischen Organ des Landes – unabdingbar. Diese Position müssen wir weiterhin beharrlich vertreten und ins Land tragen. Die SP-Fraktion begrüßt, dass die begründeten Gutachten einen Passus beinhalten, der genau diesen Punkt in aller Deutlichkeit in Erinnerung ruft.

Wie aus den Gutachten hervorgeht, sieht die Staatsreform vor, gewisse institutionelle Veränderungen, zum Beispiel die Übernahme von Zuständigkeiten der Wallonischen Region und der Provinz, auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Dies mag aus Sicht unserer Partner einen strategischen Sinn ergeben, weil sie die Verhandlungen zwischen Regionen und Föderalstaat als dringlicher erachten. Schließlich können nur Zuständigkeiten und damit einhergehende Mittel abgegeben werden, wenn klar ist, welche Töpfe die Regionen im zukünftigen Belgien verwalten werden. Mit der Staatsreform wird diese Position aber zwangsläufig verschwinden, denn diese „historische Einigung“ schafft Klarheit über Kompetenzen und Zuständigkeiten von Föderalstaat und Gemeinschaften. Das bedeutet, dass es nun an der Zeit ist, auch unsere Forderungen an die Adresse der Wallonischen Region und die Provinz mit Nachdruck zu erneuern. Dies bedeutet jedoch auch, dass die Verankerung eben dieser Forderungen in den vorliegenden Gutachten ein wichtiges Signal an unsere Partner innerhalb des belgischen Föderalstaates darstellt. Es soll nicht der Eindruck entstehen, wir würden uns mit der Übernahme der vereinbarten Zuständigkeiten zufriedengeben. Das Gegenteil ist der Fall. Wir fordern den Autonomieausbau nicht als Selbstzweck. Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, dass niemand die Belange der deutschsprachigen Belgier besser zu regeln vermag als wir selbst. Gerade

vor dem Hintergrund unserer Geschichte und unserer Sonderrolle im belgischen Staatsgefüge sind wir es den Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft schuldig, für uns einen maßgeschneiderten institutionellen Rahmen zu fordern, der es uns ermöglicht, ein verlässlicher, aber weitgehend autonomer Partner in einem Belgien zu viert zu sein. Ich betone gerne erneut, dass wir gewillt, bereit und in der Lage sind, mit angemessenen Finanzmitteln und Finanzierungsmöglichkeiten jedwede uns zugestandene Zuständigkeit wahrzunehmen, und zwar besser, als jeder andere dies für uns tun könnte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie aus den Gutachten hervorgeht, nimmt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die vorgeschlagenen Veränderungen betreffend die Wahlgesetzgebung zur Kenntnis. Im Lauf der Ausschussberatungen konnte kein Hindernis ausgemacht werden, das uns dazu veranlassen würde, die vorgeschlagene Marschroute in Frage zu stellen. Vielmehr befürworten wir die vorgesehenen Reglementierungen für den Zeitraum vor den Wahlen, betreffend die Wahlausgaben und die Präzisierung der Kontrolle für öffentliche Ausgaben. Wir begrüßen allgemeingültige Entscheidungen, die Vereinfachungen und mehr Transparenz herbeiführen. Dies bringt einen erkennbaren Mehrwert für die Bürger mit sich und schafft gleichzeitig absolute Klarheit für alle politischen Akteure in Gemeinschaft, Region und Föderalstaat. Ähnlich verhält es sich mit dem Vorschlag, einen föderalen Ausschuss für Deontologie einzusetzen. Der zuständige Parlamentsausschuss sieht keinen Grund, sich gegen eine solche Initiative auszusprechen.

Es sei jedoch in beiden Fällen versichert, dass wir die diesbezüglichen Entwicklungen intensiv verfolgen und gegebenenfalls auf entstehende Probleme hinweisen werden. Dies sind wir den Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft schuldig. Der sich daraus ergebenden Verantwortung werden wir gerecht werden.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich die prinzipielle Bereitschaft der SP-Fraktion unterstreichen, konstruktiv und aktiv an der Umsetzung der Sechsten Staatsreform mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund möchte ich auch darauf hinweisen, dass heute im zuständigen Senatsausschuss die Verhandlungen über die Staatsreform begonnen haben, und zwar mit dem Thema der Senatsreform. Ab dem morgigen Tag werde ich mich intensiv an diesen Ausschussberatungen beteiligen und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in regelmäßigen Abständen, entsprechend den offiziell kommunizierten Fortschritten, informieren.

Wir sind uns der historischen Tragweite dieser Reform bewusst und sehen sie als Chance, die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch in Zukunft voranzutreiben. Bekanntlich sind wir noch nicht am Ziel unserer Wünsche angelangt. Noch ist unsere Idee von einem Belgien zu viert keine unverrückbare institutionelle Realität geworden. Mit der Zuerkennung der konstitutiven Autonomie sind wir dieser Vorstellung jedoch einen großen Schritt nähergekommen. Mit der Übernahme neuer Zuständigkeiten bewegen wir uns weiter in diese Richtung. Gerade diese Erfolge sollten uns Mut machen, an unseren Forderungen festzuhalten, diese stets an die aktuellen Entwicklungen anzupassen und eventuell zu erweitern. Die vorliegenden Gutachten folgen dieser Logik der Zustimmung bei gleichzeitiger Erinnerung an die noch offenen legitimen Forderungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Aus diesem Grund stimmt die SP-Fraktion vorliegenden Gutachten vorbehaltlos zu.

*(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Herr Braun das Wort.

HERR BRAUN *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung! Wir behandeln heute zwei Gutachten im Rahmen der Sechsten Staatsreform. Da weitestgehend Einigkeit in dieser Sache herrscht und ich Wiederholungen an diesem Rednerpult vermeiden möchte, lege ich meinen Schwerpunkt heute auf die Analyse einer Vereinbarung, die kürzlich zwischen den

vier frankofonen Parteien Belgiens getroffen wurde. Der Ministerpräsident hat das Thema schon angesprochen. Besagte Vereinbarung ist wichtig, weil an zahlreichen Stellen explizit von der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Rede ist. In Flandern hat diese Vereinbarung mit dem schmeichelhaften Namen *Accords de la Sainte-Emilie* für Irritationen gesorgt.

Worum geht es? Durch die Sechste Staatsreform werden föderale Kompetenzen auf drei Arten an die Regionen und Gemeinschaften übertragen. Manche Zuständigkeiten gehen an die Regionen, zum Beispiel im Bereich der Beschäftigung; manche Zuständigkeiten gehen an die Gemeinschaften, zum Beispiel im Bereich der Gesundheitspolitik. Wieder andere Zuständigkeiten gehen an die Gemeinschaften, außer auf dem Gebiet Brüssel-Hauptstadt, denn dort werden Letztere an die Gemeinsame Gemeinschaftskommission COCOM übertragen. Bestes Beispiel hierfür ist das Kindergeld. Hinzu kommt noch die Umschichtung zwischen Gemeinschaften und Regionen im Bereich Tourismus.

Die Aufwertung der COCOM durch den Erhalt verschiedener Kompetenzen bedeutet mathematisch eine Abwertung der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft. Man könnte sagen: Punktsieg für die Regionalisten. Interessant ist aber, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft dadurch in keiner Weise geschwächt wird. Im Gegenteil, bekanntlich kommen bedeutende Zuständigkeiten und finanzielle Mittel auf sie zu und Vorhandenes wird nicht eingeschränkt.

In der neuen Vereinbarung haben nun die frankofonen Parteien festgelegt, wie sie die Umsetzung der Sechsten Staatsreform in der Wallonie und in Brüssel ausprägen werden. Ein berechtigter Kritikpunkt, der vor allem Brüssel betraf, war nämlich folgender: Für manche Kompetenzen ist dort die Region zuständig, für manche die Französische Gemeinschaft, für andere die COCOF und für wieder andere die COCOM. Ich rede hier aus Sicht der frankofonen Brüsseler. Für den Bürger ist das Ganze nicht mehr zu durchschauen, es sei denn, er ist zufällig Staatsrechtler oder Politologe.

Einige Bereiche der Sozialpolitik sind im Jahr 1993 von der Französischen Gemeinschaft an die Wallonische Region und an die COCOF, die Französische Gemeinschaftskommission in Brüssel, übertragen worden. Für die frankofonen Parteien stellt sich folglich nun die Frage, ob die im Zuge der Sechsten Staatsreform zu übertragenden neuen Kompetenzen in personenbezogenen Materien in der Französischen Gemeinschaft bleiben sollen oder genau den gleichen Weg gehen wie die aus dem Jahr 1993. Dies geschieht über Artikel 138 der Verfassung, dessen Zwillingbruder Artikel 139 wir ja zur Genüge kennen, geht es darin doch um die Übertragung von Regionalkompetenzen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die vier frankofonen Parteien waren sich ziemlich schnell einig, dass diese neuen Gemeinschaftskompetenzen den gleichen Weg gehen sollen wie ihre Vorgänger. Mit anderen Worten, die Französische Gemeinschaft wird über Artikel 138 der Verfassung im direkten Anschluss an die Sechste Staatsreform analog zu den Vorgängen von 1993 ihre neu erworbenen Kompetenzen an die Wallonische Region und an die COCOF übertragen. Dieser Vorgang ist natürlich die perfekte Vorlage für die Übertragung der neuen Beschäftigungszuständigkeiten über Artikel 139 von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft. Das leuchtet jedem ein und dieses Argument sollten wir nutzen.

Die Sainte-Emilie-Vereinbarung beinhaltet aber noch einen weiteren wichtigen Aspekt: Nach dem Willen der Parteien sollen alle Dienste, die mit den personenbezogenen Leistungen zu tun haben, pro Sprachgebiet in einer einzigen Einrichtung öffentlichen Interesses zusammengefasst werden. Ziel ist es, dass die Nutznießer für alle relevanten Dienstleistungen nur noch einen einzigen Ansprechpartner haben. Dieser soll sich um alle Formalitäten innerhalb des Sprachgebiets kümmern, wäre aber auch zuständig, wenn zum Beispiel ein Brüsseler in ein Altenheim ziehen möchte, das in der Wallonischen Region liegt. Heute werden diese Dienste teilweise von Einrichtungen öffentlichen Interesses wie

der AWIPH erbracht, teilweise aber auch von den Diensten des Ministeriums. Die Loslösung von den Ministerien hat zum Ziel, den Sozialpartnern, den Kooperationspartnern und den Vertretungen der Dienstleistungsempfänger mehr Mitspracherecht zu geben. Alle diese Akteure sollen in den Aufsichtsorganen der Einrichtung öffentlichen Interesses vertreten sein, und zwar zahlreicher als die Vertreter der Politik, wobei die Regierungskommissare nach wie vor ein Vetorecht behalten sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bis hierher danke ich für Ihre Aufmerksamkeit, bin aber noch nicht fertig.

*(Gelächter)*

Ich möchte nun doch noch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zu sprechen kommen. In der Sainte-Emilie-Vereinbarung wird die Deutschsprachige Gemeinschaft ganze sieben Mal explizit genannt, und zwar immer dann, wenn – aus Sicht der frankofonen Parteien – die Deutschsprachige Gemeinschaft eingeladen werden kann, sich der vorgeschlagenen Vorgehensweise anzuschließen. Die Frankofonen sind sich also bewusst, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft eigenständig entscheiden kann, so wie auch die Wallonische Region und die Brüsseler Institutionen unterschiedlich entscheiden können. Aber die Vereinbarung sagt ausdrücklich, dass sie eine Harmonisierung der Einrichtungen und Vorgehensweisen im Interesse der Bürger als wünschenswert erachtet. Die ECOLO-Fraktion schlägt vor, dass wir dieses Thema in den sogenannten Fünfparteiengesprächen vertiefen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Abschließend möchte ich klarstellen, dass die vier frankofonen Parteien mit ihrer Vereinbarung natürlich nicht ein Belgien der vier Regionen im Sinn hatten. Auslöser der Überlegungen war, wie gesagt, die Vereinfachung der Strukturen in Brüssel, zumindest aus der Sicht des Bürgers. Die Entwicklung hin zu einem Belgien zu viert ist etwas, was die Frankofonen nicht in ihrem Herzen tragen. Damit müssen wir leben. Aber alles, was sie zur Aufwertung Brüssels als eigenständige Region tun, hat notwendigerweise Konsequenzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Gutachten stimmt die ECOLO-Fraktion selbstverständlich zu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ECOLO)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die PFF-Fraktion spricht nun Frau Katrin Jadin.

FRAU K. JADIN *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Zunächst möchte ich Herrn Siquet für seinen hervorragenden und realitätsgetreuen Bericht danken. Auch ich habe an den Sitzungen des Unterausschusses zur Staatsreform teilgenommen, der die vorliegenden Gutachten ausgearbeitet hat, und war sehr erfreut über die parteiübergreifend sehr konstruktiv geführte Debatte, für die ich mich bei den Ausschusskollegen bedanken möchte.

Werte Kollegen, auch der Ausschuss für Verfassungsrevision der Kammer, dem ich in meiner Funktion als Föderalabgeordnete angehöre, befasst sich seit heute mit den Gesetzesentwürfen zur Staatsreform. Deshalb war es umso wichtiger, dass sich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon vorab mit den Themen der Sechsten Staatsreform befassen konnte, die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Besonderen betreffen.

Die Sechste Staatsreform soll, wie Sie wissen, voraussichtlich Ende November in beiden föderalen Kammern verabschiedet werden. Bis es so weit ist, werden die Abgeordneten und Senatoren noch ein ganzes Stück Arbeit leisten müssen. Teile dieser Staatsreform sollen schon 2015 greifen können. Gerade deshalb müssen sich die gliedstaatlichen Körperschaften unseres Landes optimal und vorausschauend auf diese Reform vorbereiten. Dabei brauchen sie Durchblick und Weitsicht.

Parlament und Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeiten hier sehr vorbildlich. Dies wird mir immer wieder von meinen frankofonen und flämischen Kollegen in Kammer und Senat bestätigt.

Die PFF-Fraktion begrüßt, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bei den vorgeschlagenen Zuständigkeitsübertragungen den anderen Gemeinschaften in nahezu allen Belangen gleichgestellt wird. Trotzdem war es für uns Liberale in diesem Zusammenhang besonders wichtig, abermals an unsere gemeinsame Grundsatzerklärung zur Staatsreform vom 27. Juni 2011 zu erinnern. Denn ja, werte Kolleginnen und Kollegen, auch die Deutschsprachige Gemeinschaft ist bestens auf weitere Kompetenzübertragungen vorbereitet, insofern sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln einhergehen. Dies gilt für Übertragungen sowohl von der föderalen Ebene, als auch von der regionalen Ebene.

In diesem Sinne war es nach Ansicht der PFF notwendig – sozusagen als kleine Gedächtnisstütze für Brüssel –, in den vorliegenden Gutachtenvorschlägen erneut an unsere Forderung nach einer garantierten Vertretung in der Kammer und nach Übertragung der regionalen Zuständigkeiten im Urbanismus, im sozialen Wohnungsbau und in Sachen untergeordnete Behörden zu erinnern.

Die gesetzlichen Regelungen über die künftige Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind allerdings noch nicht in dem zur Staatsreform hinterlegten Paket enthalten. Wir Liberalen nehmen dies zur Kenntnis. In diesem besonders relevanten Punkt wird nun in den kommenden Wochen und Monaten besondere Aufmerksamkeit von Nöten sein, da jede Kompetenzübertragung, die nicht mit den entsprechenden finanziellen Mitteln einhergeht, äußerst schwierig zu stemmen sein wird. Wir plädieren deshalb für eine möglichst zeitgleiche Regelung der künftigen Finanzierung.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt darüber hinaus den Zuständigkeiten, die in den Bereichen Beschäftigung und Tourismus von der föderalen Ebene an die Regionen übertragen werden. Da die Deutschsprachige Gemeinschaft in diesen Ressorts schon eine Reihe von Zuständigkeiten ausübt, ist es sehr wichtig, dass die neuen Befugnisse und die entsprechenden Mittel möglichst zeitnah von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen werden.

Interessant ist, dass im Zuge der Sechsten Staatsreform auch die letzte noch verbliebene föderale Befugnis in Provinzangelegenheiten an die Regionen übertragen wird. Dafür habe ich schon lange plädiert, d. h. schon am Ende der Legislaturperiode 2007-2010, als die Revision der Verfassung beschlossen wurde. Diese Befugnisverlagerung eröffnet uns Deutschsprachigen bald die Möglichkeit, ausschließlich mit der Wallonischen Region über die Übertragung der Provinzbefugnisse zu verhandeln.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie verstanden haben werden, trägt die PFF-Fraktion im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle diese Gutachten mit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Mitglieder von Regierung und Parlament, sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Vorab eine grundlegende Anmerkung zur Position unserer Fraktion zur Sechsten Staatsreform: Unseren Standpunkt haben wir hier im Juni 2011 klar und unmissverständlich dargelegt. Anscheinend so klar, dass der Ministerpräsident uns nicht einmal zu einem Gespräch eingeladen hat, wie er es mit anderen Parteien geführt hat. Unsere Botschaft ist also angekommen!

Dieses in der Regierungserklärung erwähnte Fünfparteiengespräch hat also unter Ausschluss von VIVANT stattgefunden. Das ist eine Sache. Zu sagen, dass es sich bei den fünf anderen Parteien um die „verantwortungsbewussten und -bereiten Parteien“ handelt, ist eine ganz andere Sache.



Ist es verantwortungsbewusst, zu allem Ja und Amen zu sagen, was uns von Brüssel vorgelegt wird? Ist es verantwortungsbewusst, eine Staatsreform gutzuheißen, die aufgrund des Drucks der EU den Sparzwang in belgisches Gesetz einbaut? Ist es verantwortungsbewusst, von den belgischen Steuerzahlern noch mehr zu fordern, obwohl sie bereits jetzt zu den am höchsten besteuerten Europäern gehören? Nein, meine Damen und Herren, das ist verantwortungslos! Oft debattieren wir im Parlament über die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die zu Recht kritisiert werden. Viel zu wenig reden wir jedoch über die Inlandsbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Wohin Ihre Beziehungen ins belgische Inland geführt haben, macht folgende kleine Anekdote deutlich: Vor zwei Monaten war ich bei einem Bekannten im flämischen Gent. Wir besuchten einen regionalen Wochenmarkt und kamen dort mit einigen Bürgern ins Gespräch. Ein etwas älterer Mann reagierte sofort, als er hörte, dass ich aus Ostbelgien komme und sagte: „Wart ihr das nicht, die wegen BHV den Interessenkonflikt gegen uns Flamen angezettelt habt“? Der Mann hatte das offenbar nicht vergessen. VIVANT hatte damals vor dem Interessenkonflikt gewarnt und hatte dagegen gestimmt. BHV ging unserer Ansicht nach die Deutschsprachige Gemeinschaft nichts an. Abgesehen davon hat die ganze Prozedur bekanntlich nichts gebracht. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat diesen Interessenkonflikt jedoch vorgeschlagen und verteidigt. Erinnern Sie sich noch an die Kranzniederlegung von flämischen Aktivisten vor dem Parlamentsgebäude in Eupen? Diese Bilder haben im Inland für Unverständnis gesorgt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft, meine Damen und Herren, hätte sich damals aus dem Problem heraushalten müssen. Mit der größten Bevölkerungsgruppe im eigenen Land fängt man keinen unnötigen Stress an.

Eine andere Begebenheit betrifft unser Verhältnis zur Wallonischen Region: Sie erinnern sich sicherlich, was der damalige Kammerpräsident und bekannte PS-Politiker Flahaut in einem *Grenzecho*-Interview vor zwei Jahren auf eine Frage zur vierten Region geantwortet hat: „Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte aus pragmatischen Erwägungen lieber auf Kooperationsabkommen mit anderen Teilstaaten setzen, das ist kostengünstiger.“ Das sagt ein Sozialist! In einem BRF-Interview bemerkte er sogar zum gleichen Thema, „dass man zurzeit andere Probleme habe“.

Meine Damen und Herren, diese Aussagen machen deutlich, dass das Verhältnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu anderen Landesteilen zurzeit nicht besonders gut ist. Auch die schleppenden Verhandlungen mit der Wallonischen Region belegen dies.

Ich schildere Ihnen noch eine andere Situation, die voller Symbolkraft steckt: Wenn bei der Föderalregierung in Brüssel ein Arbeitstreffen mit den Ministerpräsidenten der Gemeinschaften und Regionen stattfindet und diese mit ihren Chauffeuren und Dienstwagen ankommen, dann muss der aufmerksame Beobachter feststellen, dass der Ministerpräsident des kleinsten Gliedstaates mit einem größeren und weitaus teureren Fahrzeug vorfährt als der Premierminister des Landes. Herr Lambert wird in seinem teuren A8 vorgefahren und Herr Di Rupo in einem kleineren A6. Das ist völlig unpassend, meine Damen und Herren! Das Bild, das damit vermittelt wird, stimmt nicht nur mich nachdenklich, sondern auch viele Mitbürger im Inland nehmen Anstoß daran. Stichwort „Bescheidenheit“. Was glauben Sie denn, wenn in einigen Wochen Vertreter anderer Gemeinschaften den Prunkbau am Kehrweg erblicken, was dann in der nationalen Presse zu lesen sein wird? Das wird keine Werbung für die Deutschsprachige Gemeinschaft sein. In Krisenzeiten sollte Maßhalten die Prämisse sein.

Wenn dann im vorliegenden Gutachten erneut der berühmte Satz steht – Herr Siquet hat diese prophetische Äußerung eben wiederholt – „Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist bereit, gewillt und in der Lage, mit jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten wahrzunehmen“, stelle ich mir schon einige Fragen. Was bedeutet eigentlich „angemessene Finanzmittel“? Durch die Staatsreform

werden die Mittel der Deutschsprachigen Gemeinschaft knapper. Bekanntlich werden zusammen mit den Zuständigkeiten gerade einmal 87 % der Mittel an die Teilstaaten übertragen. Dies hat nicht zuletzt mit der EU-Gesetzgebung zu tun, denn die EU hält auch Belgien zu weiteren Sparmaßnahmen an! Die Föderalregierung zieht sogar in Erwägung, erneut „Tafelsilber“ zu verkaufen, und zwar in Form von Firmenbeteiligungen. So stand es vergangene Woche in der Presse.

Wo soll denn weiteres Geld herkommen? „Aus der Provinz“, wird Herr Velz antworten. In dem Punkt stimme ich der ProDG, wenn auch nur im Ansatz, ausnahmsweise einmal zu. Nur im Ansatz, weil das Geld aus der Provinz dann volkswirtschaftlich gesehen an anderer Stelle fehlen wird. Außerdem erhält die Deutschsprachige Gemeinschaft von anderen Landesteilen bekanntlich weitaus mehr, als hierzulande an Steueraufkommen erwirtschaftet wird. Bereits heute stehen wir mit dem bestehenden Finanzierungsgesetz gar nicht so schlecht da, denn wir erhalten prozentual weitaus mehr als andere Gemeinschaften. Es wäre also klug, Bescheidenheit zu zeigen, statt erneut überzogene Forderungen zu stellen.

Mit „Finanzierungsmöglichkeiten“ meinen Sie wahrscheinlich die Möglichkeit, eigene Steuern zu erheben. Meine Damen und Herren, soll der Bürger noch mehr zur Kasse gebeten werden, nur damit die Träume einer vierten Region wahr werden? Wir können nur hoffen, dass niemand in Brüssel und Namür dies wörtlich nimmt und in die Tat umsetzt.

Im Gutachten steht etwas diskreter ein interessanter Nebensatz. Da heißt es bezüglich der Anpassung des Gesetzes über die institutionelle Reform, dass „die Anpassung unter der spezifischen Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgen sollte“. Logisch, werden Sie sagen. Gleichzeitig ist man sich aber schon bewusst, dass eine Gleichstellung so einfach nicht geht. Ich habe mich im Ausschuss im Zuhören geübt und mich an dieser Diskussion nicht beteiligt. Interessant war, dass einige Ausschussmitglieder mahnten, wir sollten Acht geben, wie wir dies formulieren. Man kann keine Gleichstellung fordern und gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir aufgrund unserer Größe einen anderen prozentualen Verwaltungsaufwand haben. Man ist sich im Parlament also durchaus bewusst, dass dies politisch gewagt ist. Das ganze Getöse um die vierte Region ist auch ein Spiel, und zwar ein sehr gewagtes. Das kann ganz schön schiefgehen, und das wäre schade für die Autonomie.

Was wir auch in dieser Angelegenheit brauchen, meine Damen und Herren, ist ein Vorbild, das uns Bescheidenheit und Maßhalten zeigt. Das sieht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft jedoch bekanntlich anders aus. Wenn die circa 200 Millionen Euro, die die Deutschsprachige Gemeinschaft erhält, vernünftig verwaltet und investiert würden, dann stünden die Zuständigkeitsbereiche Kultur, Unterrichtswesen, Soziales usw., die wir dank der Autonomie verwalten, finanziell auf gesunden Beinen und es würde uns gut gehen. Aber es läuft halt anders: Man will hier mit den Großen mitspielen, fährt eine größere Staatskarosse als der Premierminister, leistet sich fünf Chauffeure für vier Minister, baut Verwaltungsgebäude, deren Kosten die Budgets sprengen, und feiert Feste, die von den Bürgern zu Recht kritisiert werden. Vielleicht spielt dabei die Vergangenheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine größere Rolle, als manche glauben, und vielleicht sind manche Wunden noch nicht verheilt.

Wenn in der Wallonischen Region und in Flandern bekannt wäre, wie die amtierende Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit Jahren mit belgischen Steuergeldern umgeht! Wir können nur hoffen, dass man dort die Grundsatzerklärung unseres Parlaments von 2011 und das vorliegende Gutachten nicht wörtlich nimmt.

Innenpolitisch hat die Mehrheit in diesem Haus nicht immer vernunftbetont gehandelt. Das Gegenteil war manchmal der Fall, auch wenn Herr Lambertz in seiner Regierungserklärung von Symbolen und Wappen spricht. Meine Damen und Herren, das Wort des Bürgers auf der Straße ist für uns wichtiger als ein Wappen an einer Wand. Die Zeiten, in

denen Wappen und Symbole von Bedeutung waren, sind hoffentlich längst vorbei. Das hoffe ich wirklich, denn oft habe ich den Eindruck, dass einige Kollegen immer noch in der Vergangenheit leben. Sie machen heute immer noch eine Politik, bei der es mehr um Symbole, Status, Posten und Hierarchien geht. Diese Politik geht an den Bedürfnissen der Bürger vorbei. Eine solche Politik gehört schon morgen der Vergangenheit an, meine Damen und Herren! Die Politik von morgen wird sich auf den Menschen konzentrieren müssen!

Kollegen und Kolleginnen, die VIVANT-Fraktion empfiehlt dem Autor dieses Dokuments, den für Finanzen zuständigen Minister zu fragen, welche konkreten Themen der Premier und die Ministerpräsidenten der Teilstaaten im Rahmen der Gespräche über die Staatsreform und die Haushaltssanierung erörtert haben und womit die Deutschsprachige Gemeinschaft konkret rechnen muss. Welche Rolle spielen dabei die von der EU vorgegebenen Sparschwänge? Was bedeutet es, wenn es in der Regierungserklärung heißt, dass diese Vorgaben in nationales belgisches Recht umgesetzt werden müssen? Es geht hier nicht um eine Schuldenbremse, sondern um etwas anderes!

Meine Damen und Herren, aus Verantwortungsgefühl und weil wir für eine starke Deutschsprachige Gemeinschaft, für eine starke Kulturautonomie und für einen starken, finanziell unabhängigen Föderalstaat sind, wird die VIVANT-Fraktion gegen diese Gutachten stimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei VIVANT)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder von Regierung und Parlament! Ich habe mir gerade überlegt, ob ich überhaupt noch ans Rednerpult treten soll, denn Herr Balter scheint ja schon zu wissen, was ich sagen wollte. Außerdem gehöre ich zu der Gruppe der Über-60-Jährigen und bin in seinen Augen wahrscheinlich auch ein Stück Vergangenheit ... *(Gelächter)* ... Ich persönlich sehe das nicht so ...

HERR BALTER *(aus dem Saal)*: Ich auch nicht!

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: ... sondern kann sagen, dass ich die Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit rund fünfzig Jahre bewusst mitverfolgt habe – mal weniger und mal mehr aktiv –, was mein Vorredner nicht von sich behaupten kann. Ich behaupte sogar, dass er überhaupt nicht verstanden hat, was sich in diesen 50 Jahren alles zugetragen hat, und dass er einen erhöhten Nachholbedarf an Lektüre hat.

HERR BALTER *(aus dem Saal)*: Ich verstehe aber wohl, was jetzt läuft! Das verstehe ich sehr gut!

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt und der Herr Präsident meines Wissens auch nicht!

Ich habe schon mehrfach an dieser Stelle gesagt, dass ich den Werdegang der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit der ersten Staatsreform zu Beginn der 1970er-Jahre insgesamt als Erfolgsstory werte. Noch sehr gut und sehr klar habe ich das beglückende und befreiende Gefühl in Erinnerung, als uns Deutschsprachigen vor 50 Jahren nach mehr als 20 Jahren versuchter Assimilierung mit den Sprachengesetzen die Grundlage unserer Autonomie zugesprochen und einige Jahre später die deutsche Sprache als dritte Landessprache sogar in der Verfassung verankert wurde. Ich war damals ein junger Student, und das Schöne war, dass man sich Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre als deutschsprachiger Student in Lüttich voll und ganz verstanden fühlte, denn genau zu diesem Zeitpunkt hatte in Kanada die Autonomiebewegung für das französischsprachige Quebec ihren Höhepunkt erreicht. Gerne erinnere ich mich daran, dass ich zusammen mit

französischsprachigen Freunden in Lüttich „*Pour un Quebec libre*“ demonstriert habe. Dem Bestreben der Frankokanadier galt damals unsere ganze Sympathie. Logischerweise gestanden meine frankofonen Kommilitonen mir und den deutschsprachigen Belgiern damals ohne Wenn und Aber das gleiche Recht zu. War das eine schöne Zeit!

(Gelächter)

HERR SERVATY (aus dem Saal): *Gaudeamus igitur!* Lasst uns also fröhlich sein!

(Gelächter)

HERR VELZ (vom Rednerpult): *Gaudeamus igitur* gab es auch. Daran erinnere ich mich genauso gerne und Herr Franzen ganz bestimmt auch!

(Allgemeines Gelächter)

HERR SERVATY (aus dem Saal): Jetzt ist es amtlich, Kollege Franzen!

(Zwischenruf von Herrn Franzen und Gelächter)

HERR VELZ (vom Rednerpult): Also, es war eine schöne Zeit, und ich denke manchmal mit Wehmut daran zurück, denn heute kann ich mich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, dass manch junger wallonischer Politiker, ja sogar manch junger wallonischer Verantwortungsträger von der damaligen Sympathie für die frankofone Minderheit in Kanada nichts zu wissen scheint und sie erst recht nicht nachfühlen kann. Anders kann ich mir, vorsichtig ausgedrückt, die Zurückhaltung verschiedener junger Verantwortungsträger im Umgang mit unseren Forderungen nach Kompetenzübertragungen nicht erklären. Es besteht also nicht nur bei Herrn Balter, sondern auch dort noch Aufklärungsbedarf.

Ich bitte Sie jedoch ausdrücklich darum, mich jetzt nicht falsch zu verstehen! Es geht nicht um Vorwürfe oder Schuldzuweisungen. Je älter ich werde, desto häufiger versuche ich mich an die alte indianische Weisheit zu halten, die besagt, dass man nicht über einen anderen Menschen urteilen soll, bevor man nicht ein Jahr in seinen Mokassins gelaufen ist. Aus diesem Grund kann und will ich jüngeren Menschen nicht vorwerfen, dass sie meine Erfahrungen nicht haben – diesen Vorwurf mache ich auch Ihnen nicht, Herr Balter – und dass sie beispielsweise meine Begeisterung für unsere Autonomie nicht teilen. Schließlich sind sie ja in diese Autonomie hineingeboren worden, haben sie deshalb nie entbehren und auch nicht dafür kämpfen müssen. Ich kann also nur versuchen, Herr Balter, Ihnen den Mehrwert der Autonomie für uns, aber auch für die anderen Teilstaaten und für ganz Belgien näherzubringen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich ganz ausdrücklich, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die anstehenden Jubiläen vor allem mit Informationen in Form von Ausstellungen, Gedenkschriften und Festakten feiert – ich betone „feiert“ –, denn die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „feiern“, die Sie im etymologischen Wörterbuch nachlesen können, heißt „festlich erinnern“ oder auch „gebührend würdigen, zelebrieren“. Im Portugiesischen sagt man dazu *comemorar* – zu Deutsch: sich erinnern, in der Erinnerung hochleben lassen. Und wer sollte etwas dagegen haben, wenn sich zum würdigen Gedenken auch noch die landläufige Bedeutung des Wortes „feiern“, nämlich „sich freuen, es gut haben und ein Glas trinken“, dazugesellt?

Die Väter des belgischen Föderalismus haben vor fast 50 Jahren mit der territorialen Aufteilung Belgiens in vier Sprachgebiete erkannt, dass Sprache und Kultur die einzig wirklich solide Grundlage für ein gut und gerecht funktionierendes Gemeinwesen sind. Übrigens hat uns dies der Brüsseler Philosophieprofessor Vincent de Coorebyter vor zwei Jahren deutlich bestätigt, als wir – die meisten oder etliche von Ihnen waren dabei – ihn im Zentrum für sozio-politische Forschung und Information CRISP in Brüssel besucht haben, dessen Vorsitzender er damals noch war. Die Grundidee des belgischen Föderalismus geht von der Idee eines Belgiens zu viert aus. Wie es dazu kam, dass diese Grundlage

irgendwann für längere Zeit verschollen war, dass sie unter den Trümmern verschiedener Experimente, Verzettelungen oder Verzögerungen vergraben lag, ist eine lange Geschichte voller Missverständnisse, Widerstände, ja sogar von Egoismen und eitlem Machtgehabe.

Umso erfreulicher ist es, dass der Gedanke an ein Belgien der vier Wirklichkeiten in den letzten Monaten und Jahren wieder mehr Befürworter gefunden hat, auch wenn man noch nicht ganz aus allen Sackgassen früherer Staatsreformen herausgefunden hat und der Weg zurück zu der Vision der Gründerväter der ersten Staatsreform noch weit ist. Aber immerhin scheint die Richtung wieder zu stimmen. Herr Braun hat eben das Abkommen zwischen den frankofonen Parteien angesprochen, das genau genommen in die gleiche Richtung geht.

Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach betont, dass die Autonomie, die wir im Laufe der vergangenen vier Jahrzehnte erhalten und ausgebaut haben, nie ein Selbstzweck gewesen ist. Heute streben wir sie noch viel selbstbewusster an als früher, weil wir anhand vieler Beispiele belegen können, dass wir durch Eigenständigkeit die Lebensumstände unserer Bevölkerung schrittweise immer weiter haben verbessern können. Ja, es ist sogar schmeichelhaft für uns und unsere Autonomie, dass sich Politiker aus dem Inland, Politiker anderer Gemeinschaften und Regionen hier das eine oder andere abschauen kommen.

Die Sechste Staatsreform, zu der uns einige Gesetzesentwürfe zur Begutachtung vorgelegt wurden, bringt uns noch nicht das Belgien zu viert, aber sie bringt uns einen Schritt weiter in diese Richtung. Technisch-juristisch – auch das ist eben angeklungen – dürfte es in Zukunft einfacher werden, Zuständigkeitsübertragungen wie etwa die der Provinz an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu vermitteln, weil diese Zuständigkeit ja an die Wallonische Region mit übertragen wird. Ob es auch politisch einfacher werden wird, steht nicht in den Texten. Das hängt ganz und gar von der eben beschriebenen Offenheit und dem guten Willen der Verhandlungspartner ab. Es wird auch davon abhängen, ob wir unseren Verhandlungspartnern klarmachen können, dass die Übertragung von Zuständigkeiten für beide Seiten ein Gewinn ist. Als kleinstem Gliedstaat fehlen uns zwar in einigen Bereichen die berühmten Skaleneffekte, dafür haben wir aber die Möglichkeit, Bestehendes zu vereinfachen, zu entbürokratisieren und gerade aufgrund unserer Nähe zur Basis durch maßgeschneiderte Lösungen, kurze Dienstwege und einen höheren Beteiligungsgrad effizienter, das heißt wirkungsvoller zu arbeiten.

Grundvoraussetzung dafür ist, dass unsere Verhandlungspartner bereit sind, gemeinsam mit uns kohärente Zuständigkeitspakete zu schnüren. Die Fünfparteiengespräche in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben bisher gezeigt, dass die feste Absicht besteht, unseren Nachbarn von Eupen aus den größtmöglichen Konsens zu signalisieren.

Unser aller Aufgabe ist es, für ein Miteinander auf Augenhöhe im belgischen Staat zu werben, Blockaden aufzulösen und Verständnis für unsere Bemühungen zu wecken – jeder dort, wo er sensibilisieren und Einfluss nehmen kann. Die Texte zur Umsetzung der Sechsten Staatsreform bieten einiges an Möglichkeiten. Wie weit sie ausgeschöpft werden können, ist der Offenheit, der ehrlichen Weitsicht und dem guten Willen der Politiker anvertraut.

Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die ProDG-Fraktion diesen Gutachtenvorschlägen, denen sie bereits im Ausschuss zugestimmt hat, heute Abend natürlich ohne Bedenken und aus voller Überzeugung zustimmen wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zur Antwort der Regierung.  
Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuallererst meine Genugtuung und die Zufriedenheit der Regierung darüber zum Ausdruck bringen, dass die anerkannten Fraktionen dieses Hauses in puncto Sechste Staatsreform an einem Strang ziehen und ein klares Signal nach Brüssel senden.

Wer die Stellungnahme des VIVANT-Sprechers gehört hat, der versteht sehr gut, warum wir diese Fraktion nicht zu Gesprächen einladen. Sie mag über die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft denken, was sie will, aber die Aussagen von Herrn Balter sind ein Sargnagel für unsere Autonomie. Würden wir diesen Gedankengängen folgen, wäre das das Ende unserer Autonomie. Mit Ausnahme der VIVANT-Fraktion macht das aber zum Glück niemand. Wenden wir uns deshalb den wirklich wesentlichen Dingen zu.

Es ist schon außergewöhnlich, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu diesen Gesetzesvorschlägen überhaupt ein Gutachten abgeben kann. Von allen Regional- und Gemeinschaftsparlamenten ist es das einzige, das dieses gesetzlich verbrieftete Recht hat. Das ist jedoch kein Privileg, sondern die Folge unserer Situation als Minderheit in Belgien. In den großen Verhandlungen über Abkommen, die die Zukunft des belgischen Staates betreffen, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft nie ein relevanter Partner, denn die Architektur des belgischen Föderalstaates handeln Frankofone und Flamen unter sich aus. Unsere Aufgabe ist es, die Verhandlungen genau zu verfolgen und zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Forderungen zu erheben, um in der ganzen Entwicklung unseren Platz zu behaupten und nicht übergangen zu werden. Dafür ist das uns zugestandene Recht auf Begutachtung solcher Gesetzesvorschläge eine wichtige Garantie. Das DG-Gesetz gibt uns zudem die wertvolle Möglichkeit, die Dokumente nach Abschluss der Verhandlungen und vor ihrer Verabschiedung im Parlament ein weiteres Mal einzusehen und zu begutachten.

Dass wir dieses Mal gebeten worden sind, zu allen Texten, die im föderalen Parlament hinterlegt worden sind, unser Gutachten abzugeben, ist ebenfalls ungewöhnlich. In den Anfragen hieß es, dass wir ein Gutachten abgeben sollten, insofern wir uns von den vorgeschlagenen Änderungen betroffen fühlen. Diese Formulierung ist der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegenüber ein Vertrauensbeweis und ein Beleg für die gestiegene Wertschätzung, denn das föderale Parlament entscheidet nicht darüber, ob wir betroffen sind oder nicht, sondern überlässt uns diese Einschätzung. Wir hoffen nun, dass es nach der Verabschiedung dieser Gesetzesvorschläge so schnell wie möglich zu dem spezifischen Gesetz kommt, das sich mit der Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die Deutschsprachige Gemeinschaft beschäftigt, das die gesetzgeberische Umsetzung der Sechsten Staatsreform abrundet.

Dazu gibt es hier im Parlament einen breiten Konsens. Dieser wertvolle Konsens bedeutet jedoch nicht, dass damit an anderer Stelle alles von alleine läuft. Er schafft lediglich bessere Voraussetzungen, damit Lösungen gemeinsam umgesetzt werden können und dort Einfluss genommen werden kann, wo es nötig ist.

Im Rahmen der Vorarbeiten zur Sechsten Staatsreform sind wir nach jetzigem Stand der Dinge sehr korrekt behandelt worden. Bei früheren Reformen war die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr viel schwieriger. Dieses Mal ist es mehr oder weniger selbstverständlich, dass wir jedes Mal einbezogen werden, wenn es um die Gemeinschaften geht.

Um in Bezug auf kohärente Zuständigkeitspakete weiterzukommen, müssen wir die Verhandlungen mit der Wallonischen Region fortsetzen. Bereits dreimal haben wir bei ähnlichen Verhandlungen Erfolge erzielt. Die laufenden Verhandlungen bekommen immer mehr Bedeutung, denn die Sechste Staatsreform zeigt ganz deutlich die Richtung an. Das ist eine einfache Feststellung. Man muss in Sachen Staatsreform schon blind sein, um

nicht zu erkennen, dass den Gemeinschaften, insbesondere der Französischen Gemeinschaft, immer weniger Verantwortung übertragen wird und dass Flandern, Wallonien und Brüssel die wirklich starken Partner sind. Noch befindet sich die Region Brüssel-Hauptstadt in einem komplexen Ausgleichssystem zwischen Frankofonen und Flamen. Dabei steht immer die Frage im Raum, ob Brüssel von außen verwaltet werden soll oder ob es selbst die Verantwortung übernimmt, etwa in den wichtigen Bereichen Kinderzulage und Tourismus. Die Sechste Staatsreform hat zur Folge, dass der Brüsseler Region zusätzliche Verantwortung übertragen wird. Das ist der vorgezeichnete Weg hin zu einer Vereinfachung der belgischen Staatsstruktur, bei der es am Ende keine Zweigliedrigkeit von Regionen und Gemeinschaften mehr geben wird.

Natürlich heißt das nicht automatisch, dass wir dann ein Belgien zu viert bekommen. Nein, damit wird lediglich die Voraussetzung dafür geschaffen, dass es in absehbarer Zeit in Belgien nur noch eine Art von Gliedstaaten gibt. Was die Französische Gemeinschaft betrifft, wird es eine verstärkte Kooperation zwischen den frankofonen Brüsselern und der Wallonischen Region geben. Für uns stellt sich dabei die Frage, ob wir eine eigenständige Region werden oder ob wir verschwinden. Je mehr Zuständigkeiten die Französische Gemeinschaft an die Wallonische Region überträgt und je mehr Verflechtungen es zwischen der Region und der Französischen Gemeinschaft gibt, umso schwieriger wird es, im deutschen Sprachgebiet wallonische Zuständigkeiten ohne diese Verbindung zu den Gemeinschaftskompetenzen wahrzunehmen. Auf Dauer wird die Deutschsprachige Gemeinschaft dann immer vor der Wahl stehen, entweder dasselbe zu machen, was die Region mit der Französischen Gemeinschaft macht, oder mit höchst komplizierten Situationen konfrontiert zu werden.

Es besteht die Gefahr, dass selbst die Kernbereiche unserer Autonomie nach und nach ausgehöhlt werden. Ein schönes Beispiel dafür ist das Sankt-Emilie-Abkommen, das wir sehr genau prüfen sollten. Diesbezüglich habe ich die Fraktionen angeschrieben, die am Fünfparteiengespräch beteiligt sind. Es ist sehr positiv, dass sich die Frankofonen in Bezug auf Brüssel und die Wallonische Region geeinigt haben und das Gezerre vorbei ist. Die Konsequenz ist jedoch, dass die Französische Gemeinschaft bis auf einige wenige Ausnahmen gar nichts mit der Sechsten Staatsreform zu tun hat. Die Frankofonen haben nun beschlossen, dass sie diese Staatsreform kohärent umsetzen wollen, dass der Marshall-Plan 2022 vor allem auf die Ausbildung und die Schulpolitik ausgerichtet wird, obschon das eine Gemeinschaftskompetenz ist, und dass sie mit Brüssel ein Abkommen schließen werden. Diese Vorgehensweise gefällt den Flamen nicht so ganz, weil sie damit vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Das wird noch sehr interessant werden.

Im vorliegenden Text ist an sieben Stellen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Rede. Spannend sind die Formulierungen insofern, als da steht, dass man der Deutschsprachigen Gemeinschaft „Vorschläge macht“, und nicht, dass man für die Deutschsprachige Gemeinschaft „beschließt“, obschon man das von vielen durchaus erwarten könnte. Jedes Mal, wenn sie uns Vorschläge machen, werden wir darauf nur eingehen können, wenn wir exakt das Gleiche machen wie das, was sie vorsehen. So entsteht die Gefahr, dass unsere Autonomie schon ausgehöhlt ist, bevor sie überhaupt besteht. Wir werden entscheiden müssen, ob wir das Gleiche machen wie die Frankofonen und die Brüsseler oder ob wir für uns etwas Maßgeschneidertes vorsehen. Der belgischen Presse – bei der ich nach Ansicht eines bestimmten Redners ein schlechtes Ansehen haben soll – gegenüber habe ich unsere Haltung klar dargelegt: Wir sind froh, dass die Frankofonen ihre Fragen geklärt haben, aber wir verstehen uns als gleichberechtigter Partner und übernehmen nicht automatisch alles, was die anderen jetzt beschließen. Das müssen wir zuerst untersuchen. Wir müssen selbst sehen, welche inhaltlichen Schwerpunkte wir in diesen neuen Materien setzen, wie wir sie organisieren und wie wir damit umgehen.

Da sieht man sehr deutlich, wohin das Ganze geht, wie wir die Autonomie zu Grabe tragen, wenn wir nicht achtgeben und vor allem wenn wir nicht klar und deutlich sagen, dass wir ein Belgien mit vier Gliedstaaten anstreben. Daran führt kein Weg vorbei, weil

das ganz einfach in der Logik der Dinge liegt. Dafür müssen wir in Brüssel sehr viel Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen, Kontakte knüpfen und unseren Standpunkt vertreten, denn in Flandern betrachten uns viele immer noch als ein Anhängsel Walloniens. Zudem gibt es in der Wallonischen Region viele, die uns nicht so ohne Weiteres als gleichberechtigten Partner sehen. In dem neuen belgischen Kontext nach der Sechsten Staatsreform stellt sich zunehmend die Frage, ob wir ein gleichberechtigter Partner sind oder ob wir als Randfigur in der Wallonischen Region verschwinden.

Diesbezüglich gibt es noch sehr unterschiedliche Meinungen und wir müssen noch viel Sensibilisierungsarbeit leisten. Diejenigen, die uns in Flandern kritisiert haben, als es um BHV ging, waren diejenigen, die in Wirklichkeit Belgien zerstören wollten. Damals haben sie sich über uns geärgert, weil wir verhindert haben, dass es im föderalen Parlament zu einem Eclat kommt. Wir haben nicht gehandelt, weil wir uns einmischen wollten, sondern weil wir ein eigenes Interesse daran hatten, dass es in Belgien auf dem Verhandlungsweg weitergeht. Ich erinnere daran, dass wir damals übrigens keineswegs gegen die Flamen, sondern auf Bitten vieler Flamen tätig geworden sind. Die Entwicklung hat gezeigt, dass wir damit völlig richtig lagen. Nicht auszudenken, was in Belgien passiert wäre, wenn es damals zu einer großen Krise gekommen wäre! Aber es stimmt, dass dies gewissen Flamen nicht gefällt, und zwar denjenigen, die möchten, dass Belgien auseinanderbricht.

Wenn ein Parlamentspräsident davon spricht, dass wir auf Kooperation setzen sollen, dann hat er vollkommen recht. Das entspricht ja unserer eigenen Aussage. Autonom sein heißt nicht, alles selbst machen. Kooperation ist manchmal ein sehr viel besserer Weg. Dass wir zu klein sind, um gleichberechtigter Partner in einem Belgien zu viert sein zu können, ist eine absolut falsche Einschätzung der Wirklichkeit. Wir haben Chancen, weil wir klein sind, aber wir haben deshalb auch Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten müssen wir jedoch überwinden. Das geht meistens durch Kooperationen oder durch kluge Synergien. Wir sind übrigens nicht die Einzigen, die sich in einer solchen Situation befinden. In der Schweiz hat der kleinste Kanton 12.000 und der größte ungefähr 1,2 Millionen Einwohner. In Kanada hat die größte Provinz 12 Millionen und die kleinste 114.000 Einwohner. Trotzdem sind in beiden Rechtsordnungen die Rechte der Gliedstaaten völlig gleich. Genau das benötigen auch wir: gleiche Rechte, aber angepasste Lösungen, die der besonderen Situation unserer kleinen Gemeinschaft Rechnung tragen.

Darüber hinaus ist es völlig irreführend, der Bevölkerung gegenüber zu behaupten, wir würden von dem Geld der anderen profitieren. Wir haben einen gesetzlich garantierten Anteil am belgischen Steueraufkommen, das ja in unserem Gebiet genauso generiert wird wie anderswo. Die diesbezügliche belgische Gesetzgebung zählt nicht nur für uns, sondern auch für Wallonien, Flandern, Brüssel und die Französische Gemeinschaft. Die Behauptung, wir würden nur von dem Geld der anderen profitieren, wird bewusst als Argumentation gebraucht, um unsere Autonomie totzureden. Das sollten wir auf keinen Fall zulassen. Deshalb ist es sehr gut, dass die anerkannten Fraktionen dieses Hauses in dieser Angelegenheit eindeutig an einem Strang und in dieselbe Richtung ziehen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Möchte ein Parlamentsmitglied die Gelegenheit zur Erwidernutzen? Herr Balter hat das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Wenn Sie erlauben, würde ich gerne auf einige Äußerungen reagieren, die direkt an die VIVANT-Fraktion gerichtet waren.

Zunächst möchte ich auf eine Bemerkung von Herrn Velz eingehen. Herr Velz, ich habe in meiner Stellungnahme gesagt, dass einige Anwesende immer noch in der Vergangenheit leben und dass wir im Hier und Jetzt leben.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Ich auch!



HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Hier und heute müssen wir uns mit dem auseinandersetzen, was jetzt geschieht.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Ja!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Die von Ihnen angesprochenen Bemühungen verschiedenster Personen, die sich für die Autonomie eingesetzt haben, sind sicherlich löblich. Hier und heute gibt es jedoch andere Probleme, und die habe ich genannt.

Dass ich in Bezug auf die Vergangenheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht Ihren Wissenstand habe – darüber haben wir schon einmal diskutiert –, ist verständlich.

HERR VELZ (*aus dem Saal*): Den kann man sich aber aneignen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das bestreite ich gar nicht, aber ich bin ein Realpolitiker und reagiere auf die aktuelle Politik, die uns betrifft.

Zum Schluss möchte ich noch auf Herrn Lambertz reagieren, der VIVANT mehrfach angesprochen hat und uns vorwirft, unsere Aussagen wären ein „Sargnagel für die Autonomie“. Herr Lambertz, ich weiß nicht, was der Aufruf zum Maßhalten und der Hinweis, dass keine überzogenen Forderungen gestellt werden sollten, mit einem Sargnagel zu tun haben. Also ehrlich! Sie sollten besser auf Ihre Begriffswahl achten!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*aus dem Saal*): Sie sollten das Wort „ehrlich“ erst gar nicht in den Mund nehmen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Punkt!  
(*Vereinzelt Gelächter, Unruhe im Saal und Applaus bei VIVANT*)

HERR MIESEN, Präsident: Möchte noch jemand die Gelegenheit zur Erwidern nutzen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Gutachtenvorschläge. Die Diskussion und Abstimmung über den Gutachtenvorschlag – Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2 ist eröffnet.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der Gutachtenvorschlag ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 176. Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS. Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Gutachten ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.  
(*Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 176 (2012-2013) Nr. 2*)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Gutachtenvorschlag – Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Das Gutachten ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 177. Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS. Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Gutachten ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.  
(*Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 177 (2012-2013) Nr. 2*)

### **VORSCHLAG EINES BESCHLUSSES ZUR ABÄNDERUNG DES ARTIKELS 69 DER GESCHÄFTSORDNUNG – DOKUMENT 152 (2012-2013) NR. 3**

#### DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR MIESEN, Präsident: Zur Tagesordnung steht der Vorschlag eines Beschlusses zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung – Dokument 152 (2012-2013) Nr. 3. Für die Berichterstattung und die Vorstellung des Beschlussvorschlags sind drei Minuten vorgesehen. Für die anschließenden Stellungnahmen stehen fünf Minuten pro Fraktion zur Verfügung. Die Regierung wird gegebenenfalls Stellung nehmen. Für eventuelle Erwidierungen stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Herrn Velz, den Bericht vorzutragen.

HERR VELZ (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In drei Sitzungen befasste sich Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit mit dem ihm zur Beratung vorgelegten Beschlussvorschlag zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung – Dokument 152 (2012-2013) Nr. 1.

Infolge der Ausschussberatungen haben alle Fraktionen einen gemeinsamen Abänderungsvorschlag hinterlegt, der den ursprünglichen Beschlussvorschlag ersetzt und als Dokument 152 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlicht ist.

Die Beratungen des Ausschusses zu diesem Thema sind detailliert im schriftlichen Bericht – Dokument 152 (2012-2013) Nr. 3 – nachzulesen.

Zu den Abstimmungen: Der Abänderungsvorschlag Dokument 152 (2012-2013) Nr. 2, der den als Dokument 152 (2012-2013) Nr. 1 veröffentlichten Beschlussvorschlag ersetzt, wurde mit 5 Jastimmen einstimmig angenommen.

Dem Berichtersteller wurde für die Abfassung des schriftlichen Berichts einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des als Dokument 152 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichten Textes.

Ich danke der Verwaltung für die Erstellung des Berichts und Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR MIESEN, Präsident: Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dem ist nicht so. Dann ist die allgemeine Diskussion eröffnet. Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die SP-Fraktion hat Herr Servaty das Wort.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht es in Zukunft, im Nachgang einer Interpellation, in derselben Sitzungsperiode und ohne weitere Einschränkung eine schriftliche Frage zum gleichen Thema einzureichen. Die Mehrheitsfraktionen, in deren Namen ich diese Stellungnahme vorbringe, sind der Ansicht, dass diese Veränderung ein adäquates Mittel ist, um sich ergebende Unklarheiten oder Nachfragen zu einem gewissen Thema künftig noch besser ausräumen zu können.

Uns ist sehr daran gelegen, dass in diesem Hause alle unterschiedlichen Meinungen in ausreichendem Maße geäußert werden können und jede Unklarheit ausgeräumt werden kann. Darin liegt nämlich nach unserer Auffassung eine der zentralen Aufgaben parlamentarischen Handelns. Aufklärung, Information und Debatte in bester Kenntnis der jeweiligen Faktenlage sind sozusagen Grundbedingungen einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie.

Genau dieses Ziel hatten die Mehrheitsfraktionen vor Augen, als sie den diesbezüglichen Abänderungsvorschlag zum Ursprungstext in den Ausschuss eingebracht haben. Dieser ist ja schließlich auch einstimmig hinterlegt und angenommen worden.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Überzeugung, dass die Mehrheitsfraktionen damit ein positives Signal in die Deutschsprachige Gemeinschaft senden, mit dem wir einen Beitrag sowohl zur Verbesserung als auch zur Vereinfachung der parlamentarischen Prozesse leisten.

Zunächst ist die auf Ausschussebene erzielte Einigung in der Tat ein gutes Beispiel für eine konkrete Verbesserung der parlamentarischen Arbeitsweise, denn damit werden die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Parlamentarier eindeutig erweitert. Erfreulich ist aus unserer Sicht aber auch, dass diese Verbesserung keineswegs mit einem höheren Aufwand verbunden ist, so wie dies allzu häufig vorkommt, wenn von einer vermeintlichen Verbesserung die Rede ist. Nein, im vorliegenden Fall geht die Verbesserung sogar mit einer radikalen Vereinfachung einher. Sie kommt nämlich ohne jegliche Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten des Parlamentariers zustande. Zudem bringt sie den Parlamentspräsidenten nicht in die Gefahr, auch nur ansatzweise seine neutrale Rolle verlassen zu müssen; eine Gefahr, die laut der im Ursprungsdokument vorgeschlagenen Regelung durchaus bestanden hätte und mit einem gewissen Aufwand verbunden gewesen wäre.

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass die Mehrheitsfraktionen des Parlaments mit ihrem überaus konstruktiven Vorschlag klar unter Beweis gestellt haben, dass sie bereit, gewillt und in der Lage sind, auf Vorschläge oder Forderungen der Oppositionsfraktionen einzugehen, statt diese leichtfertig zu verwerfen. Im Gegenteil, wir sind vielmehr einen großen Schritt auf die Oppositionsfraktionen zugegangen, aus deren Reihen der Vorschlag ursprünglich stammte.

Zudem tun wir dies nicht etwa an irgendeiner vermeintlich zweitrangigen Stelle der Geschäftsordnung und auch nicht zu irgendeinem banalen Zeitpunkt. Nein, die Abänderung der Geschäftsordnung, wie sie aus unserem Vorschlag hervorgeht, tritt unmittelbar in Kraft und stellt immerhin eine nicht zu unterschätzende Ausdehnung der parlamentarischen Kontrollfunktion dar, weil es künftig allen Mitgliedern des Parlaments ohne Einschränkung erlaubt sein wird, eine schriftliche Frage zu einem Thema zu stellen, das im Parlament bereits Gegenstand einer Interpellation war. Auch für Parlamentsmitglieder, die nicht Autor der Interpellation waren, entfällt diese Einschränkung.

Wir halten also fest: bessere Möglichkeiten für alle Parlamentsmitglieder – nicht zuletzt die der Opposition – in puncto Ausübung der parlamentarischen Kontrolle. Und diese Entscheidung treffen wir nicht irgendwann, sondern acht Monate vor den nächsten Wahlen! Das ist wahrlich kein banaler Zeitpunkt! Ich wage zu behaupten, dass beides vom absolut intakten Demokratieverständnis der Mehrheitsfraktionen zeugt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, dass diese Änderung wenige Wochen vor dem Umzug in das neue Parlamentsgebäude erfolgt, ist nur ein glücklicher zeitlicher Zufall, der unserem Parlament jedoch kurz vor seinem 40. Geburtstag sehr gut zu Gesicht steht.

Aus all diesen Erwägungen resultiert die vorbehaltlose Zustimmung der Mehrheitsfraktionen zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung in der neuen Fassung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN *(aus dem Saal)*: Herr Präsident, wenn Sie erlauben, werde ich von meinem Platz aus kurz dazu Stellung nehmen.

HERR MIESEN, Präsident: Sie haben das Wort!

FRAU FRANZEN *(vom Rednerpult)*: Herr Servaty hat soeben sehr gut und ausführlich erklärt, warum die ECOLO-Fraktion diesen Vorschlag zur Abänderung des Artikels 69 der Geschäftsordnung eingereicht hat. Tatsächlich haben wir damit bei den anderen Fraktionen offene Türen ingerannt. Wie sehr Sie uns damit entgegengekommen sind, habe ich soeben erst erfahren. Das hatte ich gar nicht bemerkt.

*(Unruhe im Saal und vereinzelt Gelächter)*

HERR SERVATY *(aus dem Saal)*: Dann wissen Sie es jetzt!

FRAU FRANZEN *(aus dem Saal)*: Jedenfalls möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss bedanken und freue mich, dass dieser Abänderungsvorschlag in der uns heute vorliegenden Form akzeptiert wird.

HERR MIESEN, Präsident: Möchte die Regierung darauf antworten? Dem ist nicht so. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Beschlussvorschlag – Dokument 152 (2012-2013) Nr. 3.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der Beschluss ist mit 23 Jastimmen einstimmig angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 152. Es stimmen mit Ja die Herren M. BALTER, K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren A. MERTES, P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS.

Der Beschluss ist mit 23 Jastimmen einstimmig angenommen.

*(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 152 (2012-2013) Nr. 2)*

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM RAHMENABKOMMEN ÜBER GLOBALE PARTNERSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK VIETNAM ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 27. JUNI 2012 – DOKUMENT 184 (2012-2013) NR. 1**

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM RAHMENABKOMMEN ÜBER PARTNERSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER REPUBLIK DER PHILIPPINEN ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU PHNOM PENH AM 11. JULI 2012 – DOKUMENT 186 (2012-2013) NR. 1**

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM ABKOMMEN ZUR GRÜNDUNG EINER ASSOZIATION ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND ZENTRALAMERIKA ANDERERSEITS, SAMT PROTOKOLL ÜBER KULTURELLE ZUSAMMENARBEIT, GESCHEHEN ZU TEGUCIGALPA AM 29. JUNI 2012 – DOKUMENT 187 (2012-2013) NR. 1**

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM PARTNERSCHAFTS- UND KOOPERATIONSABKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER REPUBLIK IRAK ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 11. MAI 2012 – DOKUMENT 188 (2012-2013) NR. 1**

**DEKRETENTWURF ZUR ZUSTIMMUNG ZU DEM HANDELSÜBEREINKOMMEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS SOWIE KOLUMBIEN UND PERU ANDERERSEITS, GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 26. JUNI 2012 – DOKUMENT 189 (2012-2013) NR. 1**

#### DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die Dekretentwürfe zur Zustimmung zu Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Es handelt sich dabei um Abkommen mit folgenden Staaten: der Republik Vietnam – Dokument 184 (2012-2013) Nr. 1 –, der Republik der Philippinen – Dokument 186 (2012-2013) Nr. 1 –, der Staatengruppe aus Zentralamerika – Dokument 187 (2012-2013) Nr. 1 –, der Republik Irak – Dokument 188 (2012-2013) Nr. 1 – sowie Kolumbien und Peru – Dokument 189 (2012-2013) Nr. 1 –, die im beschleunigten Verfahren behandelt werden. Das Präsidium schlägt vor, diese Dekretentwürfe gemeinsam zu behandeln. Kein Einwand? Dem ist so.

Der Ministerpräsident wird die Dekretentwürfe vorstellen. Dazu ist eine Richtredezeit von maximal fünf Minuten vereinbart worden. Für die anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen ist eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vorgesehen. Die Regierung wird gegebenenfalls Stellung nehmen. Für eventuelle Erwidern stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Über die einzelnen Dekretentwürfe wird getrennt abgestimmt. Kein Einwand? Dem ist so.

Dann ist die allgemeine Diskussion eröffnet. Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort für die Vorstellung der Dekretentwürfe.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Solche Abkommen haben in der Vergangenheit im Parlament schon sehr oft zur Diskussion und Abstimmung gestanden. Jeder kennt die rechtlichen Rahmenbedingungen. Es handelt sich um Abkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Partnerstaaten aus der ganzen Welt andererseits. Da auch Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffen sind, müssen wir nach belgischem Verfassungsrecht einbezogen werden, wenn die zuständige Kommission diese Verträge als gemischte Verträge bezeichnet.

Von diesen Abkommen sind wir nur marginal betroffen, weil wir mit den erwähnten Partnerstaaten doch eher selten in Kontakt treten. Nichtsdestotrotz gehört es zu unseren

Zuständigkeiten, auch diese Kontakte zu pflegen, wenn wir dazu den Bedarf verspüren oder wenn wir diesbezüglich von anderen kontaktiert werden.

Diese Dekrettexte kann man sowohl positiv als auch negativ kommentieren. Es ist sehr umstritten, ob sie den betroffenen Partnern nutzen oder schaden. Ich möchte jedoch grundsätzlich festhalten, dass die Mitgliedstaaten der EU und die jeweiligen Partnerstaaten beschlossen haben zu kooperieren, und dass es nicht unsere Aufgabe sein kann, durch eine Ablehnung dieser Dekretentwürfe die Kooperation auf internationaler Ebene ins Stocken zu bringen.

Aus dem Inhalt dieser Abkommen wird ersichtlich, wie weitläufig diese Kooperationen sind. Ich habe mir als Beispiel den Text des Rahmenabkommens mit Vietnam herausgesucht. Daran erkennt man, dass hier in allen möglichen Bereichen zusammengearbeitet wird: in internationalen Gremien, bei Investitionen im beiderseitigen Vorteil, in handels- und investitionsbezogenen Bereichen von beiderseitigem Interesse, bei der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Armutsbekämpfung, bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung, bei der Bewältigung von Herausforderungen wie Klimawandel und übertragbare Krankheiten oder aber bei wirtschaftlichen Reformen und der Integration in die Weltwirtschaft. Hinzu kommen Kooperationen im Bereich des Rechts, der Sicherheit, des Datenschutzes, der Migration, der Bekämpfung organisierter Kriminalität, der Geldwäsche, der Drogenthematik, in Steuer-, Energie-, Technologie-, Landwirtschaftsfragen sowie der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder des Terrorismus. Es wird ein sehr breites Spektrum abgedeckt. Die weltweiten Verflechtungen und Beziehungen sind von wesentlicher Bedeutung.

Es ist schon interessant zu sehen, wie die Partnerstaaten Einfluss auf uns ausüben, damit wir diesen Abkommen endlich zustimmen und diese in Kraft treten können. Die Diplomaten aus diesen Ländern verfolgen das sehr genau. So hatten beispielsweise die Botschafter von Kolumbien und Peru diesen Sommer dringend um ein Gespräch mit uns in Brüssel gebeten, um uns die Bedeutung des entsprechenden Abkommens für ihre Länder darzulegen. Die Regierungsmitglieder haben die Botschafter empfangen und mit ihnen einen sehr interessanten Gedankenaustausch gehabt, der zumindest deutlich gemacht hat, dass die Behauptung, diese Abkommen seien lediglich Teufelswerk, das der Unterdrückung dieser Staaten diene, nicht von allen geteilt wird, insbesondere nicht von Vertretern der betroffenen Länder.

Natürlich gibt es auch kritische Stimmen. Jeder muss sich seine eigene Meinung bilden. Das kann man aber eigentlich nur, wenn man sich sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt. Das ist meiner Ansicht nach aber nicht die Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Unsere Aufgabe besteht eher darin, im Sinne der Bundestreue zu handeln und dafür zu sorgen, dass die belgische Regierung, die dieser Zusammenarbeit zugestimmt hat, in der Lage ist, dem König die Ratifizierung dieser Abkommen vorzuschlagen, nachdem alle zuständigen Parlamente ihr diesbezügliches Einverständnis gegeben haben.

In diesem Sinne bitte ich das Parlament, allen diesen Abkommen zuzustimmen.  
(Allgemeiner Applaus)

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN (vom Rednerpult): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Den Dokumenten 184 und 186, den Dekretentwürfen zur Zustimmung zu den Rahmenabkommen mit der Republik Vietnam und der Republik der Philippinen wird die ECOLO-Fraktion zustimmen. Es geht um Rahmenabkommen, die die Basis für zukünftige Handelsabkommen bilden. Normalerweise darf sich kein Staat in interne Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen. Durch diese Rahmenabkommen wird aber eine solche Einmischung ermöglicht. Das bedeutet beispielsweise, dass das Abkommen mit Vietnam

durchaus Klauseln in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte beinhaltet und einen jährlichen verstärkten Dialog zwischen der EU und Vietnam über die Menschenrechte vorsieht. Der dritte Dialog dieser Art hat übrigens vor einigen Wochen stattgefunden. Das Rahmenabkommen mit den Philippinen ist vergleichbar und auch für das Abkommen mit dem Irak gilt eine ähnliche Argumentation.

Dem Dokument 187, dem Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EU und Zentralamerika, und dem Dokument 189, dem Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Handelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien und Peru, werden wir nicht zustimmen, auch wenn die Botschafter von Kolumbien und Peru darum gebeten haben. Beide Abkommen sind typische Beispiele einer neoliberalen Handelspolitik, die ECOLO immer wieder scharf kritisiert. Es handelt sich um pure Handelsabkommen, deren Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umweltsituation in diesen Ländern völlig außen vor gelassen werden.

Die Notwendigkeit internationaler Handelsabkommen erkennen wir durchaus an. Wir fordern aber, dass diese allen Bevölkerungsschichten in den betroffenen Ländern zugutekommen, und dazu bedarf es verbindlicher Menschenrechts- und Umweltklauseln. So wie die beiden Abkommen jetzt formuliert sind, werden davon nur die Wirtschaftseliten in den betreffenden Ländern profitieren, und zwar auf Kosten der Kleinbauern, des Mittelstands und der Umwelt.

Übrigens ist es uns unverständlich, dass wir diese Abkommen heute im Eilverfahren verabschieden. In den anderen Landesteilen sind sie noch längst nicht ratifiziert. Nach Protesten aus der Zivilgesellschaft steht dort noch eine parlamentarische Debatte an. Herr Siquet wird mir in diesem Kritikpunkt zustimmen, denn vor Kurzem hat er einer Resolution zugestimmt, die zu diesem Thema im Senat verabschiedet wurde und wirklich feste Klauseln für diese Art von Handelsübereinkommen fordert. Wir hätten durchaus erwartet, dass man erst den Ausgang dieser Debatte auf Föderalebene abwartet, bevor man hier entscheidet, wie man vorgeht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
(Applaus bei ECOLO, der CSP und VIVANT)

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES (vom Rednerpult): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Den Schwerpunkt meines heutigen Redebeitrags werde ich auf die Abkommen mit Zentralamerika sowie mit Kolumbien und Peru legen.

Dekretentwürfe wie die uns heute vorliegenden Zustimmungsdekrete zu Abkommen zwischen der EU und anderen Staaten stehen regelmäßig auf der Tagesordnung unserer Plenarsitzungen. So auch vor knapp einem Jahr, nämlich am 22. Oktober 2012, als wir den Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits verabschiedet haben. Anders als heute wurde damals nicht das beschleunigte Verfahren angewandt. Nein, damals wurde der Dekretentwurf vor der Plenarsitzung im Ausschuss behandelt. Dies war zwar ungewöhnlich, da bis dato solche Dekretentwürfe in der Regel im beschleunigten Verfahren abgewickelt wurden, doch war es in unseren Augen ein erster Schritt, der zumindest ein Fünkchen Hoffnung aufkommen ließ.

Damals hatte ich in meinem Redebeitrag angemerkt, dass sich die Tiefgründigkeit der Behandlung im Ausschuss sehr in Grenzen gehalten habe, diese Beratung jedoch immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung gewesen sei.

Dass eine tiefer gehende Behandlung möglich ist, haben uns die Kollegen der SP-Fraktion gezeigt. Im April 2012 konnten sie den aus St. Vith stammenden Welthandelsexperten Armin Paasch vom katholischen Hilfswerk MISEREOR zu einem Vortrag einladen. Bereits

im Oktober 2012 machte ich an gleicher Stelle den Vorschlag, Herrn Paasch oder einen ebenso gut mit der Materie vertrauten Experten zu diesen Partnerschaftsabkommen im zuständigen Ausschuss anzuhören. Was außerhalb dieses Hauses möglich ist, sollte doch auch in diesem Hause möglich sein, oder? Was spricht eigentlich dagegen, sich von Experten beraten zu lassen?

Der Ministerpräsident vermittelt uns bei der Vorstellung solcher Dekretentwürfe gerne den Eindruck, dass uns die Materie kaum berührt. „Die Dekrete tangieren uns nur marginal“, heißt es dann seinerseits. Trotzdem sollte sich jeder Parlamentarier in diesem Hause ein Bild davon machen können, worüber er abstimmt. Ohne dem Ministerpräsidenten zu nahe treten zu wollen, bin ich der Ansicht, dass Experten, die sich quasi hauptberuflich mit den Auswirkungen solcher Partnerschaftsabkommen beschäftigen, uns diese auch am besten erklären können.

Beim näheren Hinsehen mussten wir von der VIVANT-Fraktion feststellen, dass die Berührungspunkte womöglich doch viel näher liegen, als uns lieb ist. Ich möchte versuchen, Ihnen dies in meinem Redebeitrag zu erläutern.

Bei den fünf heute zur Diskussion und Abstimmung vorliegenden Zustimmungsdekretentwürfen zu diversen Abkommen handelt es sich – anders, als die unterschiedlichen Namen vermuten lassen – um Freihandelsabkommen bzw. um Abkommen, die solche vorbereiten.

In einer Stellungnahme bekannter Nichtregierungsorganisationen – darunter MISEREOR, Brot für die Welt, FIAN Deutschland und *medico international* – vom 26. Februar 2013 zu dem sogenannten Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Zentralamerika andererseits – Dokument 187 – heißt es dazu: „Das Assoziierungsabkommen soll einen qualitativen Sprung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika markieren. EU-Handelskommissar Karel De Gucht hat dies vor dem Europäischen Parlament klar betont: 'Dies ist ein Assoziierungsabkommen mit mehreren Säulen, aber erlauben Sie mir zu sagen, dass die zentrale Säule ein breites und wirksames Freihandelsabkommen ist.' Der Inhalt des Abkommens bestätigt diesen Schwerpunkt: Vier Fünftel des Vertragsinhaltes ist den detaillierten Vereinbarungen für die Freihandelszone zwischen den beiden Regionen gewidmet, lediglich ein Fünftel den beiden anderen Säulen zum politischen Dialog und zur Entwicklungszusammenarbeit. Zudem sind die Vereinbarungen in diesen beiden anderen Säulen vage und unverbindlich formuliert. Präzise überprüfbar sind im Abkommen ausschließlich die Bestimmungen zu Handel und Investitionen.“

Um Ihnen die Konsequenzen für die Bevölkerung der Partnerländer zu verdeutlichen, möchte ich ein weiteres Mal aus dieser Stellungnahme zitieren: „Weitere Gefährdungen für das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser sind durch folgende spezifische Vereinbarungen im Abkommen zu erwarten:

a. Die meisten europäischen Milchprodukte erhalten mit dem Abkommen sofortigen zollfreien Zugang auf den zentralamerikanischen Markt. Für Milchpulver und Käse wurden Quoten ausgehandelt, die eine sukzessive Steigerung der zollfreien Einfuhren dieser Produkte vorsehen. Diese Regelung ist ein deutliches Beispiel für unfairen Wettbewerb, in dem die meist kleinen und mittleren Milchproduzenten Mittelamerikas von hoch subventionierten Milchprodukten aus der EU vom Markt gedrängt werden und erhebliche Einkommensverluste hinnehmen müssen. Diese Regelung wurde von der EU gegen erbitterten Widerstand aus Mittelamerika durchgesetzt.

b. Das Abkommen fördert eine weitere Privatisierung der Wasserversorgung in Zentralamerika und öffnet die Tür zu zentralamerikanischen Märkten für europäische Konzerne. Auch die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung hat darauf hingewiesen, dass 'die



Privatisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der Trinkwasserversorgung, für die besonders verletzbaren Gruppen einen verringerten Zugang bedeuten kann. Die bisherigen Privatisierungen und das Engagement europäischer Unternehmen haben soziale Proteste gegen stark ansteigende Wasserpreise hervorgerufen. Eine fehlende effektive staatliche Regulierung auf nationaler Ebene trägt dazu bei, dass insbesondere einkommensärmere Schichten beim Zugang zu diesem lebenswichtigen öffentlichen Gut und Ausübung ihres Rechts auf Wasser diskriminiert werden. Eine weitere Privatisierung ist unter solchen Umständen menschenrechtlich nicht zu verantworten.“

Neben diesen gravierenden Folgen gibt es noch viele weitere, äußerst bedenkliche Aspekte. So wird bezüglich des Handelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits – Dokument 189 – von Kritikern Folgendes bemängelt: Erstens, die Menschenrechtssituation in Kolumbien ist katastrophal. Viele Menschen wurden und werden gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Kritiker des aktuellen Regimes, beispielsweise Gewerkschafter, werden massiv verfolgt. Es gibt kaum Strafverfolgung. Sehr wenige Verbrechen werden also überhaupt verfolgt, geschweige denn aufgeklärt.

Zweitens, durch dieses Abkommen wird der Bergbau vermutlich weiter gefördert, was wiederum zu neuen gewaltsamen Vertreibungen führen wird und damit die sozialen Konflikte im Land weiter anheizt. Viele, vor allem Kleinbauern, verlieren ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage. Sie erhalten keine annähernd angemessene Entschädigung. Auch in Peru ist der Bergbau Ausgangspunkt für viele soziale Konflikte.

Drittens, mit den Verträgen wird der Schutz von geistigem Eigentum gefestigt. Dies bevorteilt vor allem europäische Konzerne, die Patente in den unterschiedlichsten Bereichen halten. Dies wiederum führt dazu, dass beispielsweise der Zugang zu günstigen Generika-Medikamenten verschlechtert wird. Eine andere Auswirkung ist, dass die Partnerstaaten verpflichtet werden, strengere internationale Normen im Bereich des Saatguts einzuführen, die den traditionellen Austausch von Saatgut erschweren. Die Bauern werden indirekt gezwungen, genmanipuliertes Saatgut zu verwenden.

Viertens, auf den Finanz- und Kapitalmärkten wird eine vermehrte Transparenz verhindert, was Geldwäsche und Steuerhinterziehung vereinfacht. Steht dies doch im krassen Gegensatz zu der Entwicklung innerhalb der EU.

Befürworter erwähnen oft, dass im Abkommen auch die Menschenrechte und die Nachhaltigkeit Erwähnung finden. Im sogenannten Nachhaltigkeitskapitel wird von Arbeitnehmerrechten und Umweltrechten gesprochen, doch gerade dieses Nachhaltigkeitskapitel wurde explizit vom Streitschlichtungsverfahren ausgenommen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Blick nach Kolumbien werfen. Seit dem 19. August 2013 finden in Kolumbien landesweit Streiks statt. Begonnen haben die Landwirte, doch inzwischen haben sich u. a. Lehrer und Studenten, Bergleute, Ärzte, Piloten und etliche indigene Gruppen angeschlossen. Sie wehren sich gegen die jahrzehntelang in diesem Land betriebene Politik, die gegen die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist. Die ehemalige kolumbianische Senatorin und Menschenrechtsaktivistin Piedad Córdoba schrieb dazu in einer Nachricht auf Twitter: „Schluss mit Freihandelsabkommen, Schluss mit privatisiertem Saatgut, Mega-Bergbau und Korruption!“

Natürlich ist die EU nicht für die dramatischen Verhältnisse in Kolumbien und in weiteren Staaten Zentralamerikas verantwortlich. Doch wie kann sie allen Ernstes Freihandelsabkommen mit Staaten schließen, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind? Wie kann sie wider besseres Wissen Verträge abschließen, die diese Situation noch verschlimmern? Und wie können wir hier in diesem Hause Ja dazu sagen?

Sogar die Oppositionsparteien im deutschen Bundestag, SPD, Grüne und Linke, haben deutlich gegen diese Abkommen gestimmt. Doch leider verlässt die Politiker oft da der Mut, wo die Angst um den eigenen Machtverlust beginnt. Im Bundesrat stimmten neben den CDU-geführten Ländern auch einige Rot-Grün geführte Länder für das Abkommen, sodass es von Deutschland ratifiziert werden konnte.

Letzte Woche wurde anlässlich der Interpellation von Kollege Braun über die Probleme in der neuen Großküche im RSI von allen Beteiligten die Wichtigkeit der Nachhaltigkeit unterstrichen. Neben regionalen Produkten solle nach Möglichkeit auch auf Fair-Trade-Produkte zurückgegriffen werden. Darüber waren und sind sich in diesem Hause alle einig. Daher vermute ich auch, dass wohl keiner von uns will, dass genmanipulierte Lebensmittel auf den Tellern der Lehrer und Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft landen.

Die uns heute zur Abstimmung vorliegenden Abkommen haben mit fairem Handel jedoch rein gar nichts zu tun. Nein, sie bewirken genau das Gegenteil, nämlich Ausbeutung.

Kolleginnen und Kollegen, es ist Ihre Entscheidung, ob Sie diesen Abkommen zustimmen oder nicht. Sollten Sie diesen Abkommen zustimmen, dann ersparen Sie uns in Zukunft bitte das leere Gerede über die Nachhaltigkeit, denn es ist das Papier nicht wert, auf dem es später einmal geschrieben steht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei VIVANT)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Weil durch die Ausführungen meines Vorredners der falsche Eindruck entstehen könnte, dass die Mehrheitsparteien durch ihr Ja zu den Zustimmungsdekreten auch zu allen inhaltlichen Details dieser Handelsverträge stehen, möchte ich im Namen der Mehrheitsparteien kurz das Wort ergreifen und einige Dinge klarstellen.

Wir wissen, dass Verträge dieser Art seit längerer Zeit kontrovers diskutiert werden, und das ist auch gut so. Bei allen inhaltlichen Bedenken und Fragezeichen zu diesem Vertrag sollte man jedoch einige Aspekte nicht aus den Augen verlieren.

Nehmen wir das Beispiel Peru. Erstens ist es eine Tatsache, dass die dortige Regierung und die sie tragende parlamentarische Mehrheit diesen Vertrag ausdrücklich wollen. Inwieweit diese Mehrheit unseren europäischen Vorstellungen von demokratischer Legitimität entspricht, vermag ich nicht zu sagen. Ein Urteil darüber möchte ich mir gar nicht anmaßen. Ich war zwar 14 Tage in Peru, aber um das zu beurteilen, müsste man jahrelang dort leben und sich erst einmal durch das Geflecht der 50 Parteien durchkämpfen.

Zweitens, das EU-Parlament hat sich monatelang mit diesen Verträgen auseinandergesetzt. Sie haben ja selbst gesehen, dass uns zu dem Handelsübereinkommen mit Peru und Kolumbien Anlagen von rund 5.000 Seiten mitgeliefert wurden. Ich nehme an, Sie haben die genau wie ich alle intensiv studiert.

Das aus hauptamtlichen Politikern bestehende Europäische Parlament hat sich monatelang damit auseinandergesetzt. Bevor es am 11. Dezember 2012 in Straßburg zur Ratifizierung kam, hat es unzählige Seminare, Anhörungen von Nichtregierungsorganisationen usw. gegeben. Das Ergebnis war, dass zusätzliche Bedingungen, etwa solche, die die Menschenrechte sowie Sozial- und Umweltstandards betreffen, nachträglich in den Vertrag hineingeschrieben wurden.

Bei der Verabschiedung der Verträge im EU-Parlament stimmten 486 Abgeordnete (72 %), für die Ratifizierung der Verträge, 147 Abgeordnete (22 %) stimmten dagegen und 41 Abgeordnete enthielten sich ihrer Stimme. Sie können auf [www.votewatch.eu](http://www.votewatch.eu) genau sehen, wer mit welcher Fraktion wofür gestimmt hat. Sie können dort auch einen

Filter aktivieren, um zu sehen, wie die belgischen Europaabgeordneten abgestimmt haben. Ich erzähle der CSP sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, dass Herr Grosch dafür gestimmt hat.

Drittens, im deutschen Bundestag wurden die Verträge am 21. März 2013 mit schwarz-gelber Mehrheit gegen die Stimmen der Opposition ratifiziert. Im Bundesrat – Herr Mertes sagte es bereits –, in dem eine rot-grüne Mehrheit besteht, hat man die Verträge ebenfalls ratifiziert.

Viertens, in Belgien zeichnet sich meiner Ansicht nach eine ähnliche Situation ab. Wahrscheinlich wird es so aussehen, dass die Regional- und Gemeinschaftsparlamente die EU-Verträge mehrheitlich ratifizieren werden, damit es nicht zu einer Blockade des belgischen Föderalparlaments kommt, das ja laut Ministerpräsident Lambertus um die Zustimmung gebeten hat. Das führt dann allerdings zu einigen kuriosen Ergebnissen, die dem Wähler schwer vermittelbar sind, denn einige Parteien werden dort für diese Verträge stimmen, wo sie in der Regierungsverantwortung stehen, und dort dagegen stimmen, wo sie in der Opposition sitzen.

Was die Inhalte der Verträge betrifft, möchte ich nicht erneut alle Pros und Contras auflisten, sondern verweise auf unsere Argumentation zu ähnlichen Verträgen mit den CARIFORUM-Staaten, nachzulesen im *Ausführlichen Bericht Nr. 42* vom 22. Oktober 2012, und auf die Debatte zum ESM-Vertrag, nachzulesen im *Ausführlichen Bericht Nr. 35* vom 19. März 2012.

Dass der Ratifizierungsmechanismus in einem bundesstaatlichen Gefüge wie Belgien dazu führt, dass jede einzelne belgische Gebietskörperschaft internationalen Abkommen zustimmen muss, um eine Bestätigung des gesamten belgischen Staates abzuschließen, mag man begrüßen oder auch widerwillig zur Kenntnis nehmen. Jedenfalls wird die Sechste Staatsreform in dieser Angelegenheit noch keine Veränderung bringen. So werden wir also auch in Zukunft weiterhin mit derartigen Zustimmungsverträgen und mit dem entsprechenden Ritual verschiedener Kollegen konfrontiert werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*

HERR MIESEN, Präsident: Möchte die Regierung darauf antworten? Dem ist nicht so. Damit ist die allgemeine Diskussion geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Dekretentwürfe. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel des Dokuments 184 (2012-2013) Nr. 1 ist eröffnet.

Möchte jemand dazu das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 184.

Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS.

Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Dekret ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

*(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 184 (2012-2013) Nr. 1)*

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 186 (2012-2013) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist eröffnet.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 186. Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS. Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Dekret ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

*(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 186 (2012-2013) Nr. 1)*

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 187 (2012-2013) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel ist eröffnet.

Ich schreite zur Abstimmung über Artikel 1. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so.

Artikel 1 ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.

Artikel 2 ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 187. Es stimmen mit Ja Herr F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, und Herr A. VELZ. Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER, K.-H. BRAUN, Frau F. FRANZEN, Herr A. MERTES und Frau R. ARENS.

Das Dekret ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.

*(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 187 (2012-2013) Nr. 1)*

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 188 (2012-2013) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über den einzigen Artikel ist eröffnet.

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so. Dann schreite ich zur Abstimmung.

Der einzige Artikel ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 188.  
 Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS.  
 Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Das Dekret ist mit 21 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen angenommen.  
 (Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 188 (2012-2013) Nr. 1)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Dekretentwurf – Dokument 189 (2012-2013) Nr. 1. Die Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel ist eröffnet.

Ich schreite zur Abstimmung über Artikel 1. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Dem ist nicht so.

Artikel 1 ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.

Artikel 2 ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 189.  
 Es stimmen mit Ja Herr F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, und Herr A. VELZ.  
 Es stimmen mit Nein die Herren M. BALTER, K.-H. BRAUN, Frau F. FRANZEN, Herr A. MERTES und Frau R. ARENS.

Das Dekret ist mit 18 Jastimmen gegen 5 Neinstimmen angenommen.  
 (Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 189 (2012-2013) Nr. 1)

### **RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE WALLONISCHE REGIONALREGIERUNG, AN DIE FÖDERALREGIERUNG UND AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER DIE FÖRDERUNG VON INVESTITIONEN IN FOTOVOLTAIK UND ZU TREFFENDE MASSNAHMEN GEGEN DIE ZUNEHMENDE VERTEUERUNG DER STROMRECHNUNGEN – DOKUMENT 160 (2012-2013) NR. 3**

#### DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Plenarsitzung, und zwar zum Resolutionsvorschlag an die wallonische Regionalregierung, an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen – Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3.

Für die Berichterstattung und die Vorstellung des Resolutionsvorschlags ist eine Richtredezeit von maximal zehn Minuten vereinbart worden. Für die anschließenden Stellungnahmen ist eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vorgesehen. Die Regierung wird gegebenenfalls Stellung nehmen, wofür ebenfalls eine Richtredezeit von zehn Minuten vereinbart worden ist. Für eventuelle Erwidern stehen maximal zwei Minuten zur Verfügung. Kein Einwand? Dem ist so. Dann bitte ich Herrn Servaty, den Bericht vorzutragen.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In drei Sitzungen befasste sich Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit mit dem ihm zur Beratung vorgelegten Resolutionsvorschlag an die wallonische Regionalregierung, an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen – Dokument 160 (2012-2013) Nr. 1.

Infolge der im Ausschuss geführten Beratungen wurde von allen stimmberechtigten Fraktionen ein Abänderungsvorschlag hinterlegt, der gewisse Änderungen und Präzisierungen vornahm und als Dokument 160 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlicht ist.

Die Beratungen des Ausschusses zu diesem Thema sind detailliert im schriftlichen Bericht – Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3 – nachzulesen.

Zu den Abstimmungen: Der Ausschuss nahm die als Dokument 160 (2012-2013) Nr. 2 veröffentlichten Abänderungsvorschläge mit 7 Jastimmen einstimmig an.

Das Dokument 160 (2012-2013) Nr. 1 in seiner abgeänderten Form wurde mit 6 Jastimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Für die Abfassung des schriftlichen Berichts erteilte der Ausschuss dem Berichterstatter einstimmig das Vertrauen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme des im Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3 veröffentlichten Textes.

Ich danke der Verwaltung für die Erstellung des Berichts und Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit!  
(*Allgemeiner Applaus*)

HERR MIESEN, Präsident: Möchte jemand zum Bericht Stellung nehmen? Dem ist nicht so. Dann bitte ich Sie, den Resolutionsvorschlag vorzustellen, Herr Servaty.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Folgenden möchte ich Ihnen einen kurzen inhaltlichen Überblick über den Resolutionsvorschlag über die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und die zu treffenden Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen geben.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass dieser Resolutionsvorschlag genau wie der ursprüngliche Text an die Regierung der Wallonischen Region, an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft adressiert ist. Nach Ansicht des zuständigen Ausschusses sind diese Regierungsebenen an der Gestaltung der für die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft relevanten Rahmenbedingungen in Sachen Energiepolitik maßgeblich beteiligt. Diese Auffassung haben auch die Beratungen in den verschiedenen Ausschusssitzungen deutlich unterstrichen.

Demnach beinhaltet der vorliegende Resolutionsvorschlag mehrere Forderungen an die wallonische Regionalregierung bezüglich der Förderung von Fotovoltaik. So soll die wallonische Regionalregierung anhand eines Energiemix festlegen, welchen Anteil an der Gesamtproduktion von alternativem Strom Fotovoltaik neben den anderen Technologien haben soll.

Was die Regeln der Förderung von bereits installierten und in Betrieb genommenen Anlagen betrifft, so sollen diese nicht nachträglich abgeändert werden. Vielmehr soll das Prinzip der Rechtssicherheit gewahrt bleiben.

Außerdem soll die Regierung der Wallonischen Region sicherstellen, dass in Bezug auf die neuen Anlagen die Rentabilität einer Investition in Fotovoltaik auf die gleiche Stufe gestellt wird wie die Rentabilität der Investition in andere Technologien zur alternativen Stromerzeugung. So sollen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Technologien unterbunden werden.

Was die Verteuerung der Stromrechnungen betrifft, so unterstreicht der Resolutionsvorschlag die Forderung an die Regionalregierung, schnellstmöglich daran zu arbeiten, dass neben der Förderung der alternativen Stromproduktion durch grüne Zertifikate auch andere Förderquellen erschlossen werden, sodass private oder gewerbliche Verbraucher entlastet werden.

Des Weiteren fordert das Parlament die Regionalregierung auf, gemeinsam mit der Föderalregierung einen einheitlichen Einspeisetarif festzulegen, der den des Atomstroms nicht übersteigen darf. Dabei soll jedoch jede Entscheidung der wallonischen Regionalregierung dahin gehend geprüft werden, ob und inwieweit sie die Stromrechnung des Endkunden verteuern wird. Ganz besonders für die Haushalte mit kleinem Einkommen soll jegliche Verteuerung möglichst vermieden werden.

Auch dem Föderalstaat werden mit dem vorliegenden Resolutionsvorschlag bewusst die Forderungen unterbreitet, einen einheitlichen Einspeisetarif für grünen Strom und Atomstrom festzulegen. Der Föderalstaat soll ebenfalls darauf achten, dass die Festlegung der Einspeisetarife nur unter den Gesichtspunkten der Vermeidung von Stromverteuerungen geschieht und dass in besonderem Maße Haushalte mit kleinem Einkommen vor Verteuerungen geschützt werden.

Die abschließende Forderung des vorliegenden Resolutionsvorschlags ist an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet. Damit beauftragt das Parlament die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die von mir soeben aufgezählten Forderungen mit Nachdruck bei der Föderalregierung und der wallonischen Regionalregierung zu vertreten und das Parlament regelmäßig über die Entwicklung zu informieren. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der SP, der PFF und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Vielen Dank, Herr Servaty! Wir kommen zu den Stellungnahmen der Fraktionen. Für die CSP-Fraktion hat Herr Grommes das Wort.

HERR GROMMES *(vom Rednerpult)*: Werter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Als zu Beginn der breiten Nutzung der Fotovoltaik klar wurde, dass diese eine weitere echte Teilalternative zu den fossilen Energiequellen und zur Atomenergie darstellt, beschloss man in vielen europäischen Staaten, diese Form der Energieerzeugung zu unterstützen. In Belgien und in der Wallonischen Region war und ist das nicht anders.

*Frau Creutz-Vilvoye, Vizepräsidentin, übernimmt den Vorsitz.*

Die seitens der Wallonischen Regierung im Jahr 2007 bzw. 2008 getroffene Entscheidung, Fotovoltaikanlagen zu fördern, war im Großen und Ganzen recht großzügig und wirkte sich äußerst positiv auf die Umwelt und die Wirtschaft aus. Es entstanden viele Arbeitsplätze in zum Teil neuen Betrieben. Klar ist darüber hinaus auch, dass dank des lukrativen Angebots sicher wesentlich mehr Privathaushalte und Unternehmen eine solche Anlage installierten, als es ohne diese Förderung der Fall gewesen wäre.

Insbesondere die Förderung durch Steuerermäßigungen und grüne Zertifikate hat zweifellos dafür gesorgt, dass diese Technologie regelrecht boomte. Dieser Boom stellte allerdings all jene vor ein Problem, die zuvor mit einer lukrativen Anschubförderung durch öffentliche Mittel warben, d. h. die öffentliche Hand und insbesondere die wallonische Regionalregierung.

Nun steht die Alternative im Raum, diese Förderung abzubauen und die Förderung des alternativen Stroms zu besteuern oder mit Abgaben zu versehen. Ich persönlich finde diese Option nicht gut, denn wenn eine Förderung in Aussicht gestellt worden ist, dann sollte sie auch gewährt werden – nicht mehr und nicht weniger. Alles andere führt bei den Bürgern zu Frustration und zum Verlust der Glaubwürdigkeit der Politik.

Dass eine Förderung irgendwann einmal ausläuft oder zugunsten neuer Projekte gekürzt oder gestrichen wird, ist verständlich, denn es geht um Steuergelder. Dass jedoch im Nachhinein ein Versprechen nicht gehalten wird, ist in meinen Augen nicht korrekt. Die Akzeptanz alternativer Energien kann durch solche Entscheidungen erheblich beeinträchtigt werden. Wer arbeitet, wer sich anstrengt, rechnet und investiert, wer seine Möglichkeiten nicht zum Schaden, sondern zum Wohle der Umwelt einsetzt, der soll nicht auch noch durch solche Entscheidungen finanziell belastet und beeinträchtigt werden.

Wer eine so bedeutende Förderung abändert, der muss behutsam alle Konsequenzen sowohl für die Arbeitsplätze als auch für die Haushalte mit geringerem Einkommen abwägen. Ich vertrete außerdem den Standpunkt, dass die Investition in alternative Energieerzeugung nicht durch hohe Einspeisetarife erschwert werden darf. Ferner muss jede Entscheidung über Einspeisetarife und Strompreise auf deren Auswirkungen auf kleine Betriebe und geringe Einkommen überprüft werden.

Aus all diesen Gründen wird die CSP den vorliegenden Resolutionsvorschlag unterstützen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

FRAU CREUTZ-VILVOYE, Vizepräsidentin: Für die SP-Fraktion hat Herr Servaty das Wort.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die SP-Fraktion bewertet den vorliegenden Resolutionsvorschlag als ein deutliches Zeichen an die drei Regierungen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Entwicklungen in Sachen Energiepolitik und deren Auswirkung auf die Brieftaschen der Bürger intensiv beobachtet und begleitet. Nicht zuletzt möchten wir mit diesem Vorschlag vermeiden, dass dieses Thema über die Köpfe der deutschsprachigen Belgier hinweg entschieden wird. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion auch entschieden, dem zuständigen Ausschuss den Resolutionsvorschlag vorzulegen und ihn dort zu erörtern.

Dass wir mit diesem Thema bei den Bürgern und Betrieben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen sensiblen Nerv getroffen haben, zeigt die breite Zustimmung, die der Vorschlag letzten Endes unter den Fraktionen im Ausschuss erzielt hat.

In der Tat sind Fragen zur Energiepolitik und zu deren sozialer und ökologischer Verträglichkeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Schließlich betreffen sie jeden einzelnen Menschen. Umso wichtiger ist in solch weitreichenden Fragen eine breite, fraktionsübergreifende Mehrheit unter den Entscheidungsträgern.

Deshalb begrüßen wir, dass sich eine solche Mehrheit abzeichnet, und dafür danken wir ausdrücklich auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. Die Abänderungsvorschläge im Dokument 160 Nr. 2 sind das Ergebnis von Ausschussberatungen, die in einem breiten Konsens mündeten. Deshalb freut es uns umso mehr, dass in der Zwischenzeit für die meisten Fälle der rückwirkende Charakter der ursprünglich von der Wallonischen Region angekündigten Maßnahmen zurückgenommen wurde – Herr Grommes wies bereits darauf hin – und dass die sogenannte gestaffelte und solidarische Preisgestaltung auf Ebene der Wallonischen Region jetzt konkrete Formen annimmt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass ich Ihnen den Bericht und die wesentlichen inhaltlichen Punkte des Resolutionsvorschlags ausreichend erläutert habe. Deshalb



möchte ich abschließend noch eine prinzipielle Position der SP-Fraktion in Fragen der Energiepolitik darlegen.

Unserer Ansicht nach ist jede Form von Energiepolitik nur dann erfolgreich, wenn sie dazu führt, dass jeder Mensch jederzeit auf Energie zugreifen kann, ohne dabei an seine existenziellen Grenzen zu stoßen. Verteilungsgerechtigkeit ist ein Prinzip, das nicht nur auf die Verteilung von Energie, sondern vor allem auch auf deren Kosten Anwendung finden muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Winter steht vor der Tür und viele Haushalte werden bald wieder einen höheren Energiekonsum haben. Das wird vielen hart arbeitenden Menschen in unserem Land erneut große finanzielle Sorgen bereiten. Das darf jedoch nicht sein. Deshalb sollten wir uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln an einer Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen beteiligen.

In unseren Augen ist Energiepolitik zwangsläufig auch ein Feld der Sozialpolitik. Demzufolge ist der vorliegende Resolutionsvorschlag ein Schritt – wenn auch ein kleiner – in die richtige Richtung. Daher stimmt die SP-Fraktion dem vorliegenden Resolutionsvorschlag in seiner abgeänderten Form zu und wirbt abermals um eine breite Zustimmung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

FRAU CREUTZ-VIVLVOYE, Vizepräsidentin: Für die ECOLO-Fraktion hat Herr Mockel das Wort.

HERR MOCKEL *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich befürwortet die ECOLO-Fraktion, dass sich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einer Resolution um steigende Stromrechnungen kümmert und sich um eine zukunftsfähige Förderung der Fotovoltaikanlagen sorgt. Wir begrüßen darüber hinaus, dass unser Parlament eine inhaltlich korrekte Resolution verabschiedet, die zudem den aktuellen Gegebenheiten Rechnung trägt, wie sie sich zwischen dem Zeitpunkt der Hinterlegung und dem der Verabschiedung entwickelt haben. Dies sind wir der Glaubwürdigkeit unseres Hauses schuldig.

ECOLO stellt daher mit Genugtuung fest, dass einige Elemente des ursprünglichen Resolutionsvorschlags im Ausschuss korrigiert werden konnten. So unterstützte die Ursprungsfassung das Gerücht, dass unklar sei, wer denn nun von den günstigsten Förderungen profitieren könne. Dabei hat faktisch nie eine Unsicherheit darüber bestanden, wer denn unter welches Förderregime fällt. Ausschlaggebend war immer der Zeitpunkt der Rechnungsanzahlung. Dieses Kriterium galt schon im Jahr 2007 in der Amtszeit von Minister Antoine, als die ersten Fördermaßnahmen lanciert wurden.

Es stimmt, dass die Förderung der Investitionen in Fotovoltaikanlagen ohne korrigierende Maßnahmen in Zukunft eine deutliche Auswirkung auf die Strompreise haben würde. Um dies zu vermeiden, haben die Wallonische Region und der zuständige Minister gegengesteuert. Dadurch, dass die Fotovoltaikanlagen im neuen System *Qualiwatt* aus dem System der grünen Zertifikate herausgenommen werden, wird ihr Einfluss auf den Gesamtstrompreis nun gestoppt, sodass in Zukunft nicht mehr alle Verbraucher die Kosten für die Förderung von Fotovoltaikanlagen auf ihrer Rechnung haben werden. Es sei auch daran erinnert, dass die Förderung seit 2009 um 65 % zurückgefahren wurde, also schon bevor der Markt Ende 2012 kollabierte.

Die Forderung des Resolutionsvorschlags, dass nicht die Gesamtlast der Finanzierung der erneuerbaren Energien dem Endverbraucher in Rechnung gestellt werden darf, können wir also nur unterstützen, stellen aber auch fest, dass dem ohnehin nicht so ist bzw. nicht so sein wird.

Ähnlich zwiespältig verhält es sich mit der im Resolutionsvorschlag aufgeworfenen Frage, ob die Wallonische Region die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik rückwirkend

von 15 auf 10 Jahre verringert habe. Eine diesbezügliche Frage, mit deren Klärung juristische Dienste seit Monaten beauftragt sind, wurde in der ursprünglichen Fassung des Resolutionsvorschlags einfach mit Ja beantwortet. Wir bleiben dabei: Dem ist nicht so.

Der Standpunkt – den ich übrigens ebenfalls vertrat –, dass die Förderung für 15 Jahre garantiert sei, geht auf einen Erlass der wallonischen Regionalregierung vom 20. Dezember 2007 zurück. Darin heißt es an entscheidender Stelle: „Zehn Jahre nach der Gewährung der ersten grünen Zertifikate wird die Anzahl der für den restlichen Zeitraum“ – das sind die famosen fünf Jahre – „gewährten grünen Zertifikate durch die Anwendung eines K-Faktors verringert, der vom Minister auf Vorschlag der CWAPE für jedes Erzeugungsverfahren für Grünstrom bestimmt wird.“

Es ist aber auch richtig, dass seit 2007 alle – die politisch Verantwortlichen, die Handwerker, die Presse und logischerweise auch die Bürger – davon überzeugt waren, dass für die vor November 2011 installierten Anlagen eine 15-jährige Zertifikatsgarantie besteht. Wenn in der vorliegenden Fassung des Resolutionsvorschlags nunmehr von „teilweise rückwirkenden“ Maßnahmen die Rede ist, so ist das Wort „teilweise“ für uns ein politischer Kompromiss zwischen dem entstandenen Eindruck und den Fakten. Damit können wir leben.

Darüber hinaus erwecken einige Aussagen des Resolutionsvorschlags weiterhin den Eindruck, als sei die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik ein Hauptgrund für die Erhöhung der Strompreise seit 2007. Dies ist faktisch jedoch nicht der Fall, denn seit 2007 hat die Stromverteilung einen weitaus höheren Einfluss auf die Preissteigerungen als die Förderung von grünem Strom.

Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsvoll mit dem Thema Energiewende umgehen heißt, dem Bürger Zusammenhänge fair zu erklären und kein politisches Schwarzer-Peter-Spiel zu betreiben. Diese Fairness habe ich in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit manchmal vermisst. Verantwortungsvoll mit dem Thema Energiepreise umgehen heißt also auch, dem Bürger einerseits nicht vorzugaukeln, alles könne billiger werden, und andererseits Schreckensbilder zu malen und die erneuerbaren Energien als einzige Ursache für die aktuellen und künftigen Preissteigerungen darzustellen. In dieser Frage müssen die Fraktionen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft konsequent bleiben. Wir können nicht einerseits die Deutschsprachige Gemeinschaft auf Hochglanzpapier als zukünftige Modellregion in Sachen erneuerbare Energien und Energieeffizienz verkaufen und andererseits den Teufel an die Wand malen, wenn in Technologien zur Produktion alternativen Stroms investiert wird und sich das in einer ersten Phase auf unsere Stromrechnungen niederschlägt. Wir können nicht einerseits über den grünen Klee loben, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft Schulbauten, die teurer sind, weil sie Passivhausstandard erfüllen, zu 80 oder gar zu 100 % bezuschusst, und andererseits über fast alle Initiativen wettern, mit denen die Wallonische Region die Investition in erneuerbare Energien fördern möchte. Beides, unsere Baumaßnahmen und die Förderung von Investitionen in alternative Energien, werden unsere Bürger irgendwann bezahlen, nur eben über verschiedene Kanäle. Und beides, sowohl das Energiesparen als auch die Förderung erneuerbarer Energien, sind nach wie vor der richtige Weg.

Energie wird teurer werden; so ehrlich muss jeder Politiker auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft seinen Wählern gegenüber sein. Die Energiewende wird Geld kosten, das alle gemeinsam aufbringen müssen. Für ECOLO heißt das aber auch: jeder nach seinen finanziellen Möglichkeiten! In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Wallonische Region zuletzt manche Isolierungsprämien substanziell erhöht hat und dass diese Prämien bei niedrigem Einkommen weitaus höher ausfallen.

Auch die künftige Staffelung des Strompreises in der Wallonischen Region koppelt einen erhöhten Erhalt von sogenannten Gratis-Kilowattstunden u. a. an das Einkommen. Wenn jetzt all jene, die diesen Mechanismus monatelang kritisiert haben, in den von ihnen

kontrollierten sozialen Wohnungsbaugesellschaften für die Renovierung des bestehenden Wohnparks sorgen, damit ihre Mieter künftig keine übermäßig hohen Heizkosten mehr haben, dann wäre das für uns sowohl sozial- als auch umweltpolitisch ein richtiger Schritt.

Hier kommt aber noch ein weiterer Aspekt ins Spiel: Wie bereits erwähnt, wird unsere Gesellschaft in den kommenden 30 Jahren enorme Summen in die Energieversorgung und in die Energieeffizienz investieren müssen. Ich ziehe es vor, das Geld in erneuerbare Energien und Energieeinsparungen zu investieren, statt in Atommüllendlager, Betonsarkophage oder Entseuchungsmaßnahmen für die kommenden hundert Generationen – um als Gegenbeispiel nur einmal die Atomkraft zu nennen.

Selbst wenn manche den Klimawandel immer noch in Frage stellen, ändert das nichts an der Kernfrage, welche Energieressourcen wir unseren Nachfahren hinterlassen. Auch Kohle und Uran sind nicht in unbegrenztem Maße vorhanden. Daher ist es unsere Aufgabe, das Geld, das wir so oder so in unsere Energieversorgung investieren müssen, in Energieressourcen zu investieren, deren Nutzung nicht nur in den nächsten 100 oder 150 Jahren, sondern weit darüber hinaus gesichert ist.

Wir alle sind uns wohl einig, dass nur eines wesentlich ist: Wir brauchen die Energiewende, und deshalb möchten wir alle Bürger, ob Groß- oder Kleinverdiener, mit ins Boot nehmen. In diesem Sinne wollen wir mit dem Resolutionsvorschlag vor allem folgenden Aspekt in den Vordergrund stellen: die Sorge um die Mitbürger, die Monat für Monat Schwierigkeiten haben, ihre Strom- oder Energierechnung zu begleichen. Aus diesem Grund wird die ECOLO-Fraktion dem Resolutionsvorschlag in der nun vorliegenden Fassung zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

FRAU CREUTZ-VILVOYE, Vizepräsidentin: Für die PFF-Fraktion hat Herr Keul das Wort.

HERR KEUL *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die im Vorfeld des vorliegenden Resolutionsvorschlags geführten Gespräche zum Thema Fotovoltaik haben in unserer Fraktion zum Teil für Verwirrung gesorgt. Bei dem Versuch, einen Resolutionsvorschlag zu formulieren, der den Tatsachen Rechnung trägt, gingen offensichtlich die Meinungen auseinander. Es verblüfft uns doch sehr, dass man ausgerechnet in den Reihen der ECOLO-Fraktion so sehr darauf bedacht war, den Resolutionsvorschlag so zu formulieren, dass er bei den Bürgern keine Unsicherheit hervorruft.

*(Zwischenruf von Frau Franzen)*

HERR BRAUN *(aus dem Saal)*: Wundert Sie das?

HERR KEUL *(vom Rednerpult)*: Dies hat uns sehr gewundert ... *(Zwischenruf von Frau Franzen)* ... da es fast ein wenig so klingt, als habe das Thema Fotovoltaik in der Öffentlichkeit bis dato noch keineswegs für Unsicherheit gesorgt. Diese unrealistische Betrachtungsweise der Sachlage lässt wohl so manchen hier im Plenarsaal schmunzeln, obwohl das Thema an sich, wenn man sich damit gut auskennt, alles andere als lustig ist.

Die Kollegen von ECOLO haben jedoch anscheinend in puncto Fotovoltaik eine so verzerrte Sichtweise, dass es nahezu lächerlich wirkt. Entschuldigen Sie bitte ... *(Zwischenruf)* ... falls sich Ihnen gerade die Nackenhaare sträuben! Doch waren es nicht Sie, die in der Debatte den rückwirkenden Charakter der Maßnahme zunächst für unkorrekt hielten? ... *(Zwischenruf)* ... Bei den im Vorfeld geführten Diskussionen ließen Sie ja sogar verlauten, dass von Anfang an für alle klar gewesen sei, dass die derzeit geltende Förderregelung nicht ewig Gültigkeit haben würde. Das stimmt zwar in gewisser Weise, doch lässt sich die politisch unkorrekte Rückwirkung der beschlossenen Regelung dadurch nicht wieder geradebiegen. Auch wenn das neue System *Qualiwatt* nur für Personen gilt, die

nach dem 1. April 2013 über eine Fotovoltaikanlage in die Produktion von grünem Strom investiert haben, so hätte das gesamte zugesagte Regelwerk für die Periode vom 30. November 2011 bis zum 1. April 2013 um ein Haar rückwirkenden Charakter bekommen.

HERR BRAUN (*aus dem Saal*): Das ist doch nicht wahr!  
(*Zwischenruf von Frau Franzen*)

HERR KEUL (*vom Rednerpult*): Sie mögen dies bestreiten, werte Mitglieder der ECOLO-Fraktion ... (*Zwischenruf von Herrn Braun*) ... doch wie Sie selbst genau wissen, belegen die in der Öffentlichkeit geführte Debatte und die juristischen Analysen der Sachlage, dass für die oben genannte Periode die Regelung nur deshalb die alte geblieben ist, weil sich betroffene Bürger juristisch dagegen aufgelehnt haben. Zum Beispiel hat unsere Mutterpartei MR in Namür mehrere rechtliche Schritte in die Wege geleitet und es hat eine Initiative „*Touche pas à mes certificats verts!*“ gegeben. Und dann kommen Sie und wollen bei der Formulierung des Resolutionsvorschlags vermeiden, dass es in unserer Bevölkerung zu Verunsicherung kommt? Diese Haltung wirft Fragen auf!

Manch einer mag ja sagen, man habe als Fotovoltaik-Investor damit rechnen müssen oder zumindest können, dass ein Fördersystem von über 2,5 Milliarden Euro nicht gestemmt werden kann. Doch hier geht es um ein Fördersystem, das von der wallonischen Regierung vorgeschlagen und zugesichert worden ist. Der gern angestellte Vergleich mit dem Aktienmarkt, bei dem man sich bewusst auf Spekulationen einlässt, ist zwar nicht ganz abwegig, aber doch mit Vorsicht zu genießen. Schließlich geht es beim Thema Fotovoltaik um das Wort der Regierung; sie hat Vertrauen eingebüßt. Unsere Bürger schenken den Politiker ihre Stimme nicht, damit sie Bestimmungen erlassen, die sie im Nachhinein nicht umsetzen können, weil sie nicht tragbar sind.  
(*Zwischenruf von Frau Franzen*)

Demzufolge ist die im vorliegenden Resolutionsvorschlag gewählte Formulierung „teilweise rückwirkenden Charakters“ in den Augen der PFF ein Kompromiss und nur deshalb tragbar, weil wir mit diesem Resolutionsvorschlag auch dafür plädieren, dass die Förderkriterien, die zum Zeitpunkt der Entscheidung für den Kauf einer Fotovoltaikanlage Gültigkeit hatten, weiterhin Bestand haben. Damit soll schlicht und einfach das Prinzip der Rechtssicherheit für alle Anlagen, die bis zum 31. März 2013 einschließlich ans Netz gegangen sind, gewährleistet werden.

*Der Präsident, Herr Miesen, übernimmt den Vorsitz.*

Darüber hinaus plädiert die PFF dafür, dass die Rentabilität neuer Anlagen zu einem Mindestmaß erhalten bleibt. Das Rentabilitätsniveau von Fotovoltaikanlagen muss auf dieselbe Stufe gestellt werden wie das anderen Technologien, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Zudem müssen sobald wie möglich alternative Fördermodelle entworfen werden, die dafür sorgen, dass die Produktion von grünem Strom nicht länger einzig und allein zulasten der privaten und gewerblichen Verbraucher geht. Nein, der nächste Schritt in dieser Angelegenheit muss vor allem sein, in Rücksprache mit der Föderalregierung einen einheitlichen Einspeisetarif festzulegen. Die derzeit zur Debatte stehenden Einspeisetarife für grünen Strom sind höher als die von Atomstrom. Diese wettbewerbsverzerrende Ungleichheit der Einspeisetarife muss zum Schutz von Privatpersonen, Unternehmen und Arbeitsplätzen ausgeräumt werden, denn die Lebenshaltungskosten sind für den Bürger mit kleinem Einkommen ohnehin schon schwer zu tragen. Es geht nicht an, dass Bürger in eine prekäre Lage geraten, nur weil sie in eine gute Sache investieren möchten. Vor allem soll die Investition in grünen Strom nicht an Attraktivität verlieren. Die Tatsache, dass die Produktion desselben durch Privatinvestitionen angestiegen ist, ist an sich eine gute Sache. Jedoch sollten Privathaushalte und Unternehmen durch vertrauenswürdige, vorteilhafte Fördersysteme auch in Zukunft motiviert werden, in alternative Energien zu investieren.

Lange Rede kurzer Sinn: Die PFF-Fraktion hält den Resolutionsvorschlag für korrekt und wird ihm deshalb zustimmen. Es ist jedoch Vorsicht geboten: Auch wenn wir hier von grünem Strom reden, so ist für unsere Wählerinnen und Wähler gewiss noch kein Gras über diese Sache gewachsen! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.

HERR BALTER *(vom Rednerpult)*: Mitglieder von Regierung und Parlament, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Zur Diskussion und Abstimmung steht nun ein Resolutionsvorschlag der SP-Fraktion bezüglich der Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen. Das hört sich eigentlich ganz gut an.

Zu Recht haben wahrscheinlich zahlreiche erboste Bürger beim Bürgerbüro der SP angerufen, um ihrem Kummer und ihrem Frust über die angekündigten Änderungen bei der Subventionierung von Fotovoltaikanlagen und der Regelung in Bezug auf die grünen Zertifikate Luft zu machen. Sicherlich ist da einiges falsch gelaufen, manches vielleicht sogar bewusst falsch kommuniziert worden, sodass die Bürger, die ihr Geld in solche Anlagen gesteckt haben, verunsichert waren.

Dass die SP-Fraktion jetzt diesen Resolutionsvorschlag einreicht, hat auch mit dem Wahlkampf zu tun, denn so kann man den Leuten zeigen, wie sehr man sich doch bemüht, die Sache in Ordnung zu bringen. Ganz nach dem Motto: „Keine Angst, wir regeln das schon!“ Und es gibt in der Tat einiges zu regeln.

Wie sagte Einstein so schön: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Im Folgenden möchte ich einige Hintergrundinformationen zu dieser Thematik geben: Aufgrund von EU-Vorgaben haben sich der belgische Föderalstaat und seine Regionen verpflichtet, mehr und mehr Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen. Jüngst wurde Belgien diesbezüglich erneut ermahnt, u. a. in der letzten Empfehlung der EU-Kommission.

Meine Damen und Herren, wir sind für die Investition in erneuerbare Energien und für eine klare und gut strukturierte Energiewende weg vom Atomstrom hin zu einer dezentralen Versorgung von kleineren Einheiten. Hier spielen die erneuerbaren Energien – Wind, Wasser, Sonne und bedingt auch die Biomasse – eine wichtige Rolle. Gerade, was den dezentralen Energiebereich betrifft, gibt es zahlreiche Forschungen und Entwicklungen zu zusätzlichen Formen der Energieerzeugung. Diese finden leider keinerlei öffentliche Beachtung, obwohl sie eine Alternative sein könnten. Vielleicht finden wir zu einem späteren Zeitpunkt einmal die Gelegenheit, darüber zu reden.

Bevor uns das Licht ganz ausgeht – viele Atomkraftbefürworter geben diese Warnung bekanntlich gerne aus –, sollte uns erst ein Licht aufgehen! Aber die Energiewende und die Investitionen in erneuerbare Energien sollten stets und in erster Linie im Einklang mit der Natur geschehen, statt unverantwortlich und um jeden Preis.

In den letzten Jahren konnte man in der Wallonischen Region mit ansehen, wie es eigentlich nicht funktionieren sollte. Der Druck der EU hatte vor einigen Jahren zu einem Subventionsdrang geführt. Zur Erinnerung: Belgien und die Wallonische Region haben die Energiewende jahrelang verschlafen. Politische Fehlentscheidungen und ein jahrelanger Lobbyismus der Energiekonzerne – schon immer von der PS mitgetragen – haben dazu geführt, dass wir immer noch einen Großteil unserer Stromproduktion aus völlig veralteten Kernkraftwerken beziehen. Irgendwann sollte der Bürger es dann richten. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Subventionsprojekte ins Leben gerufen, die jedoch nicht immer vernünftig waren.

Fotovoltaikanlagen wurden anfangs sehr hoch bezuschusst. Irgendwann ging das Geld dann aus, die Notbremse wurde gezogen und man konnte alte Versprechungen nicht mehr einhalten. So etwas darf nicht geschehen! Wenn man es genau betrachtet, hat die Energiepolitik der Wallonischen Region zu zahlreichen Irrläufen und Fehlentwicklungen geführt, die nichts mehr mit dem eigentlichen Ziel zu tun haben. Das Schlimmste ist: Trotz riesiger Investitionen und trotz jahrelanger politischer Debatten sind in Belgien immer noch völlig veraltete Kernkraftwerke am Netz, die Tag für Tag eine Gefahr darstellen und Müll erzeugen, der über Jahrhunderte radioaktiv bleiben wird.

In manchen Bereichen gab es Fehlentwicklungen, die einfach nicht nachvollziehbar sind, so zum Beispiel bei der Energiegewinnung aus Biomasse. Holzpellets wurden aus Kanada importiert. Wertvolles Bauholz wurde in alten Kohlekraftwerken verfeuert, und dafür erhielten die Betreiber sogar grüne Zertifikate. Auch in unseren Breitengraden waren ähnliche Anlagen in der Planung. Es gibt jedoch auch lobenswerte Beispiele aus der Wallonischen Region.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Wir befürworten ausdrücklich die Installation von Fotovoltaikanlagen und können die zahlreichen erbosten, verunsicherten Bürger gut verstehen. Viele Forderungen des Resolutionsvorschlags unterstützen wir. Eines sollten wir jedoch nie vergessen: Jede gute Idee, jede gute Lösung wird in einem Finanz- und Wirtschaftssystem, wie wir es heute kennen, Missbrauch hervorrufen. Das System fordert Rendite, und dabei schaut man nicht immer auf die Umwelt.

Wenn uns wirklich etwas an einer positiven Wende auf dem Energiemarkt liegt und daran, dass sich diese Entwicklung im Einklang mit Mensch und Natur vollzieht, dann müssen wir uns ernsthaft mit dem Finanz- und Wirtschaftssystem auseinandersetzen, meine Damen und Herren. Alles andere ist Augenwischerei!

Bis zum heutigen Tag haben wir uns jedoch noch nicht ernsthaft mit dem derzeitigen Finanz- und Wirtschaftssystem auseinandergesetzt. Man tut nur so, als ob, und hält an der Position fest – eben haben wir es wieder gehört –, dass das nicht zum Auftrag des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört. Wir und alle Bürger unserer Gemeinschaft müssen wohl mit den Auswirkungen dieses Systems zurechtkommen. Wenn wir das Wohlergehen der Bürger aber weiterhin vom Wirtschaftswachstum abhängig machen – nach einer Abkehr von diesem System sieht es jedenfalls noch nicht aus –, dann müssen wir uns mit Dokumenten wie dem vorliegenden Resolutionsvorschlag befassen.

Meine Damen und Herren, der Titel des Resolutionsvorschlags endet mit dem Satzteil „... zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen“. Seit Jahrzehnten, ja eigentlich seitdem es die Wallonische Region gibt, sind die Sozialisten in der wallonischen Regionalregierung vertreten. Seit Jahrzehnten ist die PS Mitglied der Föderalregierung. Werte Kolleginnen und Kollegen der SP-Fraktion, wenn Sie jetzt so tun, als ob Sie sich für Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen einsetzen würden, ist das schon gewagt. Was hat denn die PS eigentlich in den letzten Jahrzehnten in dieser Angelegenheit unternommen? Eines ist sicher: Indem Sie den Lobbyismus der Energiekonzerne geduldet haben, haben auch Sie es zugelassen, dass der Strom immer teurer wird und die Atomkraftwerke immer noch am Netz sind!

Wenn Ihnen wirklich etwas an einer Verbesserung der Situation gelegen wäre, dann würden Sie weder den EU-Gesetzen bindungslos zustimmen noch das bestehende Wirtschafts- und Finanzsystem gutheißen.

Kolleginnen und Kollegen, die im Resolutionsvorschlag aufgeführten Forderungen sind teilweise verständlich und logisch, sodass wir vielen davon zustimmen werden. Es gibt vernünftige Ansätze, jedoch hat die Diskussion heute und im Ausschuss gezeigt, dass es

sich auch bei diesem Resolutionsvorschlag um ein politisches Spiel handelt. Dies können wir nicht unterstützen. Somit werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Resolutionsvorschlag unserer Stimme enthalten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei VIVANT)*

HERR MIESEN, Präsident: Für die ProDG-Fraktion hat Herr Velz das Wort.

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! Wie wir bereits mehrfach gehört haben, hat kaum ein Thema unsere Mitbürger in den vergangenen Monaten so sehr verunsichert wie die Ankündigung, dass die Förderung von Fotovoltaikanlagen gekürzt werden soll. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der doch zum Teil müde wirkenden Gesichter im halbleeren Saal ... *(Zwischenruf)* ... möchte ich das Ganze etwas lockerer und mit einem Augenzwinkern schildern und exemplarisch aus der Sicht eines einfachen fiktiven Bürgers – nennen wir ihn Hubert – aufzeigen, wie schwierig es für ihn war und ist, das ganze Hin und Her rund um die Förderung von Investitionen in Fotovoltaik zu verstehen.

Wir schreiben das Jahr 2009.

HERR BRAUN *(aus dem Saal)*: Das war 2007!

HERR VELZ *(vom Rednerpult)*: Jaja, es war noch früher, aber ... *(Unruhe im Saal)* ... ich steige *in medias res* ein, also in das Jahr 2009. ... *(Zwischenruf: „Es geht ja um Hubert!“)* ... Hubert hatte man nämlich gerade zu diesem Zeitpunkt den Betrag seines Pensionssparens ausbezahlt und er hatte das Geld direkt in eine Fotovoltaikanlage investiert. Er kam sich vor wie ein Held, hatte er doch seine sauer ersparten Reserven in letzter Minute vor den in sich zusammenbrechenden Banken retten können, indem er sich zwar eine teure, aber in jeder Hinsicht vielversprechende Fotovoltaikanlage aufs Dach hatte installieren lassen.

Die Anschubbeziehung durch die Wallonische Region hatte ihm die Angst vor dieser gewagten Investition zwar ein wenig genommen, restlos überzeugt hatte ihn aber erst das Versprechen, dass ihm für eine Dauer von 15 Jahren eine Einspeisevergütung in Form von staatlich garantierten grünen Zertifikaten gewährt würde. So schien ihm auch der grüne Kredit, den er zusätzlich zu seinem Ersparten aufnehmen musste, verkraftbar.

Noch ein weiterer Stein war Hubert vom Herzen gefallen: Jahrelang hatte er nämlich mit Selbstzweifeln zu kämpfen gehabt, weil alles, was er tat, irgendwie sündhaft geworden war. Flog er in Urlaub ... *(Vereinzelt Gelächter)* ... fühlte er sich als CO<sub>2</sub>-Verbrecher und Klimakiller. ... *(Vereinzelt Gelächter)* ... Jedes Mal, wenn er vor dem Fernsehabend den Temperaturregler seiner Ölheizung um einige Grade nach oben schob, ging ihm ein Stich durchs Herz, wusste er doch, dass er damit unwiederbringlich fossile Brennstoffe verpulverte und außerdem das Ozonloch in bedrohlicher Weise vergrößerte. Am liebsten hätte er wegen des damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sogar auf das Atmen verzichtet. ... *(Zwischenruf)* ... Jetzt, wo er Solarstrom produzierte und dadurch viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermied, war sein Gewissen wieder rein ... *(Unruhe im Saal)* ... und er konnte sich des Lebens wieder freuen. Leider währte dieser Zustand nicht sehr lange, denn dass sich die Stromrechnung seiner Mitbürger verteuern sollte, weil er im Sommer Strom ins Netz einspeiste und diesen dann im Winter verbrauchte, das hatte er eigentlich nicht gewollt. So fühlte er sich erneut irgendwie schuldig.

Auch die Tatsache, dass die grünen Zertifikate den Markt überschwemmten, was zu einem Preisverfall und Absatzschwierigkeiten führte, stimmte ihn nicht gerade fröhlich. Deshalb versuchte er, seine Fotovoltaikanlage sozialverträglich zu nutzen und den produzierten Strom möglichst sofort zu verbrauchen. Dafür stellte er seine Gewohnheiten um, ließ Geschirrspüler ... *(Unruhe im Saal)* ... Waschmaschine und Trockner nicht wie früher

nachts, sondern tagsüber laufen. Er schaffte sich 12-Volt-Akkus an, die er tagsüber lud, damit er abends fernsehen konnte und Licht für seine 12-Volt-Birnen sowie Strom für seinen Laptop hatte. Auch dachte er immer öfter über ein Elektroauto nach, das er tagsüber mit seinem Solarstrom würde aufladen können.

Alles schön und gut, doch für Hubert, der die Fotovoltaikanlage zu einem Zeitpunkt gekauft hatte, als diese noch richtig teuer waren, blieben viele Fragen offen. Zwei davon möchte ich hier aufgreifen. Hubert fragte sich, ob die Verantwortlichen nicht früher alles gründlicher hätten durchrechnen sollen, statt ihm für 15 Jahre grüne Zertifikate zu garantieren und ihn so zu ermutigen, seine gesamte Altersvorsorge in diese Anlage zu investieren und außerdem noch einen Kredit aufzunehmen. Für mich ist diese Frage nachvollziehbar, denn ich glaube, in der letzten Plenarsitzung hier von diesem Rednerpult den Satz „*Gouverner, c'est prévoir*“ gehört zu haben.

Außerdem fragte sich Hubert, warum man ein komplexes System von Zertifikaten erfunden hat, statt sich an eine unbürokratische Praxis anzulehnen, wie es sie in anderen Ländern gibt: Dort kann ein privater Stromlieferant seine Investition in seine Fotovoltaikanlage abschreiben, kassiert für den eingespeisten Strom Geld, bezahlt für den verbrauchten Strom und wird am Ende auf den eventuell erwirtschafteten Gewinn ganz normal besteuert.

Diese und viele andere Fragen, die dem Beispielbürger Hubert durch den Kopf gingen, haben sich viele Mitbürger in der letzten Zeit gestellt. Leider konnte ihnen bis jetzt noch niemand ihre Sorgen um teurere Stromrechnungen und um die Rentabilität ihrer Fotovoltaikanlagen ganz nehmen.

Auch wenn für uns durch die Diskussion im Ausschuss, u. a. auch durch die Ausführungen von Herrn Mockel, manches klarer geworden ist, herrscht vielerorts leider immer noch Ratlosigkeit und Verunsicherung. Das ist der Hintergrund, vor dem man den Resolutionsvorschlag, auf den sich die Fraktionen im Ausschuss I geeinigt haben, der heute zur Abstimmung steht und den ProDG natürlich unterstützt, sehen muss. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Wir kommen zur Antwort der Regierung. Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident *(vom Rednerpult)*: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Da auch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den glücklichen Adressaten dieses Resolutionsvorschlags gehört, werde ich in ihrem Namen ebenfalls kurz dazu Stellung nehmen.

Der uns erteilte Auftrag ist überschaubar. Das Parlament fordert uns auf, seine in diesem Resolutionsvorschlag gestellten Forderungen mit Nachdruck bei der wallonischen Regionalregierung und der Föderalregierung zu vertreten. Dieser Aufforderung kommen wir natürlich sehr gerne nach.

Na ja, dann wäre da noch Hubert. ... *(Vereinzelt Gelächter)* ... Können wir einen Bürger so alleinlassen? Das können wir nicht. Wir müssen etwas für Hubert tun ... *(Gelächter)* ... aber ich weiß noch nicht, was. ... *(Gelächter)* ... Im Augenblick fällt mir nichts Besseres ein, als ihm vorzuschlagen, mit der Oma von Herrn Balter eine Selbsthilfegruppe zu gründen. ... *(Allgemeines Gelächter)* ... Ist doch nicht schlecht, oder? ... *(Gelächter)* ... Beide schicken wir dann zu Kollege Mollers, damit er ihnen hilft, auch wenn das ... *(Allgemeines Gelächter)* ... Frau Franzen nicht gefällt.

Mir scheint, wir alle hatten diese kleine Auflockerung verdient, aber nun Scherz beiseite! Die Thematik des Resolutionsvorschlags ist sehr wichtig. Bei unserer Runde durch die



Gemeinden haben wir Gespräche in Arbeitsgruppen geführt und uns dabei u. a. dem Thema Energieleitbild gewidmet. In jeder der neun Gemeinden sind wir von erbosten Bürgern geradezu überfallen worden. Sie waren so erbost, dass es manchmal gar nicht möglich war, ihnen verständlich zu machen, dass wir nun wirklich nicht die Verantwortlichen für die Problematik rund um die Fotovoltaikanlagen sind, sondern dass diese in die Zuständigkeit der Wallonischen Region fällt. Nach einer gewissen Zeit haben sich die Bürger dann beruhigt, sodass wir erneut ein vernünftiges Gespräch führen konnten. In drei Gemeinden waren die Diskussionen sogar besonders kontrovers, denn dort waren auch Klimaschutzskeptiker anwesend. Die drei Leserbriefschreiber, die wir ja alle kennen, hatten das sehr gut organisiert: Sie waren an drei verschiedenen Abenden anwesend, um bei diesem Thema mitzumischen. In puncto Animation waren diese Abende eine richtige Herausforderung. Zum Glück habe ich in jungen Jahren bei der KLJ gelernt, wie man mit solchen Problemen umgeht.

Die Bürger sind aufgebracht, und es ist sehr wichtig, dass ihnen die Lösungen nun glaubwürdig vermittelt werden. Das ist meines Erachtens eine große Aufgabe, denn bei einer solchen Angelegenheit – und das ist mir sehr ernst gemeint – ist die Gefahr sehr groß, dass der Politik ein ganz großes Stück an Glaubwürdigkeit verloren geht. Deshalb ist die Problematik in Bezug auf die Fotovoltaikanlagen für uns eine Art Lehrstück. Auch das ist mir sehr ernst und keineswegs zynisch gemeint, denn Tatsache ist, dass die Wallonische Region dieses Thema ungeschickt angepackt hat. Es kann aber vorkommen, dass solche Sachen schiefgehen, sodass nachkorrigiert werden muss und Rechtsstreitigkeiten vorprogrammiert sind. Daraus sollte man auf jeden Fall Lehren ziehen. Bei Förderungen, die als Anreiz notwendig sind, um eine neue Maßnahme oder Technologie zu lancieren, muss man achtgeben, dass die finanziellen Konsequenzen nicht aus dem Ruder laufen. In eine solche Gefahr könnten auch wir mit einer unserer Förderregelungen durchaus geraten. Um das zu vermeiden, sollten wir die Vorgehensweise der Wallonischen Region hinsichtlich der Fotovoltaikanlagen sehr genau untersuchen und sie als Negativbeispiel verinnerlichen, damit wir es gegebenenfalls besser machen können.

Wie dem auch sei, das ganze Thema ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Bürger von ganz großer Bedeutung, denn hierzulande wird überdurchschnittlich viel in erneuerbare Energien investiert. Das fällt einem auf, wenn man durch die verschiedenen Ortschaften fährt. Die zahlreichen Investitionen in die erneuerbare Energiegewinnung hat sicherlich auch etwas mit dem Einfluss der deutschen Medien auf unsere Bevölkerung zu tun. Die Energiewende ist ein brandaktuelles Thema. Da ist es geradezu lächerlich, dass ein Oppositionssprecher die mächtige PS für die Politik der großen Konzerne verantwortlich macht. Aber wie gesagt, das sind Bemerkungen ...

HERR SIQUET (*aus dem Saal*): Ich denke, der Mann ist blind!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): ... mit denen man sich nicht ernsthaft beschäftigen muss.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Meine Bemerkungen waren allerdings sachlich!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident (*vom Rednerpult*): Man sollte das Wort „sachlich“ doch nicht so vergewaltigen. Das ... (*Zwischenruf von Herrn Balter*) ... was Sie Tatsachen nennen, würde man am besten in ein Wörterbuch der abstrusen und komischen Geschichten aufnehmen. ... (*Vereinzelt Gelächter*) ... Wie dem auch sei, die Energiewende wird uns noch sehr oft beschäftigen, denn sie ist aus vielerlei Gründen sehr komplex.

Alle möchten die Energiewende, aber keiner möchte, dass die Windräder in seiner unmittelbaren Nähe stehen. Mittlerweile diskutiert man ja schon darüber, ob Fotovoltaikanlagen optisch nicht stören. Wenn es schließlich darum geht, Leitungen zu verlegen, damit der eingespeiste Strom weitergeleitet werden kann, dann sind ebenfalls plötzlich alle dagegen. Das alles sind reale Begebenheiten aus unserer Gegend.

Die Energiewende muss man sicherlich ganz gezielt angehen, aber dazu braucht man einen sehr langen Atem. Es gibt vor allem zwei wichtige Themen. Da ist zum einen der Energiemix. Ich kenne viel zu wenig davon, um Ihnen die Details erläutern zu können, aber auf meinen Reisen habe ich gelernt, dass die besten Lösungen die sind, bei denen verschiedene Energieträger zum Einsatz kommen, die noch dazu den regionalen Gegebenheiten angepasst sind. Für einen solchen Energiemix gibt es sehr schöne Beispiele in befreundeten Regionen. Ich war persönlich anwesend, als sich das Burgenland, das kleinste Bundesland Österreichs, am 13. September 2013 als erste Region in Europa für energieautark erklärt hat. Das Burgenland produziert den gesamten Strom, den es braucht, selbst, und zwar im Wesentlichen mit Windenergie. Wie die Burgenländer das geschafft haben, ist eine sehr spannende Geschichte, aus der wir für unser Energieleitbild sehr viel lernen können.

Dieser Energiemix ist das Entscheidende. Damit werden wir uns auch hierzulande noch beschäftigen müssen.

Zum anderen spielt bei der Energiewende die Sozialverträglichkeit eine fundamentale Rolle. Strom muss bezahlbar sein. Für viele Bürger ist die Stromrechnung etwas sehr Frustrierendes. Sie sparen Energie, sie steigen um auf andere Technologien zur Produktion alternativen Stroms, aber die Stromrechnung wird immer teurer. Der Vergleich mit dem, was sie ausgegeben hätten, wenn alles so geblieben wäre wie vorher, ist eine theoretische Rechnung. Aber in der Realität sehen die Menschen vor allem, dass sie immer mehr Geld für Energie ausgeben müssen. Da ist noch sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, wobei es nicht zuletzt ganz entscheidend auf die Sozialverträglichkeit der Kosten ankommt.

Das alles wird in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von vielen Bürgern als ganz konkrete Problematik erlebt. Als Deutschsprachige Gemeinschaft können wir darin mit unseren Zuständigkeiten nur begrenzt eingreifen. Darauf haben wir bei den Diskussionen in den Gemeinden immer wieder hingewiesen. Mit dem Energieleitbild werden wir jedoch eine interessante Perspektive aufzeigen und Maßnahmen entweder durchführen oder aber initiieren können. Vor allem werden wir die gesamte Thematik der Energieeffizienz in einen völlig neuen Rahmen bringen können, wenn wir den geplanten Paradigmenwechsel in der Infrastrukturpolitik konkret vollzogen haben. Wenn wir für die Raumordnung und den Wohnungsbau zuständig würden – was wir ja hoffen und nach meiner Überzeugung mit der starken Unterstützung aller hier Anwesenden auch werden –, dann können wir in dem Bereich noch sehr viel mehr leisten.

Wie gesagt, die Regierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerne die nötige begleitende Unterstützung leisten und bei der Föderalregierung und bei der Regionalregierung dafür werben, dass die Forderungen des Parlaments in puncto Fotovoltaik und Verteuerung der Stromrechnung schon möglichst bald Wirklichkeit werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Möchte ein Parlamentsmitglied die Gelegenheit zur Erwiderung nutzen? Herr Servaty hat das Wort.

HERR SERVATY *(vom Rednerpult)*: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst der Behauptung widersprechen, die SP-Fraktion sei vor dem anstehenden Wahlkampf auf die Idee gekommen, diesen Resolutionsvorschlag zu hinterlegen. Man hat hier versucht, einen falschen Eindruck zu wecken. Die Wahrheit ist, dass wir diesen Resolutionsvorschlag nicht erst vor Kurzem, sondern bereits im Frühjahr hinterlegt haben.

Was die übrigen, wenig konstruktiven Äußerungen betrifft, bin ich der gleichen Meinung wie Kollege Mockel, der eben in seiner Stellungnahme dafür plädiert hat, dass wir aus den Beratungen im Ausschuss und im Plenum kein Schwarzer-Peter-Spiel machen sollen.

In diesem Sinne verzichte ich auf weitere diesbezügliche Kommentare, erkläre allerdings den Versuch, uns die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen in die Schuhe zu schieben, für gescheitert.

Des Weiteren möchte ich Ihnen nochmals für den Konsens danken, den wir im Ausschuss und hier mit diesem Resolutionsvorschlag erzielt haben. Die mitunter sehr spannenden Beratungen im Ausschuss und im heutigen Plenum haben deutlich gemacht, dass es gar nicht so einfach war, diesen Konsens zu erreichen. Umso erfreulicher ist es sicherlich, dass jetzt ein einstimmiges Dokument zur Abstimmung vorliegt.

Darüber hinaus ist in allen Debatten klar geworden, dass sich gerade seit der Liberalisierung des Energiesektors im Jahr 2007 bei der Diskussion über das Thema Energie und ihren Preis für die Privathaushalte stets der schöne Dreiklang der Nachhaltigkeit herauskristallisiert, der sich aus den Tönen „sozial“, „ökonomisch“ und „ökologisch“ zusammensetzt, und das erst recht, wenn es um den Strompreis geht.

Ich möchte auch der Parlamentsverwaltung danken, die es uns durch ihre Recherche ermöglicht hat, einige Unklarheiten zu präzisieren, was schließlich zu einer reibungslosen Abfassung der Abänderungsvorschläge geführt hat.

Zum Schluss möchte ich trotz vorgerückter Stunde meine Genugtuung darüber äußern, dass wir mit dem heute zur Abstimmung vorliegenden Resolutionsvorschlag hoffentlich auch einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, etwas von dem verloren gegangenen Vertrauen zurückzugewinnen. Denn seitens der Bevölkerung hat es einen erheblichen Vertrauensverlust in die Politik, aber auch – und das ist vielleicht noch schlimmer – in den Sektor der erneuerbaren Energien gegeben, weil dieses Thema falsch angegangen worden ist. Das ist nicht gut, und deshalb sollten wir uns heute am meisten darüber freuen, mit diesem Resolutionsvorschlag einen konstruktiven Beitrag dazu leisten zu können, dieses Vertrauen bei unseren Bürgern – ob sie jetzt Hubert oder Maria heißen – hoffentlich wieder herzustellen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Allgemeiner Applaus)*

HERR MIESEN, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die allgemeine Diskussion ist geschlossen. Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über den Resolutionsvorschlag – Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3.

Die Resolution ist mit 21 Jastimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 160. Es stimmen mit Ja die Herren K.-H. BRAUN, F. CREMER, Frau P. CREUTZ-VILVOYE, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, E. FRANZEN, Frau F. FRANZEN, die Herren H. GROMMES, H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren P. MEYER, A. MIESEN, Frau J. MÖRES, Frau K. NEYCKEN-BARTHOLEMY, Herr B. SCHMITZ, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Herr A. VELZ und Frau R. ARENS. Es enthalten sich der Stimme die Herren M. BALTER und A. MERTES.

Die Resolution ist mit 21 Jastimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

*(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 160 (2012-2013) Nr. 3)*

Die heutige Tagesordnung ist erschöpft. Die nächste Plenarsitzung findet am 14. Oktober 2013 statt, und zwar noch hier am Kaperberg.

Ich danke dem Offenen Kanal für die Live-Übertragung der Plenarsitzung und der Verwaltung für die Betreuung der Sitzung. Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen allen noch einen guten Abend!

*Der Präsident schließt die Sitzung um 23.48 Uhr.*